



# **Beteiligungsbericht**

## **Stadt Brandenburg an der Havel**

### **über das**

## **Geschäftsjahr 2017**

Herausgeber: Stadt Brandenburg an der Havel  
Der Oberbürgermeister

Vorgelegt von: Oberbürgermeister Herr Steffen Scheller

Redaktion: Fachgruppe Beteiligungen, Steuern und Abgaben

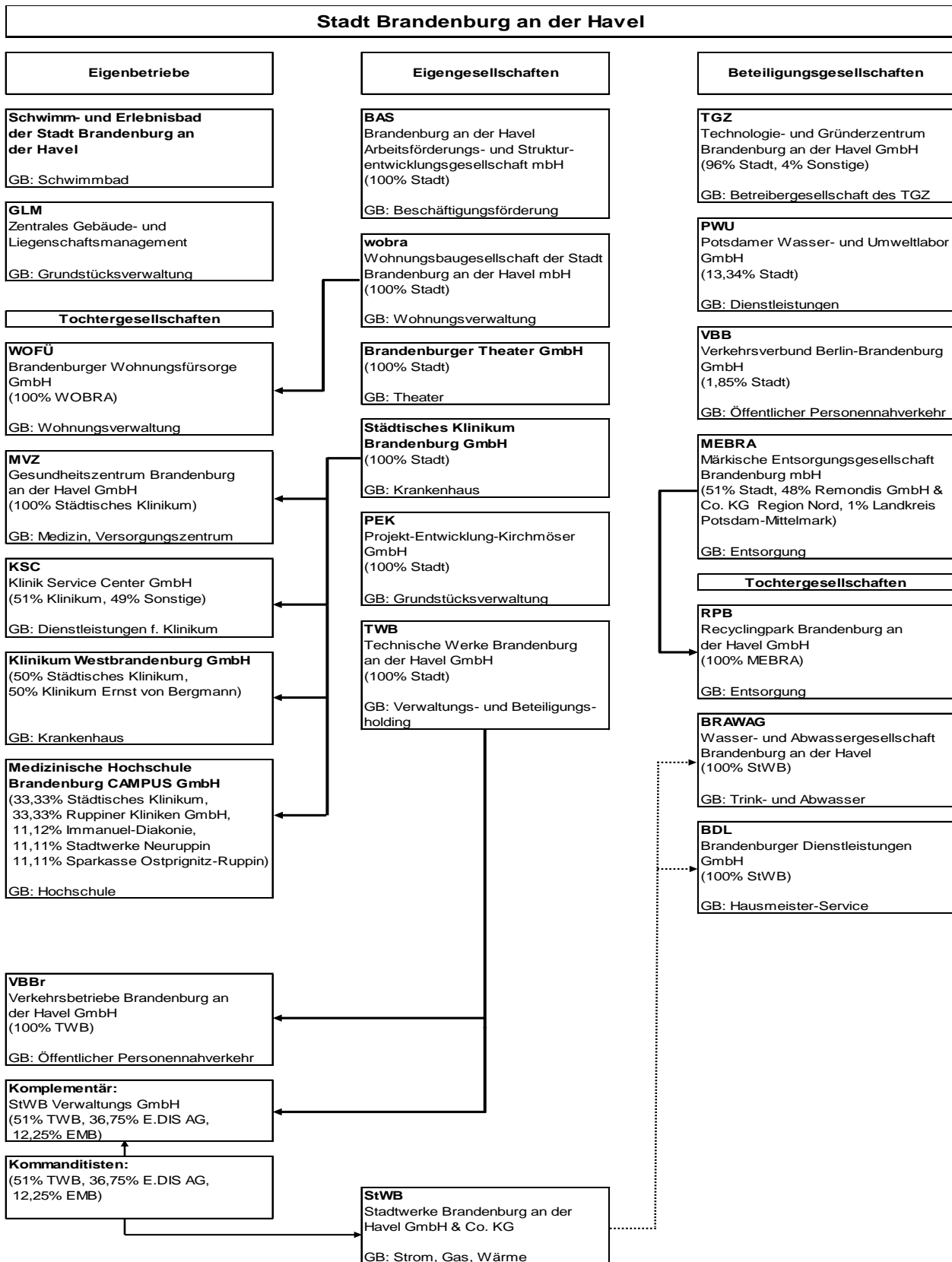
Redaktionsschluss: 31.12.2018

## Inhaltsverzeichnis

<b>I.</b>	<b>Graphische Darstellung der städtischen Unternehmen und Beteiligungen.....</b>	<b>3</b>
I.1	Rechtliche Grundlagen.....	4
I.2	Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen.....	6
I.3	Verflechtung mit dem städtischen Haushalt.....	7
I.4	Übersicht über die Wirtschaftsprüfer der Eigenbetriebe sowie Eigen- und Beteiligungsgesellschaften.....	9
<b>II.</b>	<b>Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel nach Branchen.....</b>	<b>10</b>
<b>III.1</b>	<b>Eigenbetriebe.....</b>	<b>12</b>
III.1.1	Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel.....	13
III.1.2	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement.....	21
<b>III.2</b>	<b>Eigengesellschaften.....</b>	<b>28</b>
III.2.1	wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH.....	29
III.2.1.1	Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH.....	38
III.2.2	Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.....	44
III.2.2.1	KSC Klinik Service Center GmbH.....	53
III.2.2.2	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	59
III.2.2.3	Klinikum Westbrandenburg GmbH.....	67
III.2.2.4	Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH.....	74
III.2.3	Brandenburger Theater GmbH.....	81
III.2.4	Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (TWB).....	88
III.2.4.1	Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.....	96
III.2.4.2	Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG.....	107
III.2.4.2.1	BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel.....	116
III.2.4.2.2	BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH.....	124
III.2.5	BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH.....	132
III.2.6	PEK Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH.....	143
<b>III.3</b>	<b>Beteiligungsgesellschaften.....</b>	<b>148</b>
III.3.1	Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	149
III.3.2	MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.....	156
III.3.2.1	Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH.....	164

III.3.3	VBB Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH.....	171
III.3.4	PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH.....	184
<b>IV.</b>	<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>	<b>I</b>
<b>V.</b>	<b>Erläuterungen.....</b>	<b>IV</b>

# I. Graphische Darstellung über die Eigenbetriebe, Eigen- und Beteiligungsgesellschaften und des Zweckverbandes der Stadt Brandenburg an der Havel



---

## I.1. Rechtliche Grundlagen

---

Gemäß § 98 Nr. 3 BbgKVerf hat die Beteiligungsverwaltung der Stadt Brandenburg an der Havel einen Beteiligungsbericht vorzubereiten und jährlich fortzuschreiben.

Neben den Quartalsberichten stellt der Beteiligungsbericht ein weiteres Instrumentarium zur Steuerung und Kontrolle der städtischen Unternehmen und Eigenbetriebe dar. Er hat die Aufgabe, einen generellen Überblick über das Beteiligungsportfolio und den Beitrag der einzelnen Gesellschaften zum Leistungsspektrum der Stadt Brandenburg an der Havel zu geben, insbesondere über ihre Entwicklung in der jährlichen Fortschreibung.

Basierend auf den durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften testierten Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2017 werden die Beteiligungen an Unternehmen gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 BbgKVerf nach folgendem einheitlichen Schema dargestellt:

### 1. Rahmendaten (§ 61 Nr. 1 KomHKV)

- Anschrift
- Gründungsdatum
- Unternehmensgegenstand
- Stammkapital
- Unmittelbar- und mittelbare Beteiligungen
- Organe des Unternehmens

### 2. Analysedaten und verkürzter Lagebericht (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

### 3. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

### 4. Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)

### 5. Weitere Informationen (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung)

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, insbesondere § 92 BbgKVerf, ermöglicht der Gemeinde die Gründung von Unternehmen zur wirtschaftlichen Betätigung oder die Beteiligung an solchen Unternehmen. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind in § 91 und in § 92 BbgKVerf definiert:

- Bedient sich die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben eines Unternehmens in privater Rechtsform, müssen die vertraglichen Vereinbarungen (Gesellschaftsvertrag, Satzung) ausreichend die Aufgabenerfüllung sicherstellen.
- Die Haftung der Gemeinde muss auf einen bestimmten Betrag beschränkt sein.
- Ein angemessener Einfluss in Abhängigkeit von der Höhe der Beteiligung ist sicherzustellen.

Voraussetzung für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde ist demnach, dass ein **öffentlicher Zweck** dies rechtfertigt und die Betätigung nach Art und Umfang in einem **angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit** der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht.

### **Rechtsformen der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Brandenburg an der Havel:**

Die kommunalen Unternehmen unterliegen dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit. Allerdings darf hier – im Gegensatz zu privaten Unternehmen – nicht die Gewinnerzielung Hauptzweck der Betätigung sein. Kommunale Unternehmen sind daher angehalten, das Vorsorgeziel mit möglichst geringem Aufwand zu verwirklichen.

Für die wirtschaftliche Betätigung können sich die Gemeinden privatrechtlicher und öffentlich rechtlicher Organisationsformen (§ 92 BbgKVerf) bedienen.

#### **Eigenbetrieb**

Der Eigenbetrieb stellt ein aus der Verwaltung ausgegliedertes Sondervermögen dar mit eigener Verfassung (Betriebsatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Der Eigenbetrieb verfügt einerseits über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleitung und Werksausschuss), untersteht andererseits der Stadtverordnetenversammlung und dem Oberbürgermeister als Verwaltungschef. Die Gemeinde haftet für den Eigenbetrieb unmittelbar und unbeschränkt.

#### **Eigengesellschaft**

Eigengesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder AG (AG nicht in der Stadt Brandenburg an der Havel), deren Anteile in ihrer Gesamtheit einem Gesellschafter, hier der Stadt, gehören. Die GmbH ist eine juristische Person des Privatrechts. Die Gesellschaft gilt als Handelsgesellschaft im Sinne des Handelsgesetzbuchs. Die Haftung der Gesellschafter ist beschränkt auf die Stammeinlage und etwaige Nachschüsse. Diese Haftungsbegrenzung ist bedeutungsvoll für die wirtschaftliche Tätigkeit der Kommune und trägt unter anderem dazu bei, dass die GmbH die am häufigsten gewählte Rechtsform kommunaler Unternehmen ist. Ein weiterer Grund ist die Einfluss- und Steuerungsmöglichkeit der GmbH durch die den Gesellschaftern gesetzlich zugewiesenen Bestimmungen über z.B. Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern sowie die Entlastung derselben, Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses, Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung.

#### **Beteiligungsgesellschaft**

Beteiligungsgesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder GmbH & Co. KG (Stadtwerke), an denen diese mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen, jedoch unter 100% beteiligt ist. Die GmbH & Co. KG ist eine Sonderform der KG und somit eine Personengesellschaft. Anders als bei einer typischen KG ist der persönlich haftende Gesellschafter (Komplementär) keine natürliche Person, sondern eine GmbH (juristische Person). Ziel dieser gesellschaftsrechtlichen Konstruktion ist es, Haftungsrisiken für die hinter der Gesellschaft stehenden Personen zu begrenzen.

Die Haftung der hinter der GmbH stehenden Gesellschafter beschränkt sich auf ihre Stammeinlage bei der Komplementär-GmbH bzw. auf ihre Kommanditeinlage bei der KG.

## I.2. Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat neben ihren klassischen Verwaltungstätigkeiten verschiedene Aufgabenbereiche, die der Erfüllung eines öffentlichen Zwecks dienen, auf Einrichtungen und Unternehmen mit öffentlich-rechtlichen oder privat-rechtlichen Rechtsformen übertragen. Diese Unternehmen und Einrichtungen werden als „Beteiligungen“ geführt. Nur durch sie wird es möglich, grundlegende infrastrukturelle Dienstleistungen zuverlässig und zu akzeptablen Preisen im Sinne der Brandenburger Bürgerinnen und Bürgern sowie der ortsansässigen Unternehmen anzubieten.

Personennahverkehr, Energie- und Wasserversorgung, Abfallbeseitigung, Winterdienst, Stadtreinigung, Bereitstellung von bedarfsgerechtem Wohnraum, Gesundheitswesen, aber auch Kultur- und Bildungsleistungen sind nur einige wesentliche Bereiche, in denen die städtischen Gesellschaften die Verwaltung entlasten.

### Statistische Angaben der kommunalen Unternehmen:

Entwicklung Beschäftigte			
	2015	2016	2017
Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad	3	3	3
Eigenbetrieb Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	80	81	81
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	40	41	42
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	3	1	0
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	971	991	1.024
Klinik Service Center GmbH	370	394	410
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	156	171	197
Klinikum Westbrandenburg GmbH	193	203	211
Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH	42	62	127
Brandenburger Theater GmbH	99	100	99
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	6	7	7
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	147	147	149
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG	135	130	123
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	44	44	42
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	64	64	65
BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH (Stammpersonal)	6	6	15
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	0	0	0
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	4	6	6
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	62	62	69
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	0	0	0
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	100	99	96
Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH	3	39	39
<b>Gesamt</b>	<b>2.525</b>	<b>2.648</b>	<b>2.802</b>

Abb. 1 - Entwicklung Beschäftigte per 31.12. des Geschäftsjahres

Entwicklung Investitionen			
	2015	2016	2017
Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad	25	25	431
Eigenbetrieb Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	6.406	2.652	2.666
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	560	392	3.383
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	0	0	0
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	1.738	4.493	11.515
Klinik Service Center GmbH	241	49	163
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	906	983	271
Klinikum Westbrandenburg GmbH	345	404	194
Brandenburger Theater GmbH	151	151	155
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	20	6	0
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	1.585	2.074	2.485
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG	4.933	4.020	2.449
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	2.417	2.659	4.501
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	131	252	148
BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH	24	23	215
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	0	0	0
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	50	29	20
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	436	780	991
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	182	15	0
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	247	203	117
Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH	1.026	1.816	720
<b>Gesamt</b>	<b>21.423</b>	<b>21.026</b>	<b>30.424</b>

Abb. 2 - Investitionen (Angaben in T€)

---

### **I.3. Verflechtung mit dem städtischen Haushalt**

---

Die Unternehmen haben einen öffentlichen Zweck zu erfüllen und müssen oftmals auch politischen Vorgaben Rechnung tragen. Somit ist ein kostendeckendes Wirtschaften oft nicht möglich und die Unternehmen sind auf Zuschüsse seitens der Stadt angewiesen. Die Be-zuschussung erfolgt in der Regel als Ertrags- oder auch Investitionszuschüsse.

#### **Abflüsse aus dem Haushalt**

##### **a) Ertragszuschüsse**

Die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben, die oft aus politischen oder rechtlichen Gründen nicht kostendeckend wahrgenommen werden können, begründet in der Regel die Zahlung von Zuschüssen. Der größte Bedarf an Zuschüssen besteht nach wie vor bei der Verkehrs-betriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBR), der Brandenburger Theater GmbH (BT) und dem Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad.

##### **b) Investitionszuschüsse**

Neben der Fehlbetragsfinanzierung besteht seitens der Stadt auch die Möglichkeit komm-unale Unternehmen bei fehlender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit direkt bei der Realisierung größerer Bauvorhaben oder Investitionen durch finanzielle Zahlungen zu unterstützen.

#### **Zuflüsse zum Haushalt**

##### **a) Gewinnanteile/Kapitalentnahmen aus verbundenen Unternehmen**

Auf Beschluss der Gesellschafterversammlung können die durch Unternehmen er-wirtschafteten Gewinne, an denen die Stadt beteiligt ist, in voller Höhe oder teilweise ausgeschüttet und dem Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel zugeführt werden. Weiterhin besteht für die Gesellschafterin die Möglichkeit der Kapitalentnahme.

##### **b) Konzessionsabgaben**

Konzessionsabgaben bilden eine der Haupteinnahmequellen der Stadt aus dem Stadtkonzern.



Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel:

<b>Geldflüsse zwischen Unternehmensverbund und Stadt</b>			
<b>Zuschüsse der Stadt an die Gesellschaften in T€</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
Technische Werke Brandenburg (Zahlungen für den ÖPNV)	6.132	6.158	6.521
Brandenburger Theater (Zuschuss Stadt)	3.531	3.531	3.631
Brandenburger Theater (BbgFAG-Mittel)	1.730	1.730	1.730
BAS Arbeitsförderung- und Strukturangepassungsgesellschaft	234	234	719
Technologie- und Gründerzentrum	135	135	135
Eigenbetrieb Marienbad (inkl. Investitionszuschuss und Kapitaleinlage)	1.015	1.392	865
Fähre Neuendorf (Zahlungen für den ÖPNV)	46	33	33
Klinikum Investitionszuschuss	0	0	1.829
wobra (Altschuldendienst/Leistung BAVARIA)	900	900	16.766
Zweckverband BUGA (Umlage)	0	7.519	0
<b>Abflüsse aus dem Haushalt insgesamt:</b>	<b>13.723</b>	<b>21.632</b>	<b>32.229</b>
<b>Zuwendungen Land/Bund in T€</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
Zuwendungen Land für VBBR	3.200	3.045	3.063
Landesmittel Theater (direkte Zuweisung an Theater)	1.770	1.770	1.870
Zuschuss BbgFAG (Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz) an Theater	1.730	1.730	1.730
Zuwendungen Klinikum	0	0	1.829
<b>Zuwendungen Land gesamt</b>	<b>6.700</b>	<b>6.545</b>	<b>8.492</b>
<b>Rückflüsse von den Gesellschaften in T€</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
<b>Gewinnanteile/Kapitalentnahmen aus verbundenen Unternehmen</b>	<b>7.533</b>	<b>3.954</b>	<b>5.198</b>
<b>Konzessionsabgaben in T€</b>			
StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG	2.049	1.965	1.998
E.DIS	131	154	114
EMB	0	0	0
BRAWAG	701	780	836
<b>Zuflüsse zum Haushalt insgesamt in T€:</b>	<b>17.114</b>	<b>13.398</b>	<b>16.638</b>
<b>Differenz Zuflüsse/Abflüsse in T€:</b>	<b>3.391</b>	<b>-8.234</b>	<b>-15.591</b>

**Unterdeckung/Überdeckung der Zu-/Abflüsse vom Haushalt in den Unternehmensverbund**

Jahr	Differenz Zuflüsse/Abflüsse (T€)
2015	3.391
2016	-8.234
2017	-15.591

#### I.4. Übersicht über die Wirtschaftsprüfer der Eigenbetriebe, Eigen- und Beteiligungsgesellschaften

	2013	2014	2015	2016	2017
Marienbad	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG
GLM	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG
wobra	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	BPG Berlin	BPG Berlin
Wofü	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	BPG Berlin	BPG Berlin
Klinikum	RöverBrönner GmbH & Co. KG	Curacon GmbH	Curacon GmbH	Curacon GmbH	Curacon GmbH
KSC	RöverBrönner GmbH & Co. KG	Curacon GmbH	Curacon GmbH	Curacon GmbH	Curacon GmbH
MVZ	RöverBrönner GmbH & Co. KG	Curacon GmbH	Curacon GmbH	Curacon GmbH	Curacon GmbH
Klinikum Westbrandenburg	BDO AG	BDO AG	BDO AG	BDO AG	BDO AG
MHB CAMPUS GmbH		BDO AG	BDO AG	Curacon GmbH	Curacon GmbH
Theater	A. Reichert GmbH	A. Reichert GmbH	Anochin Roters Kollegen GmbH & Co. KG	ACCO GmbH	ACCO GmbH
TWB	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	ACCO GmbH	ACCO GmbH
VBBr	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	ACCO GmbH	ACCO GmbH
StWB	Ernst & Young	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner
BRAWAG	Ernst & Young	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner
BDL	Ernst & Young	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner
BAS	Martina Schmidt	Martina Schmidt	Martina Schmidt	Martina Schmidt	Martina Schmidt
PEK	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen
TGZ	ACCO GmbH	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen
MEBRA	WIKOM AG	WIKOM AG	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner
RPB	WIKOM AG	WIKOM AG	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner
VBB	WIKOM AG	WIKOM AG	Rückert ENERWA GmbH	Rückert ENERWA GmbH	Rückert ENERWA GmbH
PWU	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner	Göken, Pollak & Partner

## II. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 BbgKVerf (nach Branchen) einschließlich ihrer mittelbaren Beteiligungen

### Abfallwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	MEBRA	51,00		51 % Stadt Brandenburg an der Havel 48 % REMONDIS Nord/Ost 1 % Landkreis Potsdam-Mittelmark	15.300,00
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	RPB	51,00	MEBRA	100 % Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	510.000,00

### ÖPNV

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	VBB	100,00	TWB	100 % TWB	1.971.100,00
Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH	VBB	1,85		1,85 % Stadt Brandenburg an der Havel	6.000,00

### Gesundheits- / Sozialeinrichtungen

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	Klinik	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	MVZ	100,00	Klinikum	100 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	25.000,00
Klinikum Westbrandenburg GmbH	KWB	50,00	Klinikum	50 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 50 % Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH	12.500,00

### Ver- und Entsorgung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG	StWB	51,00	TWB	51,00 % TWB 36,75 % E.DIS AG 12,25 % EMB GmbH	4.182.000,00
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	BRAWAG	51,00	StWB	100 % StWB	3.389.865,14

### Immobilienwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	GLM	100,00		Sondervermögen	50.000,00
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	PEK	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	wobra	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.564.600,00
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	Wofü	100,00	wobra	100 % wobra	332.339,71

### Dienstleistungen

## Beteiligungsbericht der Stadt Brandenburg an der Havel über das Geschäftsjahr 2017

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Klinik Service Center GmbH	KSC	51,00	Klinikum	51 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 25 % P. Dussmann GmbH 14 % Gebäudereinigung Brandenburg GmbH 10 % Caritas	12.750,00
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	BDL	51,00	StWB	100 % StWB	434.600,00
Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH	PWU	13,34		13,34 % Stadt Brandenburg an der Havel	34.684,00

### Arbeitsförderung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH	BAS	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.565,00

### Technologie und Infrastruktur

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	TGZ	96,00		96 % Stadt Brandenburg an der Havel 3 % Atlas Info-Systeme 1 % HIB	49.084,02 1.533,88 511,29

### Kultur- und Freizeit

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Brandenburger Theater GmbH	BT	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Schwimm- und Erlebnisbad der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	Marienbad TWB	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel Sondervermögen	25.565,00 102.200,00

### Verwaltungs- und Beteiligungsholding

#### Bildung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH	MHB	33,33	Klinikum	33,33 % Städtisches Klinikum Brandenburg 33,33 % Ruppiner Kliniken GmbH 11,12 % Immanuel-Diakonie 11,11 % Stadtwerke Neuruppin 11,11 % Sparkasse Ostprignitz-Ruppin	33.330,00

# III.1

# Eigenbetriebe



---

## Organe der Gesellschaft

---

- *Werkleitung*

Fred Ostermann

- *Betriebsführer*

Die Betriebsführung wird durch die Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried (GMF) wahrgenommen.

- *Betriebsleiter*

Jens Grosser

- *Gemeinsamer Werksausschuss der Eigenbetriebe*

Originäre Aufgaben des gemeinsamen Werksausschusses sind neben den satzungsmäßig übertragenen Entscheidungsbefugnissen die Vorbereitung und Vorberaterung der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegenden Angelegenheiten und die Überwachung der Werkleitung.

Im Berichtsjahr fanden neun Sitzungen des Werksausschusses statt.

**Der gemeinsame Werksausschuss für die Eigenbetriebe setzte sich 2017 wie folgt zusammen:**

<b>Werksausschuss 2017</b>
<b>Ausschussvorsitz</b> Herr Ernst Wegerer
<b>Stellvertreter</b> Herr Matthias Pietschmann
<b>weitere Mitglieder</b> Frau Doris Seeber
Herr Klaus Hoffmann
Frau Katrin Langerwisch
Frau Renate Deschner

---

## Gegenstand

---

Der Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Betriebsführung des modernisierten und erweiterten Schwimm- und Erlebnisbades auf dem Marienberg. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

---

## Öffentlicher Zweck

---

Der öffentliche Zweck des Schwimm- und Erlebnisbades besteht in der Absicherung des Schul- und Vereinsschwimmens und des öffentlichen Badebetriebes mit dem Ziel, die Attraktivität Brandenburgs an der Havel für seine Besucher und die Lebensqualität der Bevölkerung zu erhöhen.

**Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes**

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	93%	88%	91%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	62%	61%	63%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	103%	105%	104%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	167%	255%	158%
Cashflow*	-86 T€	-5 T€	218.282 T€
<b>Gesamtkapitalrentabilität</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	-4%	-3%	-1%
Umsatz	1.598 T€	1.654 T€	1.595 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-419 T€	-325 T€	-103 T€
<b>Personalaufwandsquote</b>			
Personalaufwandsquote	8%	8%	9%
Anzahl der Mitarbeiter	3	3	3

(Begriffserläuterungen siehe Anhang IX)

**Lagebericht des Eigenbetriebes**

Im Jahr 2017 wurden rückläufige Besucherzahlen (Ist 2016 = 305.884, Ist 2017 = 294.376) verzeichnet. Die geplanten Besucherzahlen gemäß Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr (290.000) wurden jedoch um 4.376 überschritten. Dies entspricht einer Steigerung von 1,5% gegenüber dem Planansatz.

Erhebliche Kosten musste der Eigenbetrieb für den allgemeinen Bauunterhalt sowie Instandsetzung von Maschinen und Anlagen aufwenden (z.B. Weiterführung der



Dachsanierung). Maßnahmen wie Begutachtung / Instandhaltung / Instandsetzung Pumpen Wasserattraktionen und Umwälzung sowie Steuerungs- und Raumluftechnik, Reparatur Antriebstechnik Hallenverfahrung 50m Becken wurden realisiert bzw. weitergeführt.

Das Marienbad, einst gebaut als Bad zur Sicherung der Daseinsvorsorge, aber auch als touristischer Magnet, hat sich bezüglich der Daseinsvorsorge als Sportstätte und als oberzentrales Angebot voll umfänglich bestätigt. Als touristisches Angebot wirkt es eher sekundär. Einerseits fehlen dem Marienbad hierfür entsprechende Angebotssegmente, andererseits hat sich auch das Freizeitverhalten der Bürger verändert. Es stehen heute neben Bäderangeboten vielfältige Freizeiteinrichtungen im Wettbewerb miteinander.

Konzipiert als Bad mit einer Besucherfrequenz bis zu 350.000 Personen hat das Marienbad trotz fehlender Investitionen in immer neue und spektakulärere Animationen eine Besucherfrequenz von fast 295.000 Gästen pro Jahr. Das liegt im Besonderen daran, dass die Ausrichtung als sportorientiertes Familienfreizeitbad der Nachfrage am stärksten nachkommt. Dementsprechend sind auch die Angebote ausgerichtet.

Problematisch ist die Entwicklung der Saunabesucher, da trotz erheblicher Investitionen und zusätzlicher Angebote die nachlassende Nachfrage nur abgedeckt werden konnte.

Die Umsatzerlöse des Marienbades lagen mit 1.595,4 T€ unter dem Planansatz von 1.683,8 T€. Die Planunterschreitung resultiert im Wesentlichen aus den nicht erreichten Pro-Kopf-Umsätzen im Bereich Funbad (kürzere Verweildauer), die erheblich geringeren Besucherzahlen im Bereich Schwimmhallen/Freibad auf Grund der schlechten Witterung im Freibadbetrieb sowie das Abwandern von Kursanbietern in neue eigene Einrichtungen.

Die 25-m-Halle wurde im Wirtschaftsjahr 2017 zu 54,0% (2016: 56,5%) durch den Bereich öffentliches Baden, zu 15,9% (2016: 15,4%) durch das Schulschwimmen und zu 30,0% (2016: 28,0%) durch das Vereinsschwimmen ausgelastet. Die Gesamtauslastung der 50m-Halle verteilt sich auf die Bereiche öffentliches Baden 83,9% (2016: 82,9%), Schulschwimmen 3,8% (2016: 4,0%) und Vereinsschwimmen 12,3% (2016: 12,9%).

Insgesamt konnte im Wirtschaftsjahr 2017 vornehmlich für die Bereiche Funbad und Schwimmhallen an den Wochenenden (Samstage und Sonntage) in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr die höchste Auslastung des Schwimm- und Erlebnisbades verzeichnet werden.

Das Wirtschaftsjahr 2017 wurde mit einem Jahresfehlbetrag von 103,0 T€ abgeschlossen.

### **Ertragslage**

Der kommunale Eigenbetrieb „Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel“ ist als Einrichtung der kommunalen Infrastruktur nicht in der Lage, seine Aufwendungen vollständig zu erwirtschaften. Demgemäß sehen die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs einen jährlichen Ausgleich des finanziellen Fehlbedarfs durch Ertragszuschüsse der Stadt Brandenburg an der Havel vor (2017: 840,0 T€; 2016: 840,0 T€).

Der Betriebsertrag des Eigenbetriebes hat sich gegenüber 2016 um 239 T€ auf 2.938 T€ erhöht. Ursächlich dafür ist der mit 300 T€ dem Wirtschaftsjahr 2017 zugeordnete, im Wirtschaftsjahr 2016 zahlungswirksam bereitgestellte, zusätzliche Betriebskostenzuschuss

der Stadt Brandenburg an der Havel. Die Umsatzerlöse haben sich im Wirtschaftsjahr 2017 aufgrund geringerer Besucherzahlen um 59 T€ vermindert.

Der Materialaufwand besteht mit 941 T€ im Wesentlichen aus Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe. Er verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 18 T€.

Der Personalaufwand und die Abschreibungen blieben gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Bei den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen, die im Wesentlichen Gebäudeabschreibungen darstellen.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 16 T€ erhöht. Sie betreffen im Berichtsjahr insbesondere die Personalaufwendungen des Betriebsführers (817 T€, 2016: 782 T€) sowie Instandhaltungs- und Bauunterhaltungskosten (286 T€, 2016: 301 T€) und das Managemententgelt des Betriebsführers (95 T€, 2016: 96 T€).

Das Betriebsergebnis hat sich im Vergleich zu 2016 zwar um 238 T€ auf -113 T€ verbessert; diese Veränderung ist jedoch vom zusätzlichen Betriebskostenzuschuss des Vorjahres (300 T€) geprägt.

Die Besucherzahlen des Schwimm- und Erlebnisbades insgesamt haben sich gegenüber dem Vorjahr um 11.508 auf 294.376 vermindert. Hier ist besonders der Bereich Schwimmhallen von einem Rückgang der Besucherzahlen um 7.992 auf 69.535 betroffen.

Der geplante Jahresfehlbetrag wurde um 431,5 T€ (Plan: 534,5 T€; Ist: 103,0 T€) unterschritten.

### **Vermögens- und Finanzlage**

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 516 T€ auf 10.797 T€ verringert. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Verringerung des Sachanlagevermögens um 94 T€ sowie der liquiden Mittel um 425 T€.

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen hat sich von 87,8% in 2016 auf 91,1% im Wirtschaftsjahr 2017 erhöht. Ursächlich hierfür ist nicht die Entwicklung des Anlagevermögens, sondern der Rückgang der liquiden Mittel, durch den sich der Anteil des kurzfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen um 3,3% vermindert.

Die Veränderung der Sachanlagen resultieren aus Zugängen von 431 T€, denen planmäßige Abschreibungen von 525 T€ gegenüberstehen.

Die Investitionen in Höhe von 431,4 T€ konzentrierten sich vorrangig auf Ersatzinvestitionen für Lüftungs-, Brand- und Einbruchaggregate sowie Ausstattungskomponenten im Parkhausbereich. In der Planung wurde von Reparaturen der jeweiligen Anlagen ausgegangen, im Ist stellten sie sich jedoch als Ersatzbeschaffungen, die aktivierungspflichtig sind, dar. Folglich wurden die geplanten Investitionen des Jahres 2017 (Plan: 25,0 T€; Ist: 431,4 T€) mit insgesamt 406,4 T€ überschritten.

Die Zahlungsfähigkeit des Schwimm- und Erlebnisbades für das Wirtschaftsjahr 2017 war durch die Betriebskostenzuschüsse seitens der Stadt Brandenburg an der Havel sichergestellt.

### Liquidität

Der Bestand der liquiden Mittel verminderte sich im Vergleich zum Jahresbeginn um 425,1 T€. Die liquiden Mittel verminderten sich insbesondere durch die Verwendung des außerplanmäßigen Instandhaltungszuschusses aus dem Vorjahr in Höhe von 300 T€ sowie die im Wirtschaftsjahr durchgeführten Investitionen.

Kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 608,7 T€ standen zum 31. Dezember 2017 liquide Mittel in Höhe von 777,1 T€ gegenüber.

Das bilanzielle Eigenkapital des Eigenbetriebes ist um 103 T€ zurückgegangen. Die Verringerung resultiert aus dem Jahresfehlbetrag des Wirtschaftsjahres 2017. Die bilanzielle Eigenkapitalquote des Eigenbetriebes beträgt damit zum Abschlussstichtag 62,5% (2016: 60,6%). Die Liquidität des Eigenbetriebs war im Wirtschaftsjahr gesichert.

### Statistische Angaben:

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Gesamtbesucher</b>	348.393	317.917	320.287	317.676	311.638	305.018	302.248	305.884	294.376

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Durchschnittlicher Umsatz pro Besucher</b>	4,31 €	4,64 €	4,71 €	4,90 €	4,99 €	5,02 €	5,29 €	5,39 €	5,42 €

### Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Für das Jahr 2018 wird ein Besucheraufkommen von 290.000 Personen erwartet, wobei die Verweildauer durch sehr unterschiedliche Zeitanteile (Stunden-, 2-Stunden- und Tageskarten) bestimmt wird. Zur Verbesserung der Einnahmesituation wird angestrebt, die Verweildauer auszubauen.

Der Wirtschaftsplan 2018 wurde mit einem geplanten Zuschuss in Höhe von 840 T€ aufgestellt. Eine Refinanzierung des Anlagenverschleißes aus Einnahmen des Eigenbetriebs kann weiterhin nicht erfolgen. Trotz geplanter Umsatzsteigerung muss mit einem Jahresfehlbetrag von 549,1 T€ gerechnet werden.

Mit dem Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer diverser technischer Anlagegüter ohne Einordnung des entsprechenden Ersatzinvestitionsbedarfs sinken die Abschreibungen. Der Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer konzentriert sich insbesondere in den hoch belasteten Bereichen der Wasseraufbereitung, Gastronomie und Sauna.

Der finanziellen Situation der Stadt Brandenburg an der Havel Rechnung tragend, wird in die mittelfristige Finanzplanung nur ein Ersatzinvestitionsbedarf von 25,0 T€ p.a. eingeordnet. Dem alterungsbedingten Anlageverschleiß soll durch gezielte, die Nutzungsdauer erhöhende Instandhaltungsmaßnahmen begegnet werden.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die nachhaltige Sicherung des Vermögens und die Entwicklung des Eigenbetriebs direkt von der Leistungsfähigkeit der Stadt Brandenburg an der Havel zur Erbringung der erforderlichen Betriebskostenzuschüsse und (im Bedarfsfall) der erforderlichen Mittel für Ersatzinvestitionen und größere Instandhaltungsmaßnahmen abhängig sind.

### Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Nach SVV-Beschluss Nr. 290/2017 vom 20.12.2017 wurde der Jahresverlust 2016 in Höhe von 324.598,98 € gegen die allgemeinen Rücklagen verrechnet.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betriebskostenzuschuss 2017 in Höhe von 1.140.000 €, davon 840.000 € Zahlung in 2017 und 300.000 € Auflösung PRAP aus 2016, Investitionszuschuss in Höhe von 25.000 € als Forderung in 2017, Zahlung erfolgte in 2018. Es besteht ein Vertrag über Personaldienstleistungen mit der Stadt Brandenburg an der Havel.

### Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<u>Aktivseite</u>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>10.422</b>	<b>9.929</b>	<b>9.835</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	10.422	9.929	9.835
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>812</b>	<b>1.384</b>	<b>961</b>
I. Vorräte	13	20	19
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	175	162	165
III. Kassenbestand, Guthaben	624	1.202	777
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>1</b>
<u>Passivseite</u>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>6.941</b>	<b>6.856</b>	<b>6.753</b>
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Rücklagen	7.790	7.575	6.831
III. Jahresfehlbetrag u. Verlustvortrag des Vorjahres	-875	-744	-103
<b>B. Sonderposten mit Rücklagenanteil</b>	<b>3.807</b>	<b>3.614</b>	<b>3.436</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>42</b>	<b>69</b>	<b>50</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>446</b>	<b>474</b>	<b>558</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0</b>	<b>300</b>	<b>0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>11.235</b>	<b>11.313</b>	<b>10.797</b>

**Ertragslage des Eigenbetriebes**

GuV	(Angaben in T€)		
	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	1.598	1.654	1.595
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.070	1.072	1.353
3. Materialaufwand	-1.009	-989	-970
4. Personalaufwand	-123	-137	-139
5. Abschreibungen	-543	-524	-525
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.389	-1.376	-1.392
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
<b>8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-396</b>	<b>-298</b>	<b>-77</b>
9. außerordentliche Erträge	1	0	0
10. außerordentliche Aufwendungen	-1	0	0
11. Sonstige Steuern	-24	-26	-26
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>-419</b>	<b>-325</b>	<b>-103</b>



- *Werksausschuss*

<b>Werksausschuss 2017</b>	
<b>Ausschussvorsitz</b>	Herr Ernst Wegerer
<b>Stellvertreter</b>	Herr Matthias Pietschmann
<b>weitere Mitglieder</b>	Frau Doris Seeber
	Frau Renate Deschner
	Frau Katrin Langerwisch
	Herr Klaus Hoffmann

Im Berichtsjahr fanden neun Sitzungen des gemeinsamen Werksausschuss der Eigenbetriebe statt.

---

### **Gegenstand**

---

Gegenstand des Eigenbetriebes ist es, die Gebäude und Liegenschaften der Stadt Brandenburg an der Havel nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zentral zu bewirtschaften, hiermit verbundene infrastrukturelle Leistungen zu erbringen; Bauunterhaltung, Sanierung, Um- und Ausbau, Neubau sowie Rückbau durchzuführen und ein Liegenschaftsmanagement aufzubauen und zu entwickeln.

Die Überlassung von Räumen, Gebäuden und Liegenschaften erfolgt, soweit zweckmäßig, nach dem Mieter-/ Vermietermodell. Der Eigenbetrieb führt darüber hinaus im Auftrag die Verwaltung von Vermögen der Stadt Brandenburg an der Havel durch, das dem Eigenbetrieb als wirtschaftliches Eigentum übertragen wurde, wie z. B. von Gebäuden und Liegenschaften zum Zwecke des Denkmalschutzes. Hierzu gehört im Rahmen der Gesetze auch die Einrichtung und Unterhaltung von Neben- und Hilfsbetrieben, wenn diese wirtschaftlich mit dem Eigenbetrieb zusammenhängen und der optimalen Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes dienen.

---

### **Öffentlicher Zweck**

---

Die strategischen Ziele des Eigenbetriebes sind vor allem die Optimierung der Bewirtschaftungskosten für die Immobilien der Stadt Brandenburg an der Havel.

Der Eigenbetrieb hat zu diesem Zweck die Aufgabe, alle infrastrukturellen Immobiliendienstleistungen zu erbringen und die Bauträgerfunktion für die Liegenschaften der Stadt zu übernehmen.

---

**Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes**


---

Kennzahl	vorl. 2015	vorl. 2016	vorl. 2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	94%	93%	93%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	65%	65%	64%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag [T€]	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	93%	94%	94%
Zinsaufwandquote	3,7%	2,7%	2,0%
Liquidität 3. Grades	90%	96%	97%
Cashflow [T€]	2.061	2.059	2.747
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz [T€]	17.991	19.787	20.277
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag [T€]	-1.845	-1.976	-1.349
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	22%	21%	21%
Anzahl der Mitarbeiter	80	81	83

---

**Lagebericht des Eigenbetriebes**


---

Für das Wirtschaftsjahr 2017 sind Erträge von 23.110,1 T€ und Aufwendungen von 25.670,5 T€, mithin ein Jahresergebnis von -2.560,4 T€ geplant. Das vorläufige Ergebnis beläuft sich auf -1.349,1 T€.

Bei den Umsatzerlösen, Bestandsveränderungen und sonstigen betrieblichen Erträgen wurden insgesamt 22.796,3 T€ erzielt. Dies sind 313,7 T€ (1%) weniger als geplant. Vor allem bei den Mieterlösen aus den Nutzungsverhältnissen mit den städtischen Organisationseinheiten



wurden 369,8 T€ weniger als geplant erzielt. Der Hauptgrund dafür liegt an der bedarfsgerechten Bereitstellung der Kapazitäten für Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber und Flüchtlinge in der Upstallstraße. So wurden im Plan Mieten für drei Wohnblocks veranschlagt, während tatsächlich – nach Bedarf – nur zwei Wohnblocks genutzt wurden. Dementsprechend fallen auch weniger Kosten für die Anmietung der Unterkünfte an. Gleichzeitig enthält die Planung Reserven für evtl. künftigen, noch nicht absehbaren Mehrbedarf. Im Forstbetrieb wurden bis zum Ende des Jahres aus dem Holzverkauf 456,1 T€ erzielt, aus der Nebennutzung (Brennholzverkauf an Privat, Weihnachtsbaumverkauf) 39,2 T€; geplant für das Gesamtjahr waren 250,0 T€. Die Holzverkäufe wurden schwerpunktmäßig im zweiten Halbjahr ertragsseitig wirksam. Sie unterliegen den Schwankungen des Marktes. Bei den Erlösen aus der Vermietung/Nutzungsüberlassung an Dritte sind bisher keine wesentlichen Planabweichungen zu erkennen.

Weiterhin gab es in Abstimmung mit den Erfordernissen der Gesamthaushaltsplanung der Stadt Änderungen bei der Finanzierung der Altlastensanierung Am Hafen (Direktfinanzierung aus dem Stadthaushalt statt Rückstellung beim wirtschaftlichen Eigentümer GLM).

Die Budgets für die Aufwendungen (ohne Zinsen) wurden nicht voll ausgeschöpft. Insgesamt ergibt sich für das abgelaufene Wirtschaftsjahr eine „Reserve“ von ca. 6% (1.517,7 T€). Dies liegt zum einen an der bereits erwähnten Anmietung von gegenüber dem Plan geringeren Raumkapazitäten zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Bei den Betriebskosten der Gebäude gibt es unter den einzelnen Kostenarten Abweichungen in beide Richtungen. Insgesamt wurden die Budgets jedoch mit 8.282,0 T€ zu 94% ausgeschöpft. Bei den angemieteten Wohnungen für soziale Zwecke war jedoch erkennbar, dass der Verbrauch von Heizenergie und Wasser – und damit die Kosten – in einigen Fällen erheblich über Erfahrungs- bzw. Durchschnittswerten lagen.

Für Instandsetzungen und Reparaturen wurden im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2.692,7 T€ (Plan: 3.138,5 T€) aufgewendet. Darin enthalten sind auch größere Instandsetzungsmaßnahmen, die als Projekte geführt werden.

Die geplanten Kapitaleinlagen der Stadt zur Refinanzierung des langfristig gestundeten Werklohnes für das ÖPP-Projekt „Sanierung von vier Schulstandorten und Neubau einer Sporthalle“ wurden mit 730,4 T€ geleistet.

Die aus der Abrechnung des finanziellen Überschusses aus den Grundstücksveräußerungen im Jahr 2016 ermittelte Kapitalentnahme der Stadt (700,0 T€) wurde im Dezember 2017 realisiert.

Bei dem Ausweis von Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, Rechnungsabgrenzungsposten sowie Rückstellungen ist zu berücksichtigen, dass in diesen Positionen auch vorläufige Abgrenzungen dargestellt sind. Weiterhin wird auf die Vorläufigkeit der Bilanzwerte auf Grund der noch offenen Jahresabschlüsse seit 31.12.2012 verwiesen.

Die Liquidität des Eigenbetriebes GLM für die Aufrechterhaltung des laufenden Geschäftsbetriebes und der laufenden kurzfristigen Verbindlichkeiten war im Jahr 2017 auf Grund der

weitgehend fristgerechten Zahlungen der Mieten und Nebenkostenvorauszahlungen gesichert.

Die Investitionen im Wirtschaftsjahr 2017 beliefen sich auf insgesamt 2.666 T€ (2016: 2.652 T€).

---

### **Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes**

---

Auch in Zukunft wird die Bereitstellung von Immobilien für die allgemeinen und spezifischen Zwecke der Verwaltung mit von den Nutzern definierten Standards den Schwerpunkt der Tätigkeit des Eigenbetriebes GLM bilden.

Infolge der wirtschaftlichen Zuordnung des Immobilienvermögens in das Sondervermögen des Eigenbetriebes GLM zum 01.01.2011 werden seitdem die tatsächlichen Gebäudekosten der Stadt Brandenburg an der Havel einschließlich des Substanzverzehrs im kaufmännischen Rechnungswesen des Eigenbetriebes abgebildet. Somit verlagerten sich stadtintern auch die Risiken in Richtung des Eigenbetriebes. Diese sind nominal natürlich nicht zu unterschätzen, relativieren sich aber praxisbezogen wiederum auf ein beherrschbares Mindestmaß, da zwischen der Stadt als Hauptnutzer/-mieter und dem Eigenbetrieb GLM ein nicht aufzuhebender Kontrahierungszwang hinsichtlich der Abnahme der vom Eigenbetrieb GLM angebotenen Leistungen (Liegenschaftsnutzungen) besteht. GLM hat diesbezüglich somit eine hohe Planungs- und Realisierungssicherheit.

Hinsichtlich der extern vermietbaren Objekte ist es eine Herausforderung, den Vermietungsstand und damit das Erlösniveau zu halten und ggf. sogar zu erhöhen. Der Eigenbetrieb ist in diesem Segment den bestehenden Risiken eines offenen Immobilienmarktes ausgesetzt, denen es gilt, mit einer aktiven und vor allem attraktiven Vermarktung dieser Objekte entgegen zu treten. Weiterhin werden die Erlöse aus externer Vermietung auf Grund des Gebotes der Veräußerung nicht verwaltungsnotwendiger Immobilien tendenziell sinken.

Durch die Maßnahmen zur Schaffung neuer Kita-Kapazitäten (Neubau Hausmannstraße, Reaktivierung Kita Sophienstraße) kann der Eigenbetrieb GLM ab geplanter Fertigstellung (2018 ff.) mit Mehrerlösen aus der Vermietung an Dritte (freie Träger) rechnen. Größere Reparaturen dürften an den neuen bzw. sanierten Gebäuden in den ersten Nutzungsjahren kaum anfallen. Somit wird diese Erweiterung des externen Vermietungsgeschäftes einen kleinen Beitrag zur Ertragsstabilisierung in den Folgejahren leisten.

Aufwandsseitig ist vor allem im Bereich der Bauleistungen ein Trend zu stark steigenden Preisen in allen Gewerken – und damit ein Aufwandszuwachs für GLM – festzustellen. Baubetriebe wie auch Fachplanungsbüros sind auf Grund steigender Nachfrage ausgelastet und steuern mit Preiserhöhungen gegen.

Den Risiken ertragsteuerlicher Belastungen für Betriebe gewerblicher Art (BgA) hat GLM durch Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen. Dabei werden im Wirtschaftsjahr 2018 lediglich für den BgA „Camping“ – und ggf. für den BgA „Vermietung an TGZ GmbH“ zu versteuernde Überschüsse bzw. Gewinne erwartet. Für die BgA „Fremdenverkehrsförderung, Teilbereich Wassertourismus“ sowie „Vermietung und Verpachtung“ erwartet GLM im

Wirtschaftsjahr Verluste; insoweit besteht für diese kein Risiko von Steuerbelastungen. Steuerlich relevante Gewinne bzw. Verluste für die BgA „Vermietung Altstädtisches Rathaus“ und „Vermietung Kirchenschiff Pauli-Kloster“ (Veranstaltungsstätten) begründen grundsätzlich keine Risiken beim Eigenbetrieb GLM, sondern bei der Stadt Brandenburg, da die Erträge aus der Geschäftstätigkeit (kurzfristige Vermietung) dem städtischen Haushalt zufließen. Die ertragsteuerliche Situation des ab 2016 neu gebildeten BgA „Sportstätten“ lässt kurz- und mittelfristig Verluste erwarten, wobei diese wirtschaftlich ebenfalls dem Stadthaushalt zugeordnet sind.

Mit den ab dem Jahr 2022 wirksam werdenden Änderungen im Umsatzsteuerrecht (Angleichung des deutschen an das EU-Recht - Stichwort: geänderter § 2 b Umsatzsteuergesetz) werden sämtliche Umsätze des Eigenbetriebes – gerade im Bereich der Vermietung, Verpachtung und sonstigen Nutzungsüberlassung von Grundstücken und baulichen Anlagen an Dritte – hinsichtlich der Steuerbarkeit und Steuerpflicht neu zu bewerten sein. GLM wird in dieser Sache an einer von der Beteiligungsverwaltung der Stadt Brandenburg an der Havel ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe mitwirken.

Eine Einflussnahme auf den laufenden und nachhaltigen Geschäftserfolg kann der Eigenbetrieb GLM daher künftig lediglich im Bereich des Einkaufs, der internen Organisation und der externen Vermietung und Verpachtung erzielen.

**Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt**

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	<b>Kapitalzuführungen und - entnahmen</b> (die nicht b. entsprechen)	Kapital <b>einlage</b> von 730.400,- € zur Refinanzierung der Verpflichtungen aus dem ÖPP-Schulprojekt; Kapital <b>entnahme</b> aus finanziellen Überschüssen durch Grundstücksveräußerungen für 2016 (lt. endgültiger Abrechnung) 700.000,- €
b.	<b>Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche</b>	Keine
c.	<b>Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen</b>	Keine
d.	<b>Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können</b>	Im Wirtschaftsjahr aus dem Haushalt der Stadt 510,0 T€ Zuschuss für die Errichtung und Vorhaltung von Modulgebäuden (Hort Bauhofstraße); 145,9 T€ Zuschuss zu größeren Reparaturprojekten; 28,4 T€ Zuschuss zur Aufgabenerfüllung zum Vorverkaufsverzicht und nach § 28 BauGB; 41,4 T€ Zuschüsse zur Bewirtschaftung von Veranstaltungsstätten (Altstädt. Rathaus, Paulikloster); 10,4 T€ Zuschuss zur Bewirtschaftung von Freizeitanlagen (Skaterbahnen, Rodelberg) sowie 1.956,4 T€ investive Zuschüsse für Bauinvestitionen an verwaltungsnotwendigen Immobilien.

## Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	vorl. 2015	vorl. 2016	vorl. 2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>292.506</b>	<b>288.767</b>	<b>285.811</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	108	259	382
II. Sachanlagen	292.398	288.508	285.429
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>19.518</b>	<b>20.520</b>	<b>22.593</b>
I. Vorräte	15.032	15.037	15.079
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.222	4.198	6.281
III. Kassenbestand, Guthaben	264	1.286	1.233
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>63</b>	<b>91</b>	<b>225</b>
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>202.116</b>	<b>199.892</b>	<b>198.573</b>
I. Gezeichnetes Kapital	50	50	50
II. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-1.845	-1.976	-1.349
III. Allgemeine Rücklage	209.832	209.584	209.614
IV. Gewinnvortrag des Vorjahres	-5.921	-7.766	-9.742
<b>B. Sonderposten und Baukostenzuschüsse</b>	<b>69.371</b>	<b>70.507</b>	<b>70.830</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>1.543</b>	<b>1.591</b>	<b>1.850</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>38.993</b>	<b>37.315</b>	<b>37.310</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>65</b>	<b>74</b>	<b>65</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>312.087</b>	<b>309.379</b>	<b>308.628</b>

## Ertragslage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
GuV	vorl. 2015	vorl. 2016	vorl. 2017
1. Umsatzerlöse	17.991	19.787	20.277
2. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Leistungen	121	5	42
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.984	1.952	2.477
4. Materialaufwand	-12.694	-14.432	-14.809
5. Personalaufwand	-4.025	-4.107	-4.201
6. Abschreibungen	-3.906	-4.035	-4.096
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-652	-614	-631
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	3	7
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-660	-526	-407
<b>10. Ergebnis vor Steuern</b>	<b>-1.836</b>	<b>-1.967</b>	<b>-1.341</b>
11. Sonstige Steuern	-9	-9	-8
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>-1.845</b>	<b>-1.976</b>	<b>-1.349</b>

## III.2

# Eigengesellschaften

## III.2.1 wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH

---

### Geschäftsbereich

---

Wohnungsverwaltung

---

### Firmensitz

---

Hauptstr. 32  
14776 Brandenburg an der Havel  
Tel. : 03381/ 75 70  
Fax: 03381/ 75 76 41  
E-Mail: info@wobra.de  
Internet: www.wobra.de

---

### Gründung

---

Die wobra (Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH) wurde auf Grund des Beschlusses der SVV vom 28.08.1991 mit Wirkung zum 19.12.1991 durch Umwandlung des VEB "Gebäudewirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel" als Eigenbetrieb der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

Mit Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 03.10.1990 ist das Vermögen einschließlich der zugehörigen Schulden des ehemaligen VEB Gebäudewirtschaft Brandenburg in das Eigentum der Kommune übergegangen. Mit der Umwandlung des Eigenbetriebes in eine GmbH sind das Vermögen und die Schulden im Rahmen der Gesamtrechtsnachfolge wiederum auf die GmbH übertragen worden.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 4729 P eingetragen.

---

### Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital	25.564.600 €
Stadt Brandenburg an der Havel	100 %

---

### Unterbeteiligungen

---

Die wobra ist zu 100% an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beträgt 332.339,71 €.

---

### **Aktueller Gesellschaftsvertrag**

---

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 11. März 1999. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 18. Mai 1999.

---

### **Organe der Gesellschaft**

---

- *Geschäftsführung*

Stephan Falk

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nahm bis 12. Oktober 2017 Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr. Ab 13. Oktober 2017 nahm die Vertretung Bürgermeister Herr Steffen Scheller wahr.

Im Geschäftsjahr 2017 fanden 14 Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

<b>Aufsichtsratsmitglieder 2017</b>	
<b>Aufsichtsratsvorsitz</b>	Frau Dr. Dietlind Tiemann (bis 10.10.2017) Herr Norbert Langerwisch (seit 06.12.2017)
<b>Stellvertreter</b>	Herr Georg Riethmüller
<b>weitere Mitglieder</b>	Herr Hans-Jürgen Arndt Herr Alfredo Förster Herr Lutz Krakau Herr Frank Robby Wallis Herr Detlef Reckow (seit 10.10.2017)

Im Berichtsjahr fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt.

---

### **Gegenstand**

---

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen, Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben zu übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern.

## Öffentlicher Zweck

Die unter „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen der gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Zweckbestimmung einer gesicherten Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum. Die Zweckbestimmung dieses wirtschaftlichen Unternehmens der Gemeinde begründet ihr Engagement.

## Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	87%	88%	89%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	22%	22%	23%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	100%	100%	98%
Zinsaufwandquote	12,2%	10,3%	8,6%
Liquidität 3. Grades	103%	101%	87%
Cashflow	11.349 T€	7.376 T€	9.507 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	3%	2%	2%
Umsatz	23.008 T€	23.607 T€	22.545 T€
Jahresüberschuss	1.123 T€	925 T€	1.070 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	9%	9%	9%
Anzahl der Mitarbeiter	40	41	42



---

**Lagebericht der Gesellschaft**


---

**Geschäftsverlauf**

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2017 von 1.070 T€ aus; gegenüber dem Erfolgsplan wird ein um 273 T€ besseres Jahresergebnis ausgewiesen. Die Ergebnisverbesserung gegenüber der Planung ist insbesondere auf die erhöhte Vermietungsquote im sanierten Kernbestand zurückzuführen.

**Ertragslage**

Die Ertragslage 2017 war von der Auflösung des Generalverwaltervertrages über die 1.440 BAVARIA-Wohnungen geprägt. Die wesentlichen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie in nachfolgender Tabelle dargestellt. Die Grundsteuern und sonstigen Steuern (494 T€; 2016: 570 T€) wurden in den Betriebsaufwand umgegliedert.

	<u>2016</u> T€	<u>2017</u> T€	<u>Veränderung</u> T€
Betriebsleistung	25.282	21.892	-3.390
Betriebsaufwand	22.244	19.471	-2.773
<b>Betriebsergebnis</b>	<b><u>3.038</u></b>	<b><u>2.421</u></b>	<b><u>-617</u></b>
Finanzergebnis	-2.258	-1.889	369
<b>Betriebsergebnis unter Einbeziehung des Finanzergebnisses</b>	<b>780</b>	<b>532</b>	<b>-248</b>
Neutrales und periodenfremdes Ergebnis	257	547	290
Ergebnis der Neubewertung	-85	0	85
<b>Gesamtergebnis vor Ertragsteuern</b>	<b><u>952</u></b>	<b><u>1.079</u></b>	<b><u>127</u></b>
Steuern aus Vorjahren	-7	0	7
Ertragsteuern	-20	-9	-11
<b>Jahresüberschuss</b>	<b><u>925</u></b>	<b><u>1.070</u></b>	<b><u>135</u></b>

In den Betriebsleistungen sind Umsatzerlöse in Höhe von 22.545 T€ (2016: 23.607 T€) enthalten. Die reduzierte Verwaltung aufgrund des Wegfalls der Bavaria-Objekte und damit verbunden die Aufhebung des abstrakten Schuldanerkenntnisses ist Grund für geringere Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge. Im Geschäftsjahr 2017 wurden Umsatzerlöse aus Vermietungen in Höhe von 14.870 T€ (2016: 16.210 T€) erzielt.

Der Betriebsaufwand (19.471 T€; 2016: 22.244 T€) betrifft größtenteils Aufwendungen aus der Hausbewirtschaftung. Die Reduzierung des Betriebsaufwandes, trotz erhöhter Instandhaltungsaufwendungen in den eigenen Bestand, konnte aufgrund reduzierter Betriebskosten im Zusammenhang mit dem geringeren Wohnungsbestand (Wegfall BAVARIA saldiert mit Zugang von Rückbauobjekten) sowie dem Wegfall der Festsatzzahlungen an BAVARIA erzielt werden.

Das Ergebnis wird nachhaltig durch den hohen Zinsaufwand beeinflusst. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses von -1.889 T€ (2016: -2.258 T€) ergibt sich ein positives Betriebsergebnis von 532 T€ (2016: 780 T€). Mit der positiven Entwicklung des Finanzergebnisses konnte das rückläufige Betriebsergebnis aufgrund erhöhter Instandhaltungsmaßnahmen nur teilweise ausgeglichen werden.

Die Verbesserung des neutralen und periodenfremden Ergebnisses um 290 T€ ist insbesondere auf die Auflösung nicht mehr erforderlicher Drohverlustrückstellungen in Folge der verbesserten Vermietungssituation durch erhöhte Instandhaltungsmaßnahmen zurückzuführen.

### Finanzlage

Im 5-Jahres-Vergleich stellt sich die Eigenkapitalentwicklung wie folgt dar:

<b>Eigenkapital</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
- nominal in Mio. €	32,1	34,8	32,8	32,6	33,4
- quotat in %	20,9	22,4	21,8	22,4	23,5

Die Summe der Verbindlichkeiten reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 4.844 T€ was im Wesentlichen auf die planmäßigen Tilgungen (4.259 T€) und Sondertilgungen (486 T€) von Krediten. Für das Bauvorhaben Wilhelmsdorfer Straße 75 wurde ein Darlehensvertrag mit einer Darlehenssumme von 712 T€ geschlossen. Im Geschäftsjahr 2017 wurde ein Kreditvolumen von 8.372 T€ zu günstigeren Konditionen umgeschuldet. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern sowie Ausleihungen von der Wofü (93.173 T€; 2016: 97.114 T€) betreffen:

	<b>2016 in T€</b>	<b>2017 in T€</b>
Modernisierungs- und Instandhaltungskredite	47.975	46.051
Altschuldenkredite	17.150	16.068
<i>davon neue Altschulden T€ 6.282 Vorjahr T€ 6.625</i>		
Neubaukredite	26.774	25.785
Aufwendungsdarlehen	4.515	4.499
Wendebauten	697	674
Abgrenzung Kapitaldienst	3	96

Die Liquidität war im Geschäftsjahr 2017 stets gesichert. Mit dem Cash Flow konnten überschüssige Ausgaben sowohl aus Investitionstätigkeit als auch aus der Finanzierungstätigkeit ausgeglichen werden.

### Vermögenslage

Am 31. Dezember 2017 zählten zum Bestand der wobra 4.336 eigenen Wohnungen (2016: 3.802), 31 Eigentumswohnungen (2016: 31), 115 Gewerbeeinheiten (2016: 116) sowie 1.158 Garagen bzw. Stellplätze (2016: 1.223). Des Weiteren verwaltete die wobra bis zum 30.06.2017 1.440 Wohnungen und eine Gewerbeeinheit aus dem BAVARIA-Bestand. Die Veränderungen des eigenen Bestandes gegenüber dem Vorjahr ergaben sich aus dem Erwerb von 535 Wohn- und Gewerbeeinheiten in Hohenstücken.

Die eigenen Wohnungsbestände der wobra verteilen sich auf die Innenstadt und die angrenzenden Wohngebiete sowie auf den Görden, auf die Walzwerksiedlung, auf Nord und auf Hohenstücken.

Der modernisierte Bestand wird am Wohnungsmarkt unverändert stark nachgefragt, was mit der Fertigstellung der Vollsanierungsmaßnahmen in der Innenstadt und am Ring nachhaltig bestätigt wird. Die erzielbaren Wohnungsmieten erlauben - nach unserer Einschätzung auch in der Zukunft - eine kostendeckende Bewirtschaftung. In 2017 waren die neu sanierten Wohnungen der Innenstadt, Ring und am Bahnhof nahezu voll vermietet. Die Leerstandsquote in den seit 2007 neu sanierten Wohngebäuden liegt per 31.12.2017 bei 0,4%.

Wohngebiet	Wohnungen im eigenen Bestand <b>gesamt</b>			Wohnungen im eigenen Bestand <b>saniert</b>		
	Anzahl gesamt	Leerstand des eigenen Wohnungs- bestandes	Leerstands- quote	Anzahl sanierte Wohnungen	Leerstand des eigenen sanierten Wohnungs- bestandes	Leerstands- quote
Innenstadt	601	17	3%	580	9	2%
<i>davon saniert nach 2007</i>	392	0	0%	392	0	0%
Ring	599	80	13%	417	7	2%
<i>davon saniert nach 2007</i>	355	4	1%	355	4	1%
Nord	825	117	14%	825	117	14%
Görden	766	21	3%	766	21	3%
Walzwerksiedlung	181	22	12%	181	22	12%
Hohenstücken Süd	376	66	18%	376	66	18%
Hohenstücken Nord	988	473	48%	113	20	18%
<b>Summe</b>	<b>4.336</b>	<b>796</b>	<b>18%</b>	<b>3.258</b>	<b>262</b>	<b>8%</b>
<i>davon Kernbestand</i>	3.461	357	10%	3.258	262	8%
<i>davon Verwertung</i>	875	453	52%			

Stand Dezember 2017

Die zum Kernbestand der wobra zählenden 3.461 eigenen Wohnungen sind größtenteils saniert, 114 Wohnungen sind teilsaniert und 89 Wohnungen sind unsaniert.

Der Leerstand der wobra (eigener Wohnungsbestand) per 31.12.2017 in Höhe von 18,36% untergliedert sich wie folgt:

Objekte	Anzahl von Wohnungen		
	<u>Gesamt</u>	<u>Leerstand</u>	<u>Leerstandsquote</u>
sanierte Wohnungen	3.258	262	8,04 %
teilsanierte Wohnungen	114	36	31,58 %
unsanierte Wohnungen	89	45	50,56 %
<b>Wohnungen Kernbestand</b>	<b>3.461</b>	<b>343</b>	<b>9,91 %</b>
Verwertung	875	453	52,00 %
<b>Summe eigene Wohnungen</b>	<b>4.336</b>	<b>796</b>	<b>18,36 %</b>

Im Geschäftsjahr 2017 verminderte sich das Bilanzvolumen um 3.491 T€ auf 142.205 T€. Das Anlagevermögen, welches von Wohn- und Gewerbebauten mit Grundstücken geprägt ist, macht 89% des Vermögens der wobra aus.

Die Veränderung des Eigenkapitals im Vergleich zum Vorjahr betrifft ausschließlich den Jahresüberschuss 2017 saldiert mit der Gewinnausschüttung für 2016.

Im langfristigen Fremdkapital sind die Bankdarlehen, Darlehen anderer Kreditgeber, langfristige Rückstellungen und die Kautionen der Mieter mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr berücksichtigt.

Investitionen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von 3.383 T€ (2016: 392 T€) getätigt.

---

### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

---

Für das Geschäftsjahr 2018 wird ein Jahresergebnis von 976 T€ erwartet.

Die Leerstandsquote im Kernbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter vermindert. Dieser Rückgang ist vor allem auf das konsequente Durchführen von Leerstands-beseitigungsmaßnahmen in reparaturbedürftigen Wohnungen zurückzuführen. Zusätzlich wurde unterjährig nachhaltig an den wohnungswirtschaftlichen Prozessen gearbeitet und auf eine nachfrageorientierte Angebotsstrategie umgestellt.

Die wobra als städtisches Wohnungsunternehmen der Stadt Brandenburg an der Havel hat entsprechend dem Gesellschaftszweck neben der Gewinnrealisierung auch auf die Versorgung aller Bevölkerungsschichten mit Wohnungen zu achten. Hierzu ist ein Angebot preissensibler und zugleich attraktiver Mietobjekte erforderlich, dass mit der Nutzung von

Fördermitteln und dem Sparkurs sowohl im Investitionsbereich als auch im operativen Geschäft umgesetzt wurde.

Das Ergebnis einer Portfolioanalyse zeigt, dass für die Bestandserhaltung und -entwicklung eine deutliche Aufstockung der Mittel zum Abbau des Instandhaltungstaus, zur Anpassung des Bestandes an die veränderte Wohnungsnachfrage, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Wohnungsangebotes, zum Abbau der aktuell ausgewiesenen Leerstandsquote und zur Sicherung des aktuell erreichten Vermietungsstandes erforderlich wird. Da die Finanzierung nicht vollständig aus Eigenmitteln erfolgen kann, werden vereinzelt Objektverkäufe und Kreditaufnahmen unumgänglich sein.

Die wobra wird weiterhin ihr Angebot kontinuierlich zielgruppenspezifisch und nachfrageorientiert anpassen. Insbesondere stehen dabei die Chancen der veränderten Wohnraumnachfrage nach höherwertigem Wohnen in innenstadtnahen Lagen und der ungebremsen Nachfrage nach altersfreundlichem Wohnen im Fokus. Demgegenüber sind zusätzlich Chancen zu verorten bei der Nachfragesituation nach preissensiblen Wohnraum, welcher durch effektive Grundrisse gekennzeichnet sein sollte. Hier ist es für die wobra von Vorteil einen auf der einen Seite entwickelten und auf der anderen Seite entwicklungsfähigen Bestand vorzuhalten, um zukünftig von den Potenzialen, die sich derzeit am Wohnungsmarkt in Brandenburg an der Havel auftun, überproportional profitieren zu können.

### Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht b. entsprechen)	In 2016 ergaben sich keine Änderungen der Kapitalrücklagen.
Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Vom Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 924.508,52 € wurden zum 1. Juli 2017 250.000,00 € an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel ausgeschüttet. Der nicht ausgeschüttete Jahresüberschuss 2016 von 674.508,52 € wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Vom Jahresüberschuss 2017 in Höhe von 1.070.210,85 € wurden 250.000,00 € an die Stadt Brandenburg an der Havel ausgeschüttet.
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Vertrag über die gesamtschuldnerische Haftung für wohnungswirtschaftliche Altschulden mit der Stadt Brandenburg an der Havel.
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der wobra und der Stadt Brandenburg an der Havel besteht neben der Vereinbarung eines abstrakten Schuldanerkenntnis über die Übernahme der Bewirtschaftungsverluste aus "BAVARIA" eine Vereinbarung über die Übernahme des Kapitaldienstes für die Altschulden. Die Weiterberechnung der BAVARIA-Verluste an die Stadt wirkte sich forderungserhöhend und gleichzeitig ertragserhöhend auf die Vermögens- und Ertragslage der wobra aus.
	Im Geschäftsjahr 2017 wurde der Erbbaurechtvertrag mit BAVARIA rückabgewickelt und der Generalverwaltervertrag aufgehoben. Entsprechend abstraktem Schuldanerkenntnis zwischen der Stadt und wobra wurden die daraus entstandenen Kosten von der Stadt übernommen.
	Sowohl Dienstleistungsvereinbarungen als auch die Fremdverwaltung städtischer Immobilien und Grundstücke bestehen zwischen der Stadt und wobra zu marktüblichen Konditionen.

## Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<u>Aktivseite</u>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>131.416</b>	<b>127.501</b>	<b>126.596</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	89	171	151
II. Sachanlagen	130.200	126.203	125.317
III. Finanzanlagen	1.127	1.127	1.127
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>18.812</b>	<b>18.105</b>	<b>15.502</b>
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Vorräte	7.007	7.176	6.191
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.558	1.996	263
III. Kassenbestand, Guthaben	9.246	8.933	9.048
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>73</b>	<b>89</b>	<b>107</b>
<u>Passivseite</u>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>32.772</b>	<b>32.574</b>	<b>33.394</b>
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Kapitalrücklage	2.112	2.112	2.112
III. Gewinn-/Verlustvortrag	3.973	3.973	4.647
IV. Jahresüberschuss	1.123	925	1.070
<b>B. SoPo Investitionszuschüsse</b>	<b>551</b>	<b>511</b>	<b>467</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>3.256</b>	<b>2.888</b>	<b>3.560</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>111.883</b>	<b>107.996</b>	<b>103.152</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>1.840</b>	<b>1.727</b>	<b>1.631</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>150.301</b>	<b>145.696</b>	<b>142.205</b>

## Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	23.008	23.607	22.545
2. Bestandsänderung	329	169	-986
3. Sonstige betriebliche Erträge	2.480	2.606	1.522
4. Aufwand für bezogene Lieferungen und Leistungen	-14.070	-14.466	-11.748
5. Personalaufwand	-2.032	-2.040	-2.019
6. Abschreibungen	-4.191	-4.714	-4.256
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.281	-1.382	-1.594
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	295	182	50
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.801	-2.440	-1.939
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-97	-27	-9
<b>11. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>1.640</b>	<b>1.495</b>	<b>1.565</b>
16. Sonstige Steuern	-518	-571	-495
<b>17. Jahresergebnis</b>	<b>1.123</b>	<b>925</b>	<b>1.070</b>

## III.2.1.1 Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH

---

### Geschäftsbereich

---

Wohnungsverwaltung

---

### Firmensitz

---

Hauptstr. 32  
14776 Brandenburg an der Havel  
Tel.: 03381/ 72 97 0  
Fax: 03381/ 72 97 22  
  
E-mail: wohnen@wofue.de  
Internet: www.wofue.de

---

### Gründung

---

Mit notarieller Beurkundung vom 03. März 1937 wurde die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH (Wofü) von der Stadt Brandenburg an der Havel und zwei gemeinnützigen Wohnungsvereinen gegründet.

Im Jahr 1950 gingen die städtischen Anteile am Stammkapital ins volkseigene Vermögen der DDR über. Gemäß Rückübertragungsantrag der Stadt Brandenburg an der Havel vom 06.05.1993 wurden die Kapitalanteile mit Bescheid vom 24.06.1993 wieder auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen.

Mit Wirkung vom 30.12.2005 wurden die Geschäftsanteile der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH mit einem Nennwert von 600 TDM auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen und von dieser zeitgleich als Einlage in die Kapitalrücklage der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH (wobra) eingebracht. Die Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ hat ihren Geschäftsanteil an der Wofü in Höhe von 7,7% am 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 gekündigt. Mit notariellem Vertrag vom 16.06.2008 wurde der Geschäftsanteil der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ auf die wobra übertragen. Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses Nr. 08 / 2008 der wobra vom 24.06.2008 hat die Gesellschafterversammlung der Wofü der Anteilkündigung der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ vom 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 zugestimmt. Damit wurde die wobra rückwirkend zum 31.12.2007 Alleingesellschafterin des Unternehmens.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter der Nummer HRB 4074 P eingetragen.

---

### Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital	332.339,72 €
wobra	100%

---

### **Aktueller Gesellschaftsvertrag**

---

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 16. März 1999.

---

### **Organe der Gesellschaft**

---

- *Geschäftsführung*

Stephan Falk

- *Gesellschafterversammlung*

Im Jahr 2017 fanden drei Gesellschafterversammlungen statt.

<b>Mitglieder der Gesellschafterversammlung 2017</b>
--

wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH: vertreten durch Herrn Stephan Falk; Geschäftsführer
--

Gemäß Gesellschaftsvertrag der Wofü hat die Gesellschaft keinen Aufsichtsrat und keinen Beirat. Diese Aufgaben werden von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

---

### **Gegenstand**

---

Nach dem Gesellschaftsvertrag ist Gegenstand des Unternehmens vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen und Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben zu übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen. Der Erwerb oder die Gründung von Unternehmen sowie die Beteiligung an Unternehmen sind nicht Gegenstand des Unternehmens.

---

### **Öffentlicher Zweck**

---

Nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört zu den Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft auch die Verbesserung der Wohnungen der Einwohner durch den sozialen Wohnungsbau, die Förderung des privaten und genossenschaftlichen Bauens sowie eine sozial gerechte Verteilung der Wohnungen. Daher erfüllt die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.



---

**Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft**


---

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	70%	67%	66%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	92%	95%	96%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 T€	0 T€	0 T€
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	130%	141%	146%
Zinsaufwandquote	0,4%	0,0%	0,4%
Liquidität 3. Grades	3817%	1121%	1438%
Cashflow*	-63,8 T€	81 T€	0 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	1%	7%	0%
Umsatz	157 T€	53 T€	52 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	8 T€	109 T€	40 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	53%	18%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	3	1	0

\*) Cashflow = Wert aus Jahresabschlussprüfbericht hier sind die Veränderungen auch von kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten ohne Finanzierungstätigkeit, Umlaufvermögen sowie Rechnungsabgrenzungsposten berücksichtigt. Zinserträge (2016 38 T€ und 2017 37 T€) wurden eliminiert, da die Zinserträge der Investitionstätigkeit zuzuordnen sind.

---

**Lagebericht der Gesellschaft**


---

Die Wofü hat ihren gesamten Wohnungsbestand zum 01.09.2007 verkauft. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Wofü von einem Wohnungsunternehmen zu einem Fremdverwalter.

Danach ist das wesentliche Betätigungsfeld der Gesellschaft die Verwaltung von Beständen für Dritte im Geschäftsjahr 2017 gewesen.

Im Geschäftsjahr 2017 verwaltete die Wofü zum 31.12.2017 315 Wohneinheiten (2016: 330), 86 Stellplätze (2016: 86) und 12 Pachtverhältnisse (2016: 12).

### **Vermögenslage**

#### Finanzanlagen

Im Geschäftsjahr weist die Gesellschaft 1 Mio. € für das an die Gesellschafterin ausgereichte Darlehen aus.

#### Bilanzsumme

Die Bilanzsumme beträgt 1.548,2 T€ (2016: 1.515,6 T€) und liegt damit um 32,6 T€ über dem Vorjahreswert. Zuwächse haben sich im Wesentlichen bei den liquiden Mitteln ergeben.

#### Eigenkapital

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 96,0% (2016: 90,4%) (1.486,5 T€).

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

	2016	2017
Eigenkapital	T€	T€
nominal	1.369,5	1.486,5
Quote	90,4%	96,0%

#### Rückstellungen

Die Veränderung der sonstigen Rückstellungen ist maßgeblich beeinflusst durch die Auflösung der Rückstellung zur Berücksichtigung von Herausgabeansprüchen nicht eingeforderter Kauttionen aus der Abwicklung der Verwalterverträge sowie Beratungsaufwendungen bezüglich der durch den Eigentümer der Verwaltungsobjekte ausgesprochene Aufkündigung der Verträge.

### **Finanzlage**

Die Finanzlage zum 31.12.2017 ist ausgeglichen. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben und auch künftig wird die Wofü ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen.

Zum 31.12.2017 wird ein Bestand an flüssigen Mitteln von 527,3 T€ (2016: 490,2 T€) ausgewiesen.

### **Ertragslage**

Es wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 39,7 T€ (2016: 108,8 T€) erzielt. Der Jahresüberschuss resultiert im Wesentlichen aus den Zinserträgen (37 T€).

Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung betreffen nur das in der Wofü verbliebene Grundstück.

Aus der Betreuungstätigkeit realisierte die Gesellschaft Erlöse in Höhe von 51,5 T€ (2016: 52,3 T€).

Im Geschäftsjahr 2017 konnte die Gesellschaft 37,0 T€ Zinserträge verbuchen. Darin sind 37,0 T€ Zinsen für das Darlehen an die Gesellschafterin wobra enthalten.

Die Verwaltertätigkeit wird im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages von Mitarbeitern der wobra übernommen.

Die Position sonstige betriebliche Aufwendungen (13,4 T€) enthalten Sachaufwendungen für den Geschäftsbetrieb und Aufwendungen für die Jahresabschlussprüfung und Steuerberatung.

---

### Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

---

Für das Geschäftsjahr 2018 plant die Geschäftsführung einen Jahresüberschuss in Höhe von 34,3 T€. Umsatzerlöse aus Fremdverwaltungen für Dritte und aus der Hausbewirtschaftung werden in Höhe von 52,0 T€ erwartet. Die wobra wird über einen Dienstleistungsvertrag die anfallenden Kosten für die Fremdverwaltung an die Wofü weiterberechnen. Gemäß dem Wirtschaftsplan 2018 wird am Ende des Geschäftsjahres 2018 ein Bestand an flüssigen Mitteln von 521,4 T€ erwartet.

Ab dem Geschäftsjahr 2016 verfügt die wofü über ein überschaubares Geschäftsfeld. Die hieraus möglicherweise resultierenden Risiken werden, im Rahmen einer Quartalsabrechnung, durch die Gesellschafterin wobra überwacht. Die mit der Verwaltertätigkeit anfallenden Arbeitsprozesse sind in die Organisationsstruktur der wobra integriert und unterliegen damit dem Risikomanagement der wobra.

---

### Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

---

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Dienstleistungsverträge zwischen der wobra und Wofü werden zu marktüblichen Konditionen erbracht.

## Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>1.026</b>	<b>1.023</b>	<b>1.019</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5	3	2
II. Sachanlagen	21	19	17
III. Finanzanlagen	1.000	1.000	1.000
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>428</b>	<b>493</b>	<b>529</b>
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	56	3	1
III. Kassenbestand, Guthaben	372	490	527
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>	<b>4</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>1.338</b>	<b>1.447</b>	<b>1.486</b>
I. Gezeichnetes Kapital	332	332	332
II. Gewinnvortrag	998	1.006	1.114
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	8	109	40
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>110</b>	<b>25</b>	<b>25</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>11</b>	<b>44</b>	<b>37</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.459</b>	<b>1.516</b>	<b>1.548</b>

## Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	0	0	0
2. Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	107	52	51
3. Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	50	0	0
4. Bestandsänderung	0	0	0
5. Sonstige betriebliche Erträge	8	95	10
6. Aufwendungen für Hausbewirtschaftungen	0	0	0
7. Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	0	-35	-35
8. Personalaufwand	-83	-10	0
9. Abschreibungen	-7	-4	-3
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-105	-22	-13
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	39	37	37
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	0	0
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-6	-7
<b>14. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>8</b>	<b>109</b>	<b>40</b>
15. Sonstige Steuern	0	0	0
<b>16. Jahresergebnis</b>	<b>8</b>	<b>109</b>	<b>40</b>

## III.2.2 Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH

---

### Geschäftsbereich

---

Krankenhaus

---

### Firmensitz

---

Hochstraße 29

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 20 00

Fax: 03381/ 30 10 76

e-mail: [skb@klinikum-brandenburg.de](mailto:skb@klinikum-brandenburg.de)

Internet: [www.klinikum-brandenburg.de](http://www.klinikum-brandenburg.de)

---

### Gründung

---

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 19. Dezember 1996 (notarielle Urkunde des Notars Karl-Heinz Buhmann, Brandenburg an der Havel, UR-Nr. 2796/96) gegründet und am 27. Mai 1997 ins Handelsregister des Amtsgerichts Potsdam unter HRB 10291 eingetragen.

Bis zum 31.12.1996 wurde das Klinikum als Eigenbetrieb geführt. Die GmbH hat den Eigenbetrieb zum 01.01.1997 gemäß Betriebsübernahmevertrag übernommen.

---

### Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital 25.600 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100%

---

**Unterbeteiligungen**

---

Zur Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gehören drei Tochtergesellschaften und Beteiligungen an der Medizinischen Hochschule CAMPUS GmbH und der AGKAMED Holding GmbH. Die Beteiligung AGKAMED ist Ergebnis einer organisatorischen Umstrukturierung der Einkaufsgemeinschaft AGKAMED (Arbeitsgemeinschaft Kardiologie und medizinischer Sachbedarf), der das Klinikum bereits als Mitglied seit 1997 angehört:

<b>Beteiligungen</b>	
Name:	KSC Klinik Service Center GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 12.750 (51%)
Name:	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 25.000 (100%)
Name:	Klinikum Westbrandenburg GmbH
Sitz:	Potsdam
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 12.500 (50%)
Name:	Medizinische Hochschule CAMPUS GmbH
Sitz:	Neuruppin
Stammkapital:	€ 100.000
Anteil:	€ 33.330 (33,33%)
Name:	AGKAMED Holding GmbH
Sitz:	Essen
Stammkapital:	€ 75.000
Anteil:	€ 500 (1%)

---

**Aktueller Gesellschaftsvertrag**

---

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 15. Februar 2016.

---

**Organe der Gesellschaft**

---

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nahm bis 12. Oktober 2017 Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr. Ab 13. Oktober 2017 nahm die Vertretung Bürgermeister Herr Steffen Scheller wahr.

Die Gesellschafterversammlung hat im Geschäftsjahr 2017 fünf Mal getagt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat kam in 2017 zu vier Sitzungen zusammen.

<b>Aufsichtsratsmitglieder 2017</b>
<b>Aufsichtsratsvorsitz</b> Frau Dr. Dietlind Tiemann (bis 13.12.2017) Herr Steffen Scheller (ab 13.12.2017)
<b>Stellvertreter</b> Herr Dirk Stieger
<b>weitere Mitglieder</b> Herr Jean Schaffer Herr Dr. Christian Sieg'l Frau Elke Kroll Frau Marita Lickert Herr Oliver Kuhlmeier Herr Andreas Kutsche Frau Dr. Lieselotte Martius

---

### **Gegenstand**

Gegenstand des Unternehmens ist nach der Übernahme und Fortführung des in Trägerschaft der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel befindlichen Städtischen Klinikums Brandenburg an der Havel der Betrieb von Krankenhäusern und sonstigen Nebeneinrichtungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, sich im Ausnahmefall an anderen Gesellschaften gleichen, ähnlichen oder verwandten Gegenstands zu beteiligen und solche Gesellschaften zu übernehmen, wenn sie den Gesellschaftszweck nachhaltig fördern und zu der Erfüllung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft beitragen.

---

### **Öffentlicher Zweck**

Die Gesellschaft verfolgt gem. § 3 des Gesellschaftsvertrages ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH ist eine privatrechtliche Einrichtung und wird nach wirtschaftlichen Grundsätzen als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt.

Die Sicherstellung der Krankenhausversorgung ist öffentliche Aufgabe des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte. Nach dem Landeskrankenhausplan gibt es im Land Brandenburg fünf Versorgungsgebiete, wobei das Städtische Klinikum Brandenburg dem Versorgungsgebiet Potsdam zugeordnet ist.

Gemäß § 1 Abs. 3 BbgKHEG (Brandenburgisches Krankenhausentwicklungsgesetz) erfüllen die kreisfreien Städte ihre Aufgabe als Aufgabe der Selbstverwaltung, indem sie eigene Krankenhäuser errichten und betreiben, soweit Krankenhäuser nicht von freien, gemeinnützigen, privaten oder anderen geeigneten Trägern errichtet und betrieben werden.

Zweck des Unternehmens ist es, auf der Basis des jeweils geltenden Krankenhausplans ein hochqualifiziertes medizinisches und pflegerisches Leistungsangebot zu gewährleisten, um eine optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung in Fortführung des gegenwärtig hohen Standards zu sichern.

#### Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	74,3%	67,8%	69,1%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	24,5%	23,9%	23,9%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	114%	124%	124%
Zinsaufwandquote	0,77%	0,76%	0,66%
Liquidität 3. Grades	113%	168%	162%
Cashflow	8.166 T€	9.085 T€	8.074 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	1,17%	1,40%	0,74%
Umsatz	87.014 T€	92.147 T€	107.147 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	1.320 T€	1.897 T€	649 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	56%	56%	50%
Anzahl der Mitarbeiter	971	991	1.024



---

## **Lagebericht der Gesellschaft**

---

### **Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH hat mit 437 Planbetten gemäß der Aufnahme in die Fortschreibung des dritten Landeskrankenhausplans vom 20. Dezember 2013 die Aufgabe eines Krankenhauses der Schwerpunktversorgung für die Stadt Brandenburg an der Havel und Umgebung.

Die Städtisches Klinikum GmbH selbst ist ein kommunales Krankenhaus, dessen alleinige Gesellschafterin die Stadt Brandenburg an der Havel ist. Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH bildet mit der Klinik Service Center GmbH, der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH und der Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH eine Unternehmensgruppe.

Gemeinsam mit dem Klinikum Ernst von Bergmann GmbH wurde die Klinikum Westbrandenburg GmbH als jeweils 50%ige Tochtergesellschaft gegründet. Ziel ist der gemeinsame Betrieb der beiden Kinderkliniken in eigener Rechtsform.

Die Städtisches Klinikum GmbH hat 33,3% der Anteile an der Medizinischen Hochschule Brandenburg Campus GmbH (MHB) mit einem Stammkapital von insgesamt 100 T€ und einer Kapitalrücklage von insgesamt 1,0 Mio. € übernommen. Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb der Medizinischen Hochschule Brandenburg „Theodor Fontane“. Die Aufnahme des Studiums ist im April 2015 in den Bereichen Humanmedizin und Psychologie erfolgt. Der Studienbetrieb in Brandenburg an der Havel wurde im Bereich Humanmedizin im April 2017 aufgenommen.

Der Landesbasisfallwert 2017 für das Land Brandenburg lag bei 3.347,67 € (2016: 3.278,19 €). Damit betrug die tatsächliche Steigerung je Bewertungsrelation 2,1% im Land Brandenburg.

### **Geschäftsverlauf 2017**

Die Geschäftsentwicklung der Städtisches Klinikum GmbH war im Geschäftsjahr 2017 durch eine Zunahme von DRG-Fällen geprägt. Dies hat zu einem deutlichen Anstieg bei den Bewertungsrelationen (BWR) geführt.

Zum Ende des Jahres 2017 wurden 25.883 Bewertungsrelationen (einschließlich Überlieger und Fälle der Integrierten Versorgung) erbracht. Die Bewertungsrelationen liegen im Jahresvergleich mit 1.051 BWR über dem Vorjahreszeitraum, wobei in der Bewertung der noch nicht erfolgte MDK-Abzug (Medizinischer Dienst der Krankenkassen) sowie ein Mehrerlösausgleich zu berücksichtigen sind. Die DRG-Anzahl stieg im Vergleichszeitraum um plus 814 bei einem CMI (Schweregrad) von 1,08 (2016: 1,079). Die Leistungen aus ambulanten Operationen waren leicht steigend.

Die Budgetverhandlung für das Jahr 2016 fand am 22. Februar 2017 statt. Insgesamt wurden einschließlich Überlieger 25.216 Bewertungsrelationen und damit 1.122 BWR bzw. 4,7% mehr als im Vorjahr verhandelt, wobei die endgültige Budgetvereinbarung noch nicht

ratifiziert wurde. Inklusive der Mehrleistungen aus 2015 ergibt sich für 2016 ein Mehrleistungsabschlag in Höhe von 835 T€. Dieser Betrag wurde mindernd in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Budgetverhandlung für das Jahr 2017 steht noch aus, eine Terminierung ist für den Frühherbst vorgesehen, wobei hier von Seiten des Klinikums gleich eine Vereinbarung für die Jahre 2017 und 2018 angestrebt wird.

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl der Vollkräfte im Jahresdurchschnitt auf 748,7 (Vorjahr: 736,3).

Im Wirtschaftsjahr 2017 wurden insgesamt 112 Auszubildende (Vorjahr: 106) beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von rund 10,9% an der Gesamtzahl der Mitarbeiter.

Die Personalaufwendungen zum 31. Dezember 2017 weisen 53.835,5 T€ aus. Dies sind 2.805,1 T€ bzw. 5,5% mehr als im Vorjahr.

### **Investitionen**

Im Jahr 2017 wurde ein Investitionsvolumen (gesamtes Anlagevermögen) von insgesamt 11.514,9 T€ (2016: 4.493,1 T€) realisiert. Neben den Investitionen in Haus 11, hier war Baubeginn am 28. November 2016 für ein viergeschossiges Gebäude ( Apotheke, Pathologie und Forschungsbereich MHB) mit einem Investitionsvolumen von 20.400 T€ wurden weitere Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung realisiert. Grundlage hierfür war die Förderung des Landes im Rahmen der Investitionspauschale 2017 in Höhe von 2.371,8 T€.

Der Neubau Haus 11 liegt weiterhin im Zeit- und Kostenrahmen. Die zweite Tranche des KfW-Darlehens (18.600 T€) in Höhe von 5.100 T€ wurde im Oktober 2017 fristgerecht bei der KfW abgerufen.

### **Ertragslage**

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH hat im Geschäftsjahr 2017 einen Jahresüberschuss von 649,3 T€ (2016: 1.897,1 T€) erwirtschaftet. Damit war das Ergebnis besser, als in der Wirtschaftsplanung 2017 (100,0 T€) vorgesehen.

Das Jahresergebnis der Gesellschaft war mit -66 T€ durch neutrale Effekte (2016: 514 T€) beeinflusst. Es wird zudem durch das negative Finanzergebnis von -653 T€ (2016: -639 T€) beeinträchtigt. Ohne neutrale Effekte und Finanzergebnis ergibt sich ein bereinigtes Betriebsergebnis von 1.368 T€ (2016: 2.022 T€).

### **Vermögenslage und Finanzlage**

Die Eigenkapitalquote (bereinigt um Ausgleichsposten) liegt leicht sinkend bei 15,2% (2016: 15,5%). Unter Einbeziehung der Sonderposten ergibt sich eine Eigenkapitalquote II (bereinigt um Ausgleichsposten) in Höhe von 67% (2016: 68%).

Im Bereich des Anlagevermögens konnten 2017 Investitionen von 11.561 T€ (2016: 4.493,1 T€) realisiert werden. Nach Abzug der planmäßigen Abschreibungen sowie der Abgänge hat sich das Anlagevermögen um 4.090 T€ erhöht.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 447,4 T€ verringert. Sie betragen 3.346 T€ (2016: 3.793,5 T€).

Die Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestände betragen zum Bilanzstichtag 14.148,7 T€ (2016: 14.301,3 T€).

Die Absolute Liquidität 3. Grades (Kurzfristige Vermögenswerte abzüglich kurzfristiges Fremdkapital) beläuft sich am Bilanzstichtag auf +826 T€ (2016: 2.370 T€). Der Liquiditätsbedarf der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH beträgt monatlich im Durchschnitt 8.200 T€ mit Spitzen in den Monaten Januar und November (Weihnachtsgeld etc.). Damit muss die Liquidität weiterhin als vergleichsweise knapp eingeschätzt werden und gilt mit Blick auf die anstehenden Investitionen sowie den zu leistenden Kapitaldienst unverändert als Herausforderung.

---

### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

---

Für das Wirtschaftsjahr 2018 wird bei geplanten Umsatzerlösen von 112 Mio. € mit einem Jahresüberschuss von 100,0 T€ gerechnet.

Die Planungen für 2019 bis 2022 sehen bei einem moderaten Anstieg der Umsatzerlöse jeweils einen Jahresüberschuss von 109 T€ bis 477 T€ vor.

Prognostizierte Budgetsteigerungen mit einhergehenden Kosteneinsparungen im Personal- und Sachbereich werden voraussichtlich zu einer stabilen Entwicklung führen.

Bei den Erlösen aus Krankenhausleistungen wurde in der Planung von 25.994 effektiven Bewertungsrelationen (einschließlich Überlieger) ausgegangen. Diese Planung basiert auf den im Jahre 2017 erbrachten Leistungen und dem voraussichtlichen Katalogeffekt bei den Veränderungen aufgrund des Krankenhausstrukturgesetzes.

Der Landesbasisfallwert für Brandenburg liegt nach Genehmigung des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz bei 3.444,50 € für das Jahr 2018. Dies entspricht einem Anstieg von 2,9%. Neben dem Landesbasisfallwert 2018 kann der sogenannte Pflegezuschlag abgerechnet werden.

Unter Berücksichtigung der vor- und nachstationären Leistungen sowie dem Budget der Kassen für die Ausbildung werden die Erlöse aus allgemeiner Krankenhausleistung mit 94.834 T€ geplant.

Bei den weiteren Erlösen wurde von einer grundsätzlich gleichen Entwicklung wie in den Vorjahren ausgegangen. Die Erträge für Leistungen an Dritte, insbesondere den Apothekenlieferungen, wurden auf Vorjahresniveau geplant.

Der Aufwand für den Wirtschaftsbedarf konnte seit Jahren durch Anpassungen beim Bezug stabil gehalten werden. Hier wurde keine Steigerung angesetzt.

Beim Zinsaufwand wurden die Belastungen durch die Finanzierungen der beiden Neubauten sowie der Großgeräte und Ausstattung Krankenhausneubau entsprechend der bestehenden Kreditvereinbarungen berücksichtigt.

Die nach wie vor zu geringe Investitionsförderung durch das Land stellt ein weiteres Problem für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH dar. Die jährlichen Investitionen entsprechen bei Weitem nicht der regelmäßigen Höhe der Abschreibungen, sodass auch zukünftig im

Bereich der Investitionen Eigenmittel eingesetzt werden müssen, die zunächst erwirtschaftet werden müssen.

Mehrkosten z. B. durch Tarifsteigerungen und Zinsen müssen über Erlössteigerungen und/oder über Einsparungen aufgefangen werden. Hier zeichnen sich durch das Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Gesundheit zumindest für die Pflege eine Entspannung bei den Tarifsteigerungen und Mehrkosten ab.

Der Trend des Fachkräftemangels lässt sich auch für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH für die Zukunft nicht ausschließen. Um diesem entgegenzuwirken hat die Medizinische Schule zum 01.04.2018 eine weitere Klasse in der Gesundheits- und Krankenpflege aufgemacht sowie die Altenpflege weiter fortgeführt. Die Beteiligung an der Medizinischen Hochschule Brandenburg Campus GmbH sowie die aktive Mitgestaltung der privaten Hochschule durch einen Standort am Klinikum Brandenburg soll zur künftigen Ärztegewinnung beitragen.

---

**Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt**

---

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Bürgschaft als Gesellschafter der MHB in Höhe von 1,5 Mio. € für einen Liquiditätskredit. Zusätzlich eine harte Patronatserklärung von 1,833 Mio. € für die MHB.
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

## Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>125.538</b>	<b>122.695</b>	<b>126.785</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.473	1.336	1.190
II. Sachanlagen	122.864	120.191	124.183
III. Finanzanlagen	1.200	1.168	1.412
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>20.265</b>	<b>34.725</b>	<b>32.963</b>
I. Vorräte	3.433	3.958	3.993
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.741	16.466	14.822
III. Kassenbestand, Guthaben	2.090	14.301	14.149
<b>C. Ausgleichsposten nach dem KHG</b>	<b>18.010</b>	<b>18.361</b>	<b>18.922</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>5.170</b>	<b>5.256</b>	<b>4.879</b>
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>41.354</b>	<b>43.251</b>	<b>43.900</b>
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	26	26	26
II. Kapitalrücklage	30.045	30.045	30.045
III. Gewinn-/Verlustvortrag	9.963	11.283	13.180
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	1.320	1.897	649
<b>B. Sonderposten zur Finanzierung des AV</b>	<b>89.577</b>	<b>86.358</b>	<b>85.262</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>3.043</b>	<b>3.793</b>	<b>3.346</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>34.991</b>	<b>47.629</b>	<b>51.040</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>18</b>	<b>5</b>	<b>0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>168.983</b>	<b>181.037</b>	<b>183.548</b>

## Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	87.014	92.147	107.147
2. Sonstige betriebliche Erträge	12.533	12.514	1.351
3. Personalaufwand	-48.812	-51.030	-53.836
4. Materialaufwand	-34.601	-43.002	-45.399
5.-7. Erträge (Zuwendungen, Ausgleichs- und SoPo)	8.235	7.882	10.022
8.-10. Aufwendungen (KHG, Ausgleichs- und SoPo)	-2.512	-2.444	-4.365
11. Abschreibungen	-7.278	-7.188	-7.425
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-12.426	-5.817	-6.181
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	54	52	55
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-663	-691	-707
<b>15. Ergebnis vor Steuern</b>	<b>1.545</b>	<b>2.423</b>	<b>662</b>
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-225	-525	-13
<b>18. Jahresergebnis</b>	<b>1.320</b>	<b>1.897</b>	<b>649</b>

## III.2.2.1 KSC Klinik Service Center GmbH

---

### Geschäftsbereich

---

Dienstleistungen im Gesundheitswesen

---

### Firmensitz

---

Hochstraße 29  
14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 27 00

Fax: 03381/ 41 27 09

---

### Gründung

---

Mit Gesellschaftsvertrag vom 31. August 1999 wurde die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC), Brandenburg an der Havel, auf der Grundlage eines SVV-Beschlusses vom 21.07.1999 gegründet. Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 8. Juni 2000 unter der Nummer HRB 13766 P.

---

### Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital 25.000 €

Die KSC Klinik Service Center GmbH mit Sitz in Brandenburg an der Havel ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Die Gesellschaftsanteile verteilen sich wie folgt:

<b>Beteiligungsverhältnisse</b>	<b>€</b>	<b>%</b>
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	12.750,00	51,0
Dussmann Beteiligungs- und Managementgesellschaft mbH	6.250,00	25,0
Gebäudereinigung Brandenburg GmbH	3.500,00	14,0
Caritas-Krankenhilfe Berlin e.V.	2.500,00	10,0
	<u>25.000,00</u>	<u>100,0</u>

---

### Unterbeteiligungen

---

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen.

---

### Aktueller Gesellschaftsvertrag

---

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 8. Juli 2002. Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HR-B 13766 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

---

## **Organe der Gesellschaft**

---

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wahrgenommen.

Im Geschäftsjahr 2017 haben zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat. Nach § 9 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Einführung eines Aufsichtsrats beschließen, ansonsten werden dessen Aufgaben durch die Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

---

## **Gegenstand**

---

Gegenstand der KSC ist die Bewirtschaftung von Krankenhäusern, Seniorenheimen und anderen sozialen Einrichtungen durch die Herstellung und Lieferung von Verpflegung, den Betrieb von gastronomischen Einrichtungen und die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen. Hierzu zählen insbesondere der Bereich der Speisenversorgung, das Gebäudemanagement sowie die Installation, Wartung und Instandhaltung von Elektro- und Fernmeldeanlagen und Klima- und Heizungstechnik, der Reinigungsdienst, das Betreiben von Archivräumen, das Erbringen von Schreibleistungen sowie dazugehörige Dienstleistungen. Die Gesellschaft übernimmt alle Arten von Tätigkeiten, welche zur Versorgung der in den sozialen Einrichtungen untergebrachten Personen sowie ihrer Mitarbeiter mit Dienstleistungen und Waren geeignet sind. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Versorgung sozialer Einrichtungen mit Dienstleistungen und Waren anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, belasten und veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist

und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum Bedarf der Stadt steht.

### Öffentlicher Zweck

Die KSC ist als Organgesellschaft der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH Dienstleister für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung und Wirtschaftsdienste, Technik und Verwaltung. Die Wirtschaftsdienste umfassen den Hol- und Bringdienst, den Patiententransport und den Fuhrpark.

Die unter dem Abschnitt „Gegenstand“ aufgeführten Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung.

### Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	31,3%	32,1%	29,8%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	16,5%	3,7%	4,7%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	105%	62%	62%
Zinsaufwandquote	0,07%	0,15%	0,00%
Liquidität 3. Grades	102,6%	85,0%	104,9%
Cashflow	137,0 T€	-155,8 T€	132,8 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	0,29%	0,00%	1,56%
Umsatz	13.046 T€	13.397 T€	15.300 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-3 T€	-255 T€	32 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	70,6%	69,8%	64,7%
Anzahl der Mitarbeiter	370	394	410



---

## **Lagebericht der Gesellschaft**

---

Die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC GmbH) ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und ist für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung, Wirtschaftsdienste, Zentralsterilisation, Technik und Verwaltung tätig.

Die KSC GmbH erbringt den größten Teil ihrer Leistungen gegenüber der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

### **Geschäftsverlauf**

Die Geschäftsentwicklung der KSC GmbH verlief im Geschäftsjahr 2017 insgesamt stabil. Zum 31.12.2017 wurde ein Jahresergebnis von 32,2 T€ ausgewiesen. Damit liegt das Jahresergebnis mit 7,2 T€ über dem geplanten Jahresüberschuss von 25,0 T€. Das Jahresergebnis liegt damit im Rahmen der Vorjahre.

Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1.903,2 T€ auf 15.299,7 T€. Ursächlich hierfür war in erster Linie die Steigerung des Umsatzes für technische Leistungen auf Grund mehr realisierter Projekte und Instandhaltungsmaßnahmen für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH sowie eine Steigerung der Erlöse bei den Reinigungs- und sonstigen Dienstleistungen gegenüber anderen Vertragspartnern. Durch Leistungserweiterungen konnten Vertragsanpassungen gegenüber dem Städtischen Klinikum durchgesetzt werden.

Die KSC hatte zum 31.12.2017 keine Kreditverbindlichkeiten.

### **Investitionen**

Aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit der KSC GmbH ist der Investitionsbedarf vergleichsweise gering. Die in 2017 vorgenommenen Investitionen betragen 163,4 T€ (2016: 49,2 T€). Hierbei handelte es sich vornehmlich um Betriebs- und Geschäftsausstattung, wobei die Neuanschaffung des Tresens in der Cafeteria mit 101,4 T€ die größte Einzelposition war.

### **Ertragslage**

Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein Jahresüberschuss nach Steuern von 32,2 T€ (2016: - 254,6 T€) ausgewiesen.

### **Vermögens- und Finanzlage**

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft kann im Geschäftsjahr 2017 als stabil bezeichnet werden. Das Eigenkapital verbesserte sich um 32,2 T€ auf 96,1 T€. Die Liquidität und insbesondere die Barliquidität bleiben weiterhin sehr knapp bemessen. Der in 2016 ausgewiesene Verlust ist bisher nicht liquiditätswirksam geworden.

---

### Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

---

Die Innenumsätze wurden auf Basis von einer stabilen Leistungsplanung des Städtischen Klinikums Brandenburg GmbH geplant. Die Pauschalen zur innerbetrieblichen Leistungsverrechnung wurden fortgeschrieben und wie folgt angepasst:

- Der Innenumsatz Technik berücksichtigt insbesondere die Anpassung an den Instandhaltungsplan 2018 im Auftrage des Klinikums Brandenburg für die Instandhaltung, den bestehenden Wartungsverträgen, die Instandsetzung und für geplante Sanierungsmaßnahmen. Dieser Plan enthält insbesondere sicherheitsrelevante Maßnahmen im Bereich Brandschutz und Stromversorgung.
- In der Reinigung wurden der Tarifvertrag der Gebäudereinigung und die Anpassung des Mindestlohnes für 2018 berücksichtigt.

Insgesamt werden die Umsatzerlöse mit 15.910,6 T€ geplant. Im Wirtschaftsplan 2018 wurden die Umsatzerlöse für die Jahre 2018 bis 2022 mit 15.910,6 T€ fortgeschrieben.

Für die Wirtschaftsjahre 2019 bis 2022 wird ein jeweiliger Jahresüberschuss von 25,0 T€ prognostiziert. Für das laufende Geschäftsjahr 2018 wird entsprechend dem Wirtschaftsplan ein Jahresüberschuss von 25 T€ erwartet.

Die wesentlichen Chancen und Risiken resultieren aus dem Organschaftsverhältnis mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH, für die der weit überwiegende Teil der Lieferungen und Leistungen erbracht wird. Dieser Anteil liegt im Wirtschaftsplan 2018 und für die Folgejahre konstant bei rund 86%.

Eine weitere Chance besteht für die KSC GmbH auch darin, das Leistungsangebot für Dritte auszuweiten. Allerdings ist es aufgrund der Vielzahl an Anbieter in diesen Branchen und deren Kosten- und Preisstrukturen außerordentlich schwierig, neue Marktanteile zu erschließen.

---

### Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

---

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

## Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	604	551	614
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4	8	13
II. Sachanlagen	599	543	601
<b>B. Umlaufvermögen</b>	1.312	1.141	1.433
I. Vorräte	43	43	62
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.216	996	1.305
III. Kassenbestand, Guthaben	53	102	65
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	14	24	13
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	318	64	96
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	297	293	39
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-3	-255	32
<b>B. Zuwendungen der öffentlichen Hand</b>	332	309	286
<b>C. Rückstellungen</b>	71	340	363
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	1.206	1.002	1.314
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	3	1	0
<b>Bilanzsumme</b>	1.930	1.716	2.059

## Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	13.046	13.397	15.300
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	39	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	60	111	69
4. Personalaufwand	-9.215	-9.355	-9.896
5. Materialaufwand	-3.306	-3.548	-4.924
6. Abschreibungen	-96	-99	-101
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-519	-495	-414
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-8	-21	0
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1	-242	1
<b>11. Ergebnis nach Steuern</b>	0	-252	36
12. Sonstige Steuern	-3	-3	-3
<b>13. Jahresergebnis</b>	-3	-255	32

## III.2.2.2 Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH

---

### Geschäftsbereich

---

Medizinisches Versorgungszentrum

---

### Firmensitz

---

Hochstr. 29  
14770 Brandenburg an der Havel

---

### Gründung

---

Mit Gesellschaftsvertrag vom 10. Dezember 2001 hat die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH die Klinikbereich (KB) - Praxis für Innere Medizin GmbH, Brandenburg an der Havel, gegründet.

Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 30. April 2002 unter der Nummer HRB 15884 P.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 8. Februar 2005 erfolgte die Umfirmierung der KB - Praxis für Innere Medizin GmbH in die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH (MVZ). Die Eintragung der Umfirmierung in das Handelsregister wurde am 25. Februar 2005 vorgenommen.

---

### Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital	25.000 €
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	100%

---

### Unterbeteiligungen

---

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

---

### Gesellschaftsvertrag

---

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 13. April 2018.

Durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 18. Dezember 2007 und Eintragung in das Handelsregister vom 28. Dezember 2007 ist der Gesellschaftsvertrag, insbesondere § 2 Abs.1 (Gegenstand des Unternehmens) und § 3 (Gemeinnützigkeit und Mildtätigkeit), neu gefasst worden.

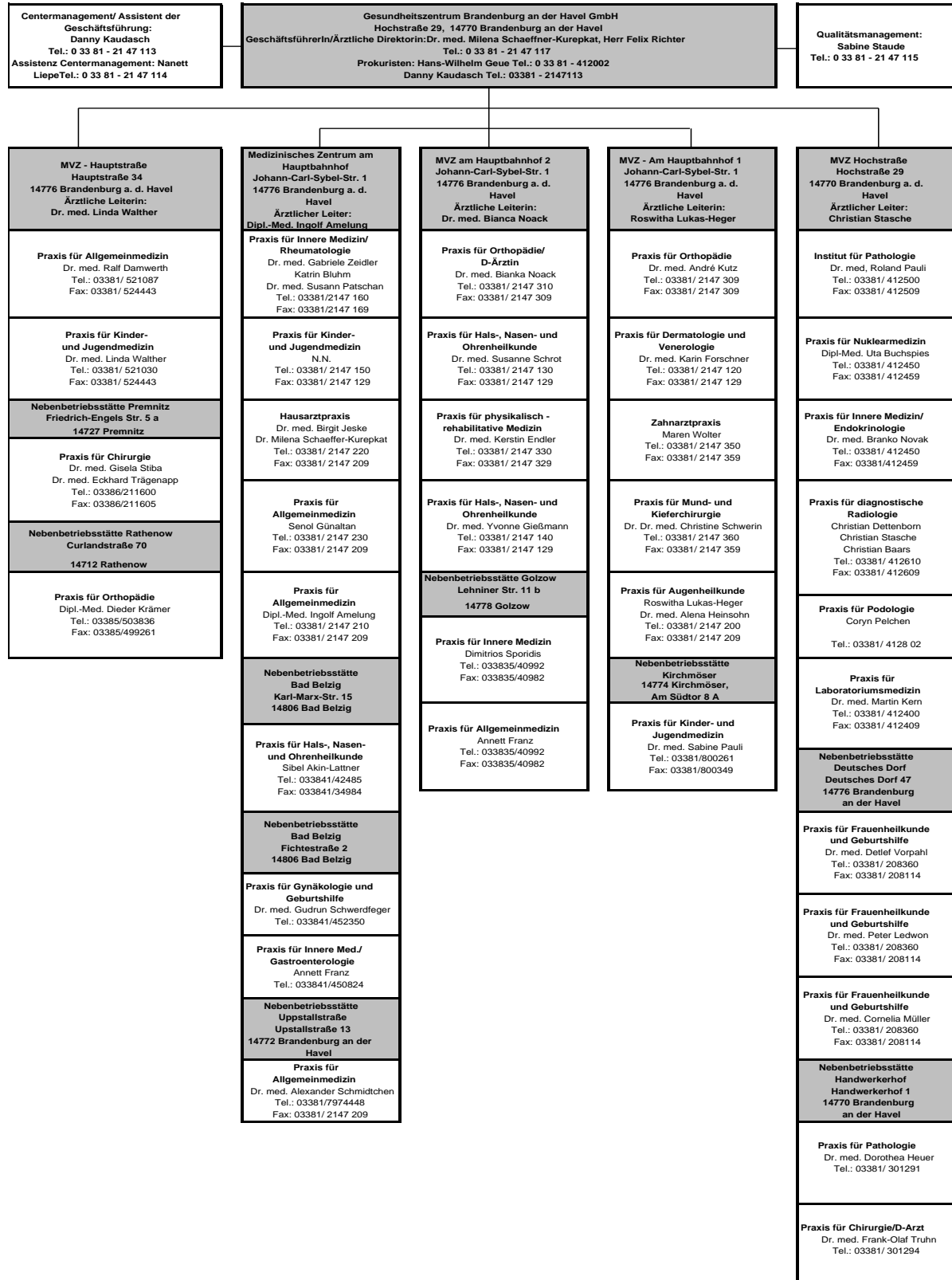
---

**Organe der Gesellschaft**

• **Geschäftsführung**

Dr. Milena Schaeffer-Kurepkat

Herr Felix Richter (ab 22.03.2018)



- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Im Berichtsjahr haben drei Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

---

### **Gegenstand**

---

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch (SGB V), insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung und der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten sowie weiterhin die Fortführung der bestehenden ambulanten Praxis gemäß § 311 Abs. 2 SGB V.

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und Förderung ihres Hauptzwecks dienlich sind.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann.

Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum Bedarf der Stadt steht.

---

### **Öffentlicher Zweck**

---

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u. a. die gesundheitliche Betreuung und damit auch die ambulante Versorgung ihrer Einwohner. Damit erfüllt die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

**Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft**

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	49,5%	49,3%	45,3%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	9,0%	5,9%	17,2%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	42%	30%	58%
Zinsaufwandquote	0,47%	0,44%	0,38%
Liquidität 3. Grades	76,6%	69,7%	85,9%
Cashflow	215,1 T€	255,9 T€	385,2
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	1,37%	0,00%	1,17%
Umsatz	10.375 T€	12.795 T€	14.648 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	10 T€	-55 T€	15 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	58,9%	58,6%	59,3%
Anzahl der Mitarbeiter	156	171	197

**Lagebericht der Gesellschaft**

Die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH ist ein Tochterunternehmen der alleinigen Gesellschafterin Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und in den Bereichen der ambulanten ärztlichen Versorgung tätig.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in 2017 beinhaltet im Wesentlichen den Betrieb Medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch V sowie die Fortführung der bestehenden ambulanten Einrichtung gemäß § 311 Abs. 2 SGB V.

Es besteht ein Auftrag der Gesellschafterin zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in der Stadt Brandenburg an der Havel und dem näheren Umland.

Das Jahr 2017 stand im Zeichen der Integration der diversen Nebenbetriebsstätten und Zweigpraxen innerhalb und außerhalb des Stadtgebietes von Brandenburg an der Havel. Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft wurde außerdem bestimmt von der Verschmelzung der Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH durch Übertragung ihres Vermögens unter Auflösung ohne Abwicklung als Ganzes auf die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH.

Damit ist die Zahl der Praxen zum 31.12.2017 gegenüber dem Vorjahr auf gleichem Niveau geblieben.

### **Ertragslage**

Das Geschäftsjahr 2017 war geprägt von den restlichen Auswirkungen der unterjährigen Betriebsaufnahme neuer Praxen in den Nebenbetriebsstätten Belzig, Brandenburg an der Havel und Rathenow. Hier musste der Praxisbetrieb reorganisiert werden und es waren erhebliche Investitionen in die Praxisausstattung erforderlich. Die Genehmigungen der Nebenbetriebsstätten in Brandenburg an der Havel werden von der Kassenärztlichen Vereinigung grundsätzlich befristet.

Für die Nebenbetriebsstätte Deutsches Dorf 47, in 14776 Brandenburg an der Havel wurde in 2017 die Genehmigung bis zum 31.03. 2020 verlängert.

Die Praxen verzeichnen auch weiterhin einen kontinuierlichen Patientenzulauf, die Fallzahlen stiegen weiter an. In 2017 wurden in der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH (inklusive Labor und Pathologie) 246.149 Fälle (was einer durchschnittlichen Fallzahl pro Quartal von 61.537 entspricht) von MVZ-Ärzten behandelt. Dies ist eine Steigerung von 28.358 Fällen gegenüber dem Vorjahr. Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein Jahresüberschuss von 14,7 T€ (2016: -55,7 T€) ausgewiesen. Damit wurde das im Wirtschaftsplan avisierte Ergebnis von 100 T€ nicht erreicht.

Das Ergebnis wurde im Jahr 2017 weiterhin von den Anlaufkosten der in 2016 neu etablierten Praxen belastet.

Die in 2016 erfolgte steuerliche Betriebsprüfung hatte zu einer außerplanmäßigen Steuerrückstellung von 42,6 T€ geführt. Hier gab es im Jahresabschluss 2017 keine Veränderung, da die Betriebsprüfung noch nicht beendet ist.

### **Entwicklung der Fallzahlen 2011 - 2017**

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Fallzahlen	50.854	70.753	88.876	87.344	93.713	105.109	246.149

(Fallzahlen bis 2016 ohne Labor und Pathologie)



### Entwicklung der Umsatzerlöse

Die Etablierung der neuen Praxen hat zur Umsatzsteigerung erheblich beigetragen. Der Gesamtumsatz entwickelte sich unterteilt nach Betriebsstätten wie folgt:

	2017 T€	2016 T€	Veränderung %
MVZ Hochstraße	9.474	7.766	22,0
MVZ am Hauptbahnhof 2	1.303	1.316	-1,0
MZ am Hauptbahnhof	1.669	1.522	9,7
MVZ am Hauptbahnhof 1	1.067	1.077	-0,9
MVZ Hauptstraße	964	952	1,3
Allgemein	171	162	5,6
	<u>14.648</u>	<u>12.795</u>	<u>14,5</u>

Der Anteil der Umsätze mit der Städtisches Klinikum GmbH ist durch die Verschmelzung mit der Klinik-Labor Brandenburg GmbH auf 22,5% angewachsen. Die Umsätze mit der Kassenärztlichen Vereinigung, das sind rund 57,8% des Gesamtumsatzes, wurden gesteigert und lagen im Berichtsjahr um 898,8 T€ über dem Vorjahresniveau. Hier haben im Laufe des Jahres 2016 die Nebenbetriebsstätten in Rathenow, Bad Belzig und Brandenburg an der Havel unterjährig den Betrieb aufgenommen und somit zu der Erhöhung der Umsätze beigetragen. Weitere Umsatzsteigerungen konnten über steigende Leistungen des Labors generiert werden. Das MVZ - am Hauptbahnhof 1 und das MVZ - am Hauptbahnhof 2 verzeichnen leichte Umsatzrückgänge, die auf unterjährige Personalwechsel zurückzuführen sind.

Der gestiegene Personalaufwand ergibt sich aus den unterjährigen Personalveränderungen insbesondere durch die Übernahme der Praxen in den Nebenbetriebsstätten. Zusätzlich sind durch die Verschmelzung der Kliniklabor Brandenburg an der Havel GmbH mit der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu in die Gesellschaft eingegliedert worden. Nicht vorhersehbare Personalveränderungen sowie die Hinzunahme ärztlichen Personals für die Chemotherapie führten ebenfalls zu höheren Personalkosten.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren lag mit 2.380,2 T€ noch einmal deutlich über dem Vorjahreswert von 2.169,9 T€. Ursächlich hierfür sind in erster Linie steigende Laborleistungen sowohl im Labor, als auch der steigende Laborbedarf in der Pathologie.

### Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft hat sich durch den minimalen Jahresüberschuss von 14,7 T€ nicht merklich verbessert. Zur Stärkung des Eigenkapitals hat sich der Gesellschafter bereit erklärt, Kredite in Höhe von 531,7 T€ als Kapitaleinlage umzuwidmen. Zusätzlich erhöht die Kapitalrücklage der fusionierten Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH das Eigenkapital, so dass die Gesellschaft zum 31.12.2017 ein Eigenkapital von 1.030,9 T€ ausweist.

Die Liquidität ist, bedingt durch die getätigten umfangreichen Investitionen, sehr angespannt. Sie ist stark abhängig von den Zahlungsterminen der Kassenärztlichen Vereinigung. Die Honorarbescheide und rund 25% des Honorars werden erst fünf Monate nach Quartalsende erstellt und ausbezahlt. Die laufenden Kosten sind vorzufinanzieren. Hier bestehen Vereinbarungen mit dem Gesellschafter und den Hausbanken. Die Liquidität ist über Kontokorrentverträge zwischen der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH, der Brandenburger Bank, der Deutschen Kreditbank AG (DKB) und der Gesellschafterin mit einer Gesamthöhe von 670 T€ abgesichert.

Mit der Investitionssumme 2017 von 270,9 T€ (2016: 983,0 T€) wurden im Wesentlichen Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung finanziert.

---

### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

---

Für 2018 sind weitere Praxisübernahmen vorgesehen.

Die bisherigen Praxisübernahmen dienen dem Ziel der Sicherstellung der stationären Einweisungen aus den Regionen Havelland und Potsdam-Mittelmark. Die Praxisübernahmen sind als Zweigpraxis eines MVZ des Gesundheitszentrums eingerichtet und stehen unter dem Vorbehalt der Zulassung durch den Zulassungsausschuss der KV Brandenburg. Die Genehmigung der Nebenbetriebsstätten in Brandenburg an der Havel sind von der Kassenärztlichen Vereinigung zeitlich befristet worden.

Die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH erbringt weiterhin den größten Teil ihrer Leistungen für gesetzlich krankenversicherte ambulante Patienten.

Für 2018 wird insgesamt mit weiter steigenden Umsätzen gerechnet. Insgesamt wird mit Umsatzerlösen von 15.544,5 T€ geplant, wobei allein das MVZ Hochstr. mit Labor, Radiologie und Pathologie weiterhin den größten Einzelumsatz generieren soll.

Die Aufwandsplanung der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH wird mit 59,8% sehr stark vom Ansatz für Personalkosten beeinflusst. Die Personalkosten werden inklusive der neuen Praxen mit 9.288,7 T€ angesetzt. Ansonsten wurden bei der Aufwandsplanung die gleichen Prämissen wie bei der Erlösplanung berücksichtigt.

Bei der Planung der Sachkosten wurde mit ähnlichem Kostenniveau wie 2017 geplant, zuzüglich der Kostenschätzung für die Übernahme der neuen Praxen.

Für das Geschäftsjahr 2018 wurde durch die Gesellschaft ein Jahresüberschuss von 30 T€ geplant.

Bei der Investitionsplanung 2018 in Höhe von 672,0 T€ war ein Betrag in Höhe von 342,0 T€ für die Übernahme der beiden Praxen zum 01.01.2018 vorgesehen. Ein Betrag von 330,0 T€ ist für Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung vorgesehen.

Für die Zukunft wird eine kontinuierliche Entwicklung der Gesellschaft angestrebt und erwartet.

**Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt**

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

**Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft**

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<u>Aktivseite</u>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>2.141</b>	<b>2.813</b>	<b>2.713</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.741	2.222	2.060
II. Sachanlagen	401	590	653
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>2.180</b>	<b>2.867</b>	<b>3.260</b>
I. Vorräte	151	225	283
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.024	2.642	2.924
III. Kassenbestand, Guthaben	4	0	53
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>6</b>	<b>22</b>	<b>20</b>
<u>Passivseite</u>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>391</b>	<b>336</b>	<b>1.031</b>
I. Stammkapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	0	0	681
III. Gewinn-/Verlustvortrag	356	366	311
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	10	-56	15
<b>B.Sonderposten mit Rücklagenanteil</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>16</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>36</b>	<b>177</b>	<b>179</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>3.897</b>	<b>5.017</b>	<b>4.767</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0</b>	<b>170</b>	<b>0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.328</b>	<b>5.702</b>	<b>5.993</b>

**Ertragslage der Gesellschaft**

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	10.375	12.795	14.648
2. Sonstige betriebliche Erträge	357	66	126
3. Personalaufwand	-6.114	-7.502	-8.693
4. Materialaufwand	-2.862	-3.196	-3.597
5. Abschreibungen	-229	-312	-371
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.462	-1.820	-2.012
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-49	-57	-56
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-7	-29	-31
<b>10. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>10</b>	<b>-55</b>	<b>15</b>
11. Sonstige Steuern	0	0	0
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>10</b>	<b>-55</b>	<b>15</b>

### III.2.2.3 Klinikum Westbrandenburg GmbH

---

#### Geschäftsbereich

---

Krankenhaus (Kinder- und Jugendklinik)

---

#### Firmensitz

---

Charlottenstraße 72  
14467 Potsdam

---

#### Gründung

---

Die Gesellschaft wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 2012 gegründet.

Gesellschafter sind die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und das Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH Potsdam mit den jeweiligen Geschäftsanteilen von 50%.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 25968 P eingetragen.

---

#### Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital	25.000 €	
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH		50%
Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH, Potsdam		50%

---

#### Unterbeteiligungen

---

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

---

#### Gesellschaftsvertrag

---

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 14. Dezember 2012.

---

#### Organe der Gesellschaft

---

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

Steffen Grebner

Die Geschäftsführer werden von der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH (KEvB) gestellt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Gemäß der Verständigung zwischen den beiden Gesellschaftern wurden die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung in Form jeweils schriftlicher Abstimmungsverfahren gefasst.

---

### **Gegenstand**

---

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages der Betrieb der Klinikum Westbrandenburg GmbH und sonstiger Nebeneinrichtungen. In der Klinikum Westbrandenburg GmbH sind die Kinder- und Jugendkliniken der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH und der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH vereinigt. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

---

### **Öffentlicher Zweck**

---

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u. a. die gesundheitliche Betreuung ihrer Einwohner.

Der satzungsmäßige Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege durch Feststellung, Heilung, Linderung oder Verhütung einer Verschlimmerung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen, die Geburtshilfe sowie die Sicherung einer stabilen Gesundheitsversorgung im pädiatrischen Bereich der Gemeinden Landeshauptstadt Potsdam, Brandenburg an der Havel und im gemeinsamen Versorgungsgebiet Havelland-Fläming.

---

**Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft**


---

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	5,7%	10,7%	8,0%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	4,5%	5,8%	11,9%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Eigenkapitalquote (ohne SOPO)</b>			
Anlagendeckung II	164%	54%	149%
Zinsaufwandquote	0,01%	0,00%	0,00%
Liquidität 3. Grades	104,0%	104,6%	111,7%
Cashflow	320,3 T€	173,8 T€	865,2 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	4,05%	0,95%	7,81%
Umsatz	15.744 T€	18.060 T€	23.442 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	281 T€	61 T€	712 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	64,3%	61,7%	52,3%
Anzahl der Mitarbeiter	193	203	211

---

**Lagebericht der Gesellschaft**


---

Das Klinikum Westbrandenburg gehört zu den großen Kinder- und Jugendkliniken in Deutschland. Als Perinatalzentrum Level I ist das Klinikum besonders spezialisiert auf die Betreuung und Behandlung von Frühgeborenen und kranken Neugeborenen. Die Gesellschaft betreibt Fachabteilungen in der Kinder- und Jugendmedizin mit 57 Betten am Standort Potsdam und mit 33 Betten am Standort Brandenburg an der Havel. Die Betriebsaufnahme erfolgte zum 1. Januar 2014 erfolgt.

## **Ertragslage**

Im Geschäftsjahr 2017 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 711 T€ erzielt. Dieser Jahresüberschuss resultiert aus der weiteren Profilschärfung in der Neonatologie am Standort Potsdam sowie einem deutlichen Plus an Überliegern von 2016 nach 2017 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Gerade letztgenannter Aspekt ist in dieser Auswirkung ein einmalig positiver Effekt. Die Wirtschaftsplanung lag bei 154 T€.

Die im Geschäftsjahr 2017 erzielte Gesamtleistung in Höhe von 23.559 T€ (2016: 18.083 T€) resultiert zu 74% aus den stationären Krankenhausleistungen (inkl. Wahlleistungen). Die ambulanten Leistungen des Krankenhauses stellen 12,3% der Gesamtleistung dar.

Gemäß Leistungsstatistiken wurden 20.643 vollstationäre Berechnung- und Belegungstage bzw. 4.443 vollstationäre Fälle und 1.785 teilstationäre Berechnungs- und Belegungstage geleistet. Die stationäre Verweildauer betrug durchschnittlich 5,0 Tage. Die Summe der DRG-Bewertungsrelation für Jahreslieger betrug zum Jahresende 4.377,446 Punkte.

Der Personalaufwand beläuft sich im Jahr 2017 auf insgesamt 12.257 T€ (2016: 11.157 T€), davon entfallen 10.129 T€ (2016: 9.296 T€) auf Löhne und Gehälter und 2.128 T€ (2016: 1.861 T€) auf soziale Abgaben. Die Personalaufwandsquote betrug 52% (2016: 61,7%).

In dem Materialaufwand von insgesamt 5.360 T€ (2016: 5.012 T€) sind Aufwendungen für den medizinischen Bedarf in Höhe von 3.422 T€ (2016: 3.081 T€) enthalten. Die Materialaufwandsquote betrug 22,8% (2016: 27,7%).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von insgesamt 5.189 T€ (2016: 1.829 T€) resultieren im Wesentlichen aus der Bildung von Rückstellung für Abrechnungsrisiken (1.590 T€; 2016: 0 T€), Forderungsabschreibungen bzw. Wertberichtigungen (530 T€; 2016: 280 T€), Aufwendungen für Mieten und Pachten (482 T€; 2016: 474 T€). sowie dem Verwaltungsaufwand (352 T€; 2016: 206 T€).

## **Vermögens- und Finanzlage**

Die Vermögensstruktur wird durch das Umlaufvermögen dominiert, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben einen Anteil von 62,4% (2016: 66,7%) an der Bilanzsumme.

Das Anlagevermögen steigt zum 31. Dezember 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 40 T€ auf 728 T€.

Die Investitionen des Geschäftsjahres 2017 von insgesamt 194 T€ (2016: 404 T€), davon 193 T€ in Einrichtungen und Ausstattungen für den medizinischen Bereich, wurden in Höhe von 76 T€ aus den Förder- und Drittmitteln finanziert.

In den Forderungen an Gesellschafter (473 T€; 2016: 197 T€) sind vorrangig Leistungsabrechnungen der KWB für die medizinische Versorgung der Patienten der KEvB enthalten.

Die liquiden Mittel (1.837 T€; 2016: 1.080 T€) enthalten zum Stichtag zweckgebundene Mittel in Höhe von 1.077 T€. Die liquiden Mittel haben sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 757 T€ erhöht. Die kurzfristigen Forderungen und die flüssigen Mittel decken zum Bilanzstich-

tag vollständig das kurzfristige Fremdkapital.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Stichtag 11,9% (2016: 5,8%). Der Jahresüberschuss aus dem Vorjahr wurde in die Gewinnrücklagen eingestellt.

Die sonstigen Rückstellungen (2.839 T€; 2016: 832 T€) betreffen überwiegend Abrechnungsrisiken und Risiken aus der Leistungserbringung (2.155 T€) und Personalarückstellungen (545 T€).

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht (1.108 T€; 2016: 2.287 T€) betreffen zum Stichtag in Höhe von 991 T€ Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Mitteln der Investitionspauschale

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (2.686 T€; 2016: 1.306 T€) und verbundenen Unternehmen (413 T€; 2016: 301 T€) resultieren aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr und bestimmen zu 34% die Kapitalstruktur.

---

### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

---

Der Wirtschaftsplan 2018 wurde auf der Grundlage der aktuellen Gesetzgebung im Gesundheitswesen erstellt. Dabei geht die Planung der Umsatzerlöse von einem Wachstum entsprechend der erwarteten Entwicklung im Gesundheitssektor aus. Für die Planung wurde eine Leistungssteigerung angesetzt. Die geplante Gesamtleistung für das Jahr 2018 beträgt 21.424 T€.

Den im Planungszeitraum angesetzten absoluten und relativen Erhöhungen des Personalaufwands wird mit striktem Kostencontrolling der Material- und sonstigen betrieblichen Aufwendungen begegnet sowie mit einer Fallzahlsteigerung, welche einen positiven Erlöseffekt zur Folge hat.

Der Materialaufwand wurde in der Planung entsprechend den Analysen der beiden Standorte angesetzt. Für die Inanspruchnahme der Mutterunternehmen für Lieferungen und Leistungen sind entsprechende Verrechnungspreise gebildet worden, die gemäß den vertraglichen Vereinbarungen abgerechnet werden. Des Weiteren werden durch das Sachkostencontrolling die Entwicklung der Kosten überwacht und rechtzeitig Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Der Jahresüberschuss wird für das Jahr 2018 mit 84 T€ geplant. In den Folgejahren wird der Jahresüberschuss ebenfalls mit positiven Ergebnissen geplant.

Die geforderte Mindestmenge von 14 Patienten mit einem Geburtsgewicht von <1250 g wurde in 2015 erstmals vom Standort Brandenburg unterschritten. Auf Grund einer positiven Prognose wurde eine Ausnahmeregelung beim Land Brandenburg für den Teilbereich Brandenburg beantragt, damit trotz tatsächlicher oder möglicher Unterschreitung dieser Kriterien diese Leistungen weiter abrechnungsfähig sind. Die Genehmigung wurde für 2016 und 2017 erteilt. Die Mindestmengen wurden 2017 wieder an beiden Standorten erreicht. Für 2018 wird ebenfalls von einer Erreichung der Mindestmengen ausgegangen. Für die Zukunft besteht jedoch das latente Risiko, dass die Mindestmengen weiter angehoben werden.

Für Risiken aus der Leistungserbringung und Abrechnungsrisiken wurden Rückstellungen von insgesamt 2.155 T€ (2016: 324 T€) gebildet. Aus der Inanspruchnahme dieser Rückstellungen



könnten sich hohe kurzfristig Belastungen auf die Liquidität der Gesellschaft ergeben. Zur Liquiditätssicherung hat die Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH ein Darlehen in Höhe von 2.000 T€ einschließlich einem Rangrücktritt zugesagt.

Insbesondere in Regionen mit progressivem Wachstum stellt der Fixkostendegressionsabschlag ein großes Problem dar. Durch das Wachstum und die Strukturvorgaben auf der einen Seite muss mit steigenden Personalbedarf und Sachkostenbedarf gerechnet werden. Auf der anderen Seite wird von den Erlösen ein Abzug vorgenommen.

Trotz Leistungssteigerung wird deshalb in der Wirtschaftsplanung nur mit leicht positiven Ergebnissen gerechnet.

---

**Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt**

---

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

## Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>396</b>	<b>688</b>	<b>728</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	11	9	7
II. Sachanlagen	385	679	721
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>6.563</b>	<b>5.757</b>	<b>8.380</b>
I. Vorräte	538	505	382
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.748	4.171	6.160
III. Kassenbestand, Guthaben	1.277	1.080	1.837
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>7</b>
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>313</b>	<b>374</b>	<b>1.086</b>
I. Stammkapital	25	25	25
II. Gewinnrücklagen	0	0	61
III. Gewinn-/Verlustvortrag	7	288	288
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	281	61	711
<b>B. Sonderposten mit Rücklagenanteil</b>	<b>336</b>	<b>565</b>	<b>528</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>898</b>	<b>832</b>	<b>2.839</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>5.413</b>	<b>4.672</b>	<b>4.661</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>6.959</b>	<b>6.445</b>	<b>9.114</b>

## Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	15.744	18.060	23.442
2. Sonstige betriebliche Erträge	139	23	117
3. Personalaufwand	-9.892	-11.157	-12.257
4. Materialaufwand	-4.116	-5.012	-5.360
5.-6. Erträge (Zuwendungen, Ausgleichs- und SoPo)	544	530	548
7.-8. Aufwendungen (KHG, Ausgleichs- und SoPo)	-516	-441	-434
9. Abschreibungen	-39	-113	-154
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.583	-1.829	-5.189
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	0	0
<b>13. Ergebnis vor Steuern</b>	<b>281</b>	<b>61</b>	<b>712</b>
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
15. Sonstige Steuern	0	-1	-1
<b>16. Jahresergebnis</b>	<b>281</b>	<b>61</b>	<b>712</b>

## III.2.2.4 Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH

---

### Geschäftsbereich

---

Medizinische Hochschule

---

### Firmensitz

---

Fehrbelliner Straße 38

16816 Neuruppin

Tel.: 03391 - 39 14110

Fax: 03391 - 39 14109

E-Mail: [dekanat@mhb-fontane.de](mailto:dekanat@mhb-fontane.de)

Internet: [www.mhb-fontane.de](http://www.mhb-fontane.de)

---

### Gründung

---

Die Gesellschaft wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 15. Dezember 2014 gegründet.

Gesellschafter sind die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH, Ruppiner Kliniken GmbH, Immanuel Diakonie GmbH, Stadtwerke Neuruppin GmbH und die Sparkasse Ostprignitz-Ruppin.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 7829 NP eingetragen.

---

### Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital	100.000 €
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	33,33%
Ruppiner Kliniken GmbH	33,33%
Immanuel Diakonie GmbH	11,12%
Stadtwerke Neuruppin GmbH	11,11%
Sparkasse Ostprignitz-Ruppin	11,11%

---

### Unterbeteiligungen

---

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

---

### Gesellschaftsvertrag

---

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 21. Dezember 2017.

---

---

## Organe der Gesellschaft

---

- *Geschäftsführung*

Prof. Dr. Edmund Neugebauer

Martin Pangritz

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Gesellschafterin Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführerin der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

- *Aufsichtsrat*

Aufsichtsratsmitglieder 2017	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Ralf Reinhardt (Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin)
Stellvertreter	Herr Prof. Dr. Joachim Schindler (Immanuel Diakonie GmbH)
weitere Mitglieder	Frau Dr. Dietlind Tiermann (Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg an der Havel, bis 24.09.2017)
	Herr Steffen Scheller (Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, seit 25.09.2017)
	Frau Dr. Margrit Spielmann (Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH)
	Herr Olaf String (Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH)
	Herr Jens-Peter Golde (Bürgermeister der Fontanestadt Neuruppin)
	Herr Ronny Kretschmer (Ruppiner Kliniken GmbH)
	Herr Manfred Richter (Stadtwerke Neuruppin GmbH)
	Herr Ralf Osterberg (Sparkasse Ostprignitz-Ruppin)

Im Geschäftsjahr 2017 fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt.

---

## Gegenstand

---

Ziel des Unternehmens ist die Gewinnung von Medizinern zur Sicherung der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

---

## Öffentlicher Zweck

---

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u. a. die gesundheitliche Betreuung ihrer Einwohner.

Die satzungsmäßigen Zwecke der Gesellschaft sind a) die Förderung von Wissenschaft und Forschung, b) die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Gesundheitspflege, c) die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe. Daneben kann die Gesellschaft auch die ideelle und finanzielle Förderung anderer steuerbegünstigter Körperschaften, von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder auch von ausländischen Körperschaften zur Förderung von Wissenschaft und Forschung vornehmen.

---

**Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft**


---

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	7,1%	4,0%	5,3%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	1,8%	0,0%	0,0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	1.381,0 T€	2.833,3 T€
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	291%	0%	0%
Zinsaufwandquote	0,19%	0,00%	0,16%
Liquidität 3. Grades	206,1%	133,3%	76,5%
Cashflow	-868,4 T€	-1.359,8 T€	-1.286,4 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	-67,17%	0,00%	0,00%
Umsatz	1.412 T€	3.026 T€	5.863 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-889 T€	-1.405 T€	-1.452 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	90,9%	92,6%	69,2%
Anzahl der Mitarbeiter	42	62	127

---

**Lagebericht der Gesellschaft**


---

Der Studienbetrieb verlief im Medizinstudiengang im Geschäftsjahr 2017 planmäßig. Für den Medizinstudiengang konnten im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 31 Darlehensplätze durch kooperierende Krankenhäuser an Studierende vergeben werden. Planmäßig wurde der Campus in Brandenburg an der Havel in Betrieb genommen. Auch hier verlief der Studienbetrieb ordnungsgemäß und sehr zufriedenstellend.

Für den Bachelorstudiengang der Psychologie wurden im Oktober 2017 59 Studierende immatrikuliert, für den Masterstudiengang weitere neun. Die Stiftung der Sparkasse OPR hat zur Unterstützung der Studierenden des Studienganges Stipendien ausgereicht.

Insgesamt stellt sich die Wettbewerbssituation in der Psychologie deutlich anders dar als in der Medizin. Während für den Medizinstudiengang für das Sommersemester 2017 über 650 Bewerbungen eingegangen sind, waren in der Psychologie für den Bachelorstudiengang nur rund 148 Bewerbungen und für den Masterstudiengang nur 23 Bewerbungen für das Wintersemester 2017 zu verzeichnen. In der Psychologie wirkt sich der Wettbewerb mit anderen privaten und staatlichen Hochschulen in Berlin und Brandenburg auf die Bewerberzahlen aus. Dennoch konnte die Zahl der Bewerber und Studierenden deutlich erhöht werden, was durch konzentrierte Marketingmaßnahmen erreicht werden konnte. In der Medizin ist die MHB in Berlin und Brandenburg konkurrenzlos.

In 2017 wurden zehn Berufungsverfahren eröffnet und acht Professoren berufen (vollständig abgeschlossene Berufungsverfahren). Darüber hinaus wurden im Laufe des Jahres 74 Mitarbeiter eingestellt, davon 48 wissenschaftliche Mitarbeiter und von diesen 32 Mitarbeiter über Drittmittelprojekte.

### **Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage**

Durch den weiter anhaltenden Auf- und Ausbau der Studienbetriebs- und Forschungsstrukturen ist die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahresabschluss nur eingeschränkt gegeben.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 weist die Gesellschaft eine Bilanzsumme von 10.634 T€ (2016: 4.123 T€) aus. Erwartungsgemäß stellen die Forderungen aus Zuwendungen und Zuschüssen mit 5.028 T€ (2016: 2.004 T€) den größten Vermögenswert dar. Die Gesellschaft ist plangemäß bilanziell überschuldet. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beträgt bei einem Jahresfehlbetrag von 1.452 T€ (2016: 1.405 T€) 2.833 T€ (2016: 1.381 T€), bezogen auf die Bilanzsumme 26,6% (2016: 33,5%). Eine Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne liegt nicht vor, da eine positive Fortführungsprognose besteht und die Liquidität gesichert ist.

Die MHB erwirtschaftet während der Aufbau- und Konsolidierungsphase geplant Verluste. Gegenüber dem Plan höhere Einnahmen bei einer im Vergleich dazu unterproportionalen Aufwandsentwicklung und Erträge aus Rückstellungsaufösungen führten dazu, dass das Geschäftsjahr 2017 mit einem um rd. 163 T€ geringen Jahresfehlbetrag als geplant abgeschlossen werden konnte.

Die Erhöhung des Studierendenbestandes und die Ausweitung des Forschungsbetriebes spiegeln sich in der Entwicklung der Umsatzerlöse wieder. Die Umsatzerlöse, die um 2.837 T€ anstiegen, enthalten im Wesentlichen Studiengebühren in Höhe von 3.637 T€ (2016: 2.215 T€) und zu vereinnahmende Zuwendungen und Zuschüsse in Höhe von 2.008 T€ (2016: 647 T€).

Rückstellungsaufösungen in Höhe von 64 T€, höhere Spendeneinnahmen (+20 T€) sowie U2-Umlage-Erstattungen (Ausgleich der finanziellen Belastungen aus dem Mutterschutz) in Höhe

von 26 T€ führten zum deutlichen Anstieg der Sonstigen betrieblichen Erträge.

Der Anstieg der Materialaufwendungen um 646 T€ ist hauptsächlich auf die Entwicklung der Honorarkosten innerhalb der bezogenen Leistungen zurückzuführen. Diese erhöhten sich insgesamt um 558 T€ auf 910 T€ (2016: 352 T€) ist. Die Ausweitung des Forschungsbetriebes spiegelt sich im Anstieg der eingekauften Forschungsleistungen wieder (+409 T€, 2016: 59 T€).

Im Rahmen des laufenden Personalaufbaus für den Hochschulbetrieb hat sich die Mitarbeiterzahl der Gesellschaft gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Erhöhung des Personalaufwandes von 2.803 T€ auf 4.058 T€ trägt dieser Entwicklung Rechnung.

Die Gesellschaft arbeitet weiter an der Etablierung der Hochschule. Gegenüber dem Vorjahr wurde das Budget für die Kosten für Werbemaßnahmen und die Öffentlichkeitsarbeit noch einmal aufgestockt (205 T€; 2016: 153 T€). Der höhere Flächenbedarf des Geschäftsjahres und die Inbetriebnahme des Campus Brandenburg schlagen sich in den Mietaufwendungen nieder, die von 183 T€ auf 416 T€ gestiegen sind.

Die Liquidität der Gesellschaft war in 2017 insgesamt gesichert und die zur Verfügung stehenden Mittel (inklusive Kreditlinie) reichten jederzeit aus, um die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Zur Sicherung des Liquiditätsbedarfes besteht eine Kreditlinie über 4,5 Mio. EUR, für den die Gesellschafter der MHB bürgen.

---

#### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

---

Der Fokus der Gesellschaft besteht im Ausbau der Hochschule. Als privat finanzierte Einrichtung steht und fällt die Entwicklung der Hochschule mit der Bewerberlage und der Anzahl der Studierenden. Aufgrund der guten Bewerberlage in den Vorjahren und 2017 für die Humanmedizin ist davon auszugehen, dass auch zukünftig eine hohe Anzahl an Interessenten für dieses Studium an der Hochschule vorhanden ist. Des Weiteren verringern auch die bereits abgeschlossenen Kooperationsvereinbarungen und Darlehenszusagen das Ausfallrisiko von Studiengebühren.

Das Risiko im Studiengang Psychologie ist höher einzuschätzen, da hier die Bewerberlage bei ausgeprägter Konkurrenz in der Region Berlin/Brandenburg eine deutlich andere ist. Die intensiven Marketingmaßnahmen haben allerdings gute Erfolge gezeigt, so dass in 2017 schon sehr viel mehr Bewerbungen eingegangen sind, als in den Vorjahren.

Der Ausbau von Kooperationen sowohl mit den Gesellschaftern als auch externen lokalen und regionalen Partnern bietet der Hochschule die Chancen, sich weiter zu vernetzen und zu verankern. Hier ist insbesondere der Gesundheitscampus zu nennen, dessen Gründung für das Jahr 2018 avisiert ist. Diese Kooperation von MHB, Universität Potsdam und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg hat das Ziel, die medizinische Versorgung für das Flächenland Brandenburg langfristig zu sichern. Der Verbund aus den drei o.g. Universitäten sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Kliniken soll Gesundheitsfachberufe und -forschung vernetzen sowie die praxisnahe Aus- und Weiterbildung in

Gesundheit und Pflege stärken.

Für die MHB risikobehaftet ist die weitere Ausgestaltung der Zusammenarbeit der o.g. drei Hochschulen. Gleichzeitig birgt der Gesundheitscampus aber eine Chance zur wesentlichen Unterstützung der an der MHB betriebenen Forschung und deren Aufbau. Für die Akkreditierung der MHB durch den Wissenschaftsrat im Jahr 2020/2021 wird insbesondere die Forschung eine herausragende Rolle spielen.

Die Ausbildung von medizinischen und psychologischen Fachkräften an der Hochschule trägt insbesondere zur persönlichen Bindung an den jeweiligen Standorten bei und unterstützt somit die Gesellschafter und Kooperationspartner bei der Fachkräftebindung.

Die Einnahmesituation wird auch in den kommenden Jahren nicht ausreichen, um die Kosten zu decken. Während dieser - einige Jahre andauernden - Aufbauphase wird die Gesellschaft geplant Verluste erwirtschaften. Für 2018 (Rumpfgeschäftsjahr) geht die Geschäftsführung von einem negativen Ergebnis in Höhe von rd. 1,57 Mio. EUR aus.

Gemäß der aktuellen Wirtschaftsplanung wird die Gesellschaft bis zum Jahr 2020 Verluste erwirtschaften. Ab 2021 plant die Gesellschaft Jahresüberschüsse und einen nachhaltig positiven Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit.

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch die bis zum 31. Dezember 2021 von der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin gewährte Kreditlinie von 4,5 Mio. EUR und Einlagen der Gesellschafter sichergestellt.

---

**Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt**

---

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine



## Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>94</b>	<b>164</b>	<b>567</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	22	22	23
II. Sachanlagen	73	142	544
III. Finanzanlagen	0	0	0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>1.204</b>	<b>2.566</b>	<b>7.225</b>
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	255	2.154	5.129
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	949	412	2.096
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>22</b>	<b>11</b>	<b>8</b>
<b>D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	<b>0</b>	<b>1.381</b>	<b>2.833</b>
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>24</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
I. Stammkapital	100	100	100
II. Kapitalrücklage	1.000	1.000	1.000
III. Gewinn- /Verlustvortrag	-187	-1.076	-2.481
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-889	-1.405	-1.452
V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	1.381	2.833
<b>B. Sonderposten mit Rücklagenanteil</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>194</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>126</b>	<b>752</b>	<b>521</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>834</b>	<b>2.690</b>	<b>8.858</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>336</b>	<b>681</b>	<b>1.061</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.320</b>	<b>4.123</b>	<b>10.634</b>

## Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	1.412	3.026	5.863
2. Sonstige betriebliche Erträge	10	32	147
3. Personalaufwand	-1.284	-2.803	-4.058
4. Materialaufwand	-204	-662	-1.308
5. Abschreibungen	-21	-45	-166
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-801	-944	-1.915
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	1	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3	0	-9
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-8	-4
<b>10. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-889</b>	<b>-1.404</b>	<b>-1.450</b>
11. Sonstige Steuern	0	-1	-2
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>-889</b>	<b>-1.405</b>	<b>-1.452</b>

## III.2.3 Brandenburger Theater GmbH

---

### Geschäftsbereich

---

Theater

---

### Firmensitz

---

Grabenstraße 14

14776 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 51 11 0

Fax: 03381/ 51 11 60

E-Mail: sekretariat@brandenburgertheater.de

Internet: www.brandenburgertheater.de

---

### Gründung

---

Die Gesellschaft mit gemeinnützigem Charakter wurde am 19.12.1995 gegründet und mit Wirkung zum 01.01.1996 unter dem Namen Brandenburger Theater GmbH (BT) ins Handelsregister eingetragen.

---

### Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital 25.600 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

---

### Unterbeteiligungen

---

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

---

### Gesellschaftsvertrag

---

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 16.06.1999.

Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HRB 9850 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

---

### Organe der Gesellschaft

---

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

- *Gesellschafterversammlung*

Im Geschäftsjahr 2017 fanden acht Gesellschafterversammlungen statt.

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nahm bis 12.10.2017 Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr. Ab 13.10.2017 erfolgte die Vertretung durch den Bürgermeister Herr Steffen Scheller.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 9 Gesellschaftsvertrag aus sieben Mitgliedern und tagte im Jahr 2017 sechsmal.

<b>Aufsichtsratsmitglieder 2017</b>
-------------------------------------

<b>Aufsichtsratsvorsitz</b>	Herr Dr. Wolfgang Erlebach
<b>Stellvertreterin</b>	Frau Birgit Patz
<b>weitere Mitglieder</b>	Frau Dr. Birgit Didczuneit-Sandhop
	Herr Florian Schmidt
	Herr Udo Geiseler
	Frau Marlis Eichhorn
	Herr Tim Freudenberg

---

### **Gegenstand**

Das Brandenburger Theater soll als selbständiger Betrieb Konzerte, Schauspiel- und Musiktheater aufführen und ähnliche kulturelle Veranstaltungen anbieten, um damit das kulturelle Leben am Sitz der Gesellschaft sowie in der Region zu erweitern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 51 ff. der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigene wirtschaftliche Zwecke.

Für die Stadt Brandenburg an der Havel handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg spricht in § 2 Abs. 2 von der Aufgabe der „Entwicklung des kulturellen Lebens“ in der Gemeinde.

---

### **Öffentlicher Zweck**

Da die Gemeinde gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf ihren Einwohnern die Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen soll, erfüllt die Brandenburger Theater GmbH einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

---

### **Statistische Angaben**

<b>Spielstätten des Brandenburger Theaters</b>	
Großes Haus	419 Plätze
Studiobühne	288 Plätze
Probenbühne	60 Plätze
Puppenbühne	72 Plätze
Foyer Großes Haus	bis zu 68 Plätze
Foyer Kleines Haus	bis zu 51 Plätze

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Besucher im eigenen Haus (ohne Vermietungen)	56.613	59.237	53.123	53.449	51.201	56.863	55.600	58.273
Besucher im eigenen Haus (inkl. Vermietungen)	79.808	78.367	71.168	64.515	60.075	66.188	62.699	65.867
Besucher Gastspiele	15.569	18.715	16.615	19.821	18.251	30.163	26.859	6.581
<b>Besucher Gesamt</b>	<b>95.377</b>	<b>97.082</b>	<b>87.783</b>	<b>84.336</b>	<b>78.326</b>	<b>96.351</b>	<b>89.558</b>	<b>72.448</b>

<b>Unternehmensspezifische Kennzahlen</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
Auslastungsgrad Vorstellungen Gesamt	81,0%	82,0%	83,7%	83,0%
Zuschuss je Besucher (incl. ext. Gastspiele, ohne Besucher Vermietung)	89 €	82 €	86 €	100 €
Kostendeckungsgrad II (Vollkosten)	11,4%	12,2%	12,8%	11,4%
Personalkostenanteil	69,8%	67,9%	67,9%	65,6%
Materialkostenanteil	17,6%	18,6%	17,8%	16,7%

### Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	28%	22%	17%
Eigenkapitalquote	45%	43%	37%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	114%	148%	213%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,0%	0,4%
Liquidität 3. Grades	252%	320%	178%
Cashflow	316 T€	276 T€	398 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	7%	5%	11%
Umsatz	874 T€	977 T€	820 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	105 T€	90 T€	249 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	558%	581%	635%
Anzahl der Mitarbeiter	99	100	99

---

### Lagebericht der Gesellschaft

---

Die Programmangebote konnten 2017 in Struktur, Qualität und Quantität gehalten werden. Es sind 381 Veranstaltungen (370 vor Ort und 11 eigene auswärtige Gastspiele) in den Sparten Musiktheater, Schauspiel, Kinder- und Jugendtheater, Literarische Lesungen, Puppenspiel, Kabarett, Ausstellungen sowie künstlerische Workshops und sonstige Veranstaltungen durchgeführt worden. Davon sind 209 Veranstaltungen auf eigene interne Inszenierungen und 21 Veranstaltungen auf Vermietungen zurückzuführen. 140 Veranstaltungen wurden eingekauft.

Erfreulich sind die, trotz der anfänglichen Unsicherheiten bezüglich der Höhe des Programmbudgets, noch relativ hohen Besucherzahlen. Im Geschäftsjahr 2017 konnten insgesamt

- 65.867 Besucher im Theater (inkl. Vermietungen, Vorjahr: 62.539) und
- 6.581 Besucher bei auswärtigen BT-Gastspielen verzeichnet werden (Vorjahr: 27.019)
- 72.448 Besucher insgesamt (2016: 89.558)

Beim Vergleich mit dem Vorjahr ist zu beachten, dass in 2017 defizitäre externe Gastspiele, wie z.B. in Rheinsberg mit 6.500 Besuchern im Vorjahr, nicht mehr angeboten wurden und dass im Vorjahr allein für die China-Tournee außergewöhnliche 10.100 Besucher zu verzeichnen waren. Werden nur die eigentlich maßgeblichen internen Besucher herangezogen, ergibt sich folgendes Verhältnis: 65.867 in 2017 zu 62.539 in 2016. Die Zahl der internen Besucher konnte also, trotz der bestandenen Unsicherheiten in Bezug auf Konzept und Budgethöhe, gegenüber dem Vorjahr erhöht werden.

Der Auslastungsgrad beträgt in 2017 83,0% (2016: 83,7%). Der Kostendeckungsgrad II liegt bei 11,4% (2016: 12,8%) und der Zuschuss je Besucher bei 100,1 € (ohne Besucher aus Vermietungen bei 111,9 €).

Die Zusammenarbeit zwischen dem Brandenburger Theater (BT) und dem Theater der Altmark Stendal (TdA) konnte in 2017 weiter durchgeführt werden. Mit der Kammeroper Schloss Rheinsberg musste der Vertrag jedoch beendet werden, da die angebotenen Erlöse den variablen Aufwand nicht gedeckt hätten.

Die stetig wachsende Qualität und Popularität des BT-Jugendtheaters erreichte in 2017 mit der Inszenierung „Die Räuber“ einen weiteren Höhepunkt.

Die vor rund zehn Jahren etablierten Lesereihen sind fortgeführt worden, die Publikumsnachfrage ist in 2017 weiterhin verhältnismäßig hoch.

Die theater- und musikpädagogischen Arbeiten in Schulen und für/mit Schüler(n) und Lehrer(n) im BT wurden fortgeführt. Veranstaltungseinführungen, Vorträge und Workshops fanden eine große Resonanz und steigende Nachfrage. Einmal mehr darf die Konzeption und Durchführung der „Brandenburger Schultheatertage“ hervorgehoben werden, die bereits seit einigen Jahren größte Leistungsschau von schulischen Theatergruppen im Land ist.

Die seit Jahren erfolgreich geleistete Bespielung städtischer Veranstaltungsorte (u.a. der Marienberg, Regattastrecke und Dom) wurde mit unterschiedlichsten Programmen (u.a. Sinfonie- und Kammerkonzerte, Lesungen) weitergeführt.

### **Ertragslage**

Mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 249,2 T€ (2016: 89,7 T€) wurde das gemäß dem Wirtschaftsplan für 2017 geplante ausgeglichene Jahresergebnis von 0 T€ übertroffen.

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um 157,1 T€ auf 820,1 T€ verringert. Die Veränderung der Umsatzerlöse resultiert aus gesunkenen Erlösen aus Vorstellungen. Die Anzahl der Veranstaltungen ging in 2017 von 472 auf 381 zurück.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr und dem Planansatz geringer ausgefallen. Dies ist im Wesentlichen in der verspäteten bzw. nicht erfolgten Neubesetzung von freien Stellen im Orchester begründet.

### **Finanzlage**

Die Liquiditätssituation ist insgesamt sehr stark abhängig von der fristgerechten Zahlung der Zuschussraten. Die Zuschüsse erreichten das Haus im Geschäftsjahr planmäßig, sodass die Liquidität zu jeder Zeit gesichert war.

Für im Geschäftsjahr notwendige Investitionen wurde seitens der Stadt Brandenburg an der Havel ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 146 T€ gewährt, der in voller Höhe in Anspruch genommen wurde.

Wie im Vorjahr bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

### **Vermögenslage**

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist stabil. Das Eigenkapital weist eine Quote (bereinigt um den pRAP und unter Einbezug des hälftigen Sonderpostens) von 49,5% (2016: 42,8%) aus. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen verringerte sich jedoch von 21,6% auf 17,5%. Insgesamt weist der Finanzmittelbestand gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 526,6 T€ auf 1.795,9 T€ aus.

Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2017 in Höhe von 154,5 T€ (2016: 151,4 T€) getätigt. Mittel- bis langfristig ergibt sich ein erhöhter Investitionsbedarf überwiegend für Ersatzbeschaffungen.

---

### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

---

Durch die zahlreichen, durch das Brandenburger Theater angebotenen Kindervorstellungen und Kinderprojekte sowie die neu eingeführten Education-Projekte werden weitere Zielgruppen angesprochen und somit Neukunden gewonnen. Hier zählt sich die jahrelange kontinuierliche Zusammenarbeit mit Kindergärten und Schulen in der Region aus. Im Weiteren wird intensiver auf die Werbewirksamkeit geachtet, um die Neukundengewinnung und Kundenbindung zu forcieren.

Neben den Vorstellungen und Konzerten könnten weitere Geschäftsfelder effektiver ausgebaut werden. Dazu gehört u.a. die aktive Vermarktung von Werbeflächen, z.B. im Programmheft, Programmflyer sowie auf der Webseite.

Die langfristigen Risiken resultieren aus inhaltlich-/ und organisatorisch-strukturellen Problemen, Gesetzänderungen sowie negativen Änderungen in der Wirtschaftsstruktur. Diese Risiken sind nicht berechenbar, können beim Eintritt jedoch einen hohen Schaden verursachen.

Die Lage des Brandenburger Theaters stellt sich enorm unterschiedlich dar. Positiv zu vermelden ist, dass sich die Geldgeber auch im vergangenen Berichtsjahr zum Theater bekannt haben, die regelmäßigen Zahlungen ohne Verzögerungen eintrafen. Außerdem gibt es zurzeit keine erkennbaren Bestrebungen, dass Theater in seiner jetzigen Vielfalt einzuengen oder gar ganz zu schließen. Das trifft insbesondere auch auf die Aktivitäten der Brandenburger Symphoniker zu. Es ist zu verzeichnen, dass man mit der Konsolidierung der derzeitigen Lage und der Festschreibung des derzeitigen Angebots begonnen hat. Die Lage der Brandenburger Symphoniker hat sich außerdem durch die Verlängerung des Haustarifvertrages um weitere zehn Jahre erheblich verbessert.

#### Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zuschuss Stadt i.H.v. 3.485.400 € Investitionszuschuss i.H.v. 146.000 €

#### Städtische Zuschüsse / Landeszuschüsse

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€
Zuschuss Stadt Brandenburg an der Havel	3.595.400	3.325.400	3.275.400	3.385.400	3.385.400	3.385.400	3.485.400
Zuschuss Land Brandenburg	1.700.000	1.700.000	1.700.000	1.656.750	1.770.000	1.770.000	1.870.000
Zuschuss BbgFAG (Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz)	1.400.000	1.730.000	1.730.000	1.730.000	1.730.000	1.730.000	1.730.000
Sonderzuschuss Stadt Brandenburg an der Havel (Brennabor-Galerie)	50.000	50.000	0	0	0	0	0
Sonstige projektabhängige Zuschüsse	0	1.625	0	0	0	38.082	22.562
Zuschuss Stadt Brandenburg an der Havel für Investitionen	86.000	146.000	146.000	146.000	146.000	146.000	146.000
<b>Gesamt</b>	<b>6.831.400</b>	<b>6.953.025</b>	<b>6.851.400</b>	<b>6.918.150</b>	<b>7.031.400</b>	<b>7.069.482</b>	<b>7.253.962</b>

## Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	451	407	400
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	50	8	2
II. Sachanlagen	402	400	398
<b>B. Umlaufvermögen</b>	1.163	1.470	1.875
I. Vorräte	9	5	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	80	195	79
III. Kassenbestand, Guthaben	1.074	1.269	1.796
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	9	11	17
<b>D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung</b>	0	0	0
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	513	602	852
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklage	1	1	1
III. Gewinnvortrag	381	486	576
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	105	90	249
<b>B. SoPo Investitionszuschüsse</b>	396	387	385
<b>C. Rückstellungen</b>	215	411	558
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	461	460	316
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	39	27	181
<b>Bilanzsumme</b>	1.623	1.888	2.292

## Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	874	977	820
2. Erträge aus Zuschüssen	7.033	7.078	7.256
3. Sonstige betriebliche Erträge	87	46	76
4. Inszenierungsaufwand	-1.466	-1.434	-1.318
5. Personalaufwand	-5.359	-5.486	-5.210
6. Abschreibungen	-213	-195	-160
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-846	-895	-1.220
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	10
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4	-1	-3
<b>10. Ergebnis nach Steuern</b>	107	91	251
11. Sonstige Steuern	-2	-2	-2
<b>12. Jahresergebnis</b>	105	90	249



## III. 2.4 Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH

### Geschäftsbereich

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

### Firmensitz

Hauptstr. 32  
14776 Brandenburg  
Tel.: 03381/ 62 97 0  
Fax: 03381/ 62 97 23

E-mail: gf@twb-brb.de

### Gründung

Die TWB (Technische Werke Brandenburg GmbH) wurde am 06.07.1991 von der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

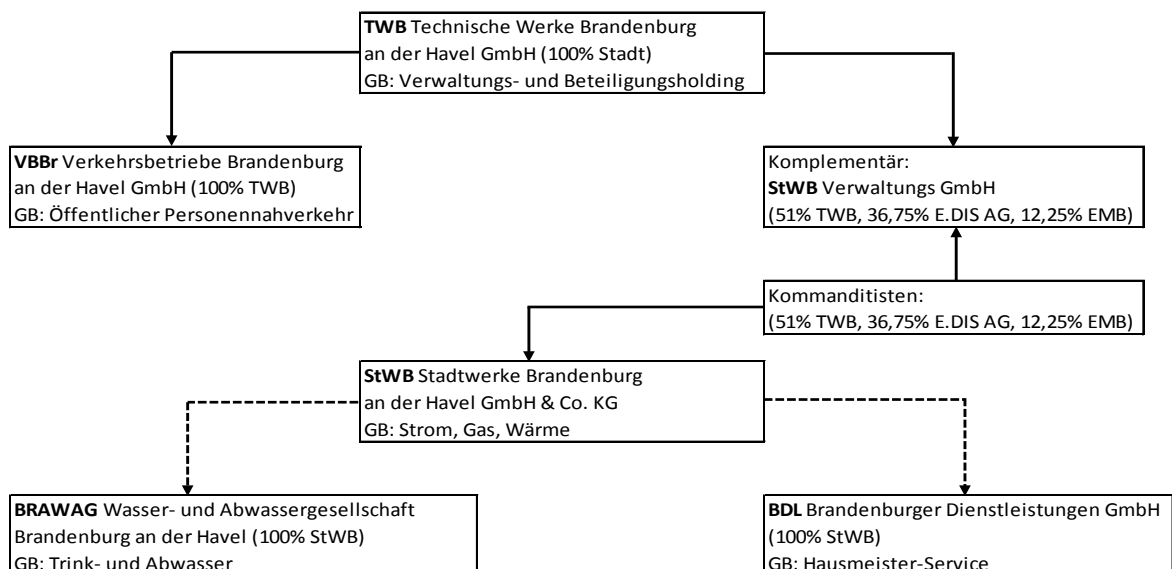
### Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 102.400 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

### Unterbeteiligungen

Die TWB ist Holding Gesellschafterin mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen von zwei juristisch selbstständigen Tochterunternehmen. Mittelbar ist die TWB an zwei weiteren Gesellschaften über die StWB beteiligt.



Verbundene Unternehmen (Stand 31.12.2017)					
Name und Sitz	Stammkapital/Festkapital der jeweiligen Gesellschaft in T€	Anteil am Stammkapital/ Kommanditeinlage in T€	Kapitalanteil in %	Gegenstand	
<b>a.) Unmittelbare Beteiligungen</b>					
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG (StWB)	8.200,0	4.182,0	51,0	Planung, Errichtung, Erwerb und Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wärme sowie Wasser und Abwasser dienen.	
Komplementär: StWB Verwaltungs GmbH	30,0	15,3	51,0	Die Gesellschaft ist als persönlich haftender Gesellschafter (phG) einzelvertretungsberechtigter Komplementär ohne Beteiligung an Vermögen, Ergebnis und Kapital der StWB GmbH & Co. KG.	
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBB)	1.971,0	1.971,0	100,0	Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fahrgastschiffen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen	
<b>b.) Mittelbare Beteiligungen</b>					
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	6.647,0	3.390,0	51,0	Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung	
Brandenburger Dienstleistungen GmbH (BDL)	434,6	221,6	51,0	Hausmeisterdienste, Garten- und Landschaftspflege, technische und Reinigungsdienstleistungen, Werk- und Dienstleistungen bezüglich Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung	

Die StWB erstellt einen Teilkonzernabschluss, in dem die BRAWAG GmbH und die BDL GmbH eingebunden werden.

### Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 28.10.1999.

Die Eintragung ins Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam ist unter der Registernummer HRB 2807 P am 01. Dezember 1999 erfolgt.

### Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Steffen Scheller

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nahm bis 10.10.2017 Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Im Berichtsjahr fanden acht Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat der TWB besteht aus neun Mitgliedern. Die Oberbürgermeisterin war kraft ihres Amtes Mitglied des Aufsichtsrates.

**Aufsichtsratsmitglieder 2017**

<b>Aufsichtsratsvorsitz</b>	Frau Dr. Dietlind Tiemann (bis 10.10.2017)
<b>Stellvertreter</b>	Herr René Kretzschmar
<b>weitere Mitglieder</b>	Frau Elke Conrad
	Herr Tobias Dietrich
	Herr Detlef Reckow (seit 11.10.2017)
	Frau Britta Kornmesser
	Herr Walter Paaschen
	Herr Klaus Windeck
	Herr Gerhard Zepf
	Herr Hans-Joachim Kynast

Im Geschäftsjahr 2017 fanden zwei Aufsichtsratssitzungen statt.

---

**Gegenstand**

---

- Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, insbesondere an Unternehmen der kommunalen Wirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel
- Förderung dieser Unternehmen und sonstiger kommunaler Einrichtungen auch wirtschaftlicher Natur, insbesondere durch Beratung und Erbringung von Dienstleistungen
- Abschluss von Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen mit Tochtergesellschaften
- Erwerb, die Verwaltung, die Bewirtschaftung und die Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken

Diese Tätigkeiten kann die Gesellschaft nur insoweit ausüben, als sie durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt sind und in Verbindung zur Aufgabe der Beteiligungsverwaltung stehen. Darüber hinaus ist die Gesellschaft berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung und Wirtschaftlichkeit des Unternehmensgegenstandes dienen. Bedient sich die Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen, beteiligt sich oder errichtet, erwirbt oder pachtet solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe, muss der Stadt Brandenburg an der Havel eine angemessene Einflussnahme ermöglicht werden.

Die TWB verfolgt im Wesentlichen die Aufgabe kaufmännische Dienstleistungen für die Stadt Brandenburg an der Havel und die städtischen Unternehmen und Beteiligungen zu erbringen. Der TWB-Konzern erfüllt in der Stadt Brandenburg an der Havel die Aufgabe der Energie- und Wasserversorgung als auch Abwasserentsorgung sowie des öffentlichen Nahverkehrs. Außerdem zählen zu den Tätigkeiten des Konzerns Gebäudedienstleistungen, der Erwerb, die Verwaltung, die Bewirtschaftung und Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken sowie der Erwerb, die Verwaltung und die Steuerung von Beteiligungen.

Die TWB GmbH dient in ihrer Holdingfunktion als Aufsichts- und Verwaltungsorgan und stellt das Bindeglied zwischen den Tochtergesellschaften und der Stadt Brandenburg an der Havel dar. Wesentlicher Zweck der TWB ist die Beteiligung an den städtischen Unternehmen, die Herstellung eines steuerlichen Querverbundes und die Nutzung von Synergieeffekten, insbesondere auf den Gebieten der Finanzierung und des Controllings.

### Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck der TWB ergibt sich aufgrund der Holdingstruktur aus den öffentlichen Zwecken der Tochtergesellschaften. Diese werden jeweils in diesem Beteiligungsbericht ausführlich aufgezeigt. Zudem wird mit dem Konstrukt der TWB der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet sowie Synergieeffekte genutzt.

### Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	77%	74%	72%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	99%	99%	99%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 €	0 €	0 €
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	129%	134%	137%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	3918%	2694%	2036%
Cashflow	2.087 T€	3.324 T€	3.956 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	7%	10%	12%
Umsatz	240 T€	187 T€	135 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	2.083 T€	3.318 T€	3.952 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	167%	171%	222%
Anzahl der Mitarbeiter	6	7	7

## Lagebericht der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2017 wurden die Dienstleistungen für die Stadt Brandenburg an der Havel und für städtische Unternehmen fortgeführt.

### Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2017 wurde ein Jahresüberschuss von 3.952 T€ (2016: 3.318 T€) realisiert. Die Aufwendungen aus der Verlustübernahme für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt in Höhe von 4.610 T€ (2016: 4.404 T€) wurden von der Stadt Brandenburg an der Havel mit 4.607 T€ (2016: 4.402 T€) übernommen.

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um 52 T€ leicht verringert. Die Veränderung der Erlöse resultiert im Wesentlichen aus der rückläufigen Erbringung von Dienstleistungen gegenüber der wobra und der StWB GmbH & Co. KG. Ferner fielen die im Vorjahr erbrachten Leistungen an die Brandenburger Theater GmbH (37,5 T€) im Berichtsjahr nicht an.

Die Entwicklung der Ertragslage stellt sich im Mehrjahresvergleich wie folgt dar:

	2013 T€	2014 T€	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Betriebsergebnis ohne Zuwendungen für ÖPNV	-486	-458	-445	-362	-367
Finanzergebnis	-1.592	-1.555	-1.926	-476	-64
<i>davon Verlustübernahme ÖPNV</i>	4.497	4.456	4.479	4.404	4.610
Neutrales Ergebnis	1	1	147	25	1
<b>Jahresfehlbetrag vor Zuwendungen ÖPNV und Fähre</b>	<b>2.077</b>	<b>2.012</b>	<b>2.224</b>	<b>813</b>	<b>813</b>
Zuwendungen ÖPNV und Fähre	4.239	4.456	4.352	4.402	4.607
Ertragsteuern			45	271	225
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>2.162</b>	<b>2.444</b>	<b>2.083</b>	<b>3.318</b>	<b>3.952</b>

### Vermögen- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2017 erhöhte sich die Bilanzsumme um 739 T€, was insbesondere auf die positive Ergebnisentwicklung durch die erhöhte Gewinnausschüttung der StWB GmbH & Co. KG zurückzuführen ist.

Im Eigenkapital führte im Geschäftsjahr der Jahresüberschuss (3.952 T€) saldiert mit der Gewinnausschüttung (3.318 T€) und der Barentnahme (25 T€) an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel zur Erhöhung um 634 T€.

Mit einer den Aufgaben einer Beteiligungsholding entsprechenden Eigenkapitalquote von 98,7% (2016: 99,1%) ist die Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens gesichert.

Primäre Einnahmequelle der TWB GmbH ist das Ausschüttungspotenzial der StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden die Aufwendungen der TWB für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel nahezu vollständig ausgeglichen. Die Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel über 3.318 T€ wurde im Geschäftsjahr aus der Gewinnausschüttung 2016 der StWB in Höhe von 4.544 T€ finanziert.

Der Finanzmittelbestand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 826 T€ oder 13% von 6.183 T€ auf 7.008 T€. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr gesichert.

---

### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

---

Die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungen wird durch den zunehmenden Wettbewerb beeinflusst. Die Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen durch die brandenburgische Kommunalverfassung auf dem Gebiet der Kommune wirkt sich zusätzlich hemmend auf die Unternehmensaktivitäten aus. Den hieraus erwachsenden Risiken wird im Rahmen des Konzernverbundes der TWB mit kontinuierlicher konzeptioneller Arbeit zur Erhöhung der Effektivität begegnet.

Auch wird der demographische Wandel in den kommenden Jahren die Beschäftigungssituation und den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen erheblich beeinflussen.

Das geplante Investitionsvolumen für den TWB Konzern beläuft sich in 2018 auf ca. 14,9 Mio. €.

### **Teilkonzern Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG**

Im Konzern besteht ein Risikomanagement, das sicherstellt, dass wesentliche Risikoinformationen den zuständigen Stellen im Unternehmen frühzeitig zugänglich gemacht werden. Der Risikobeirat setzt die Geschäftsführung unverzüglich über wesentliche Änderungen der Risikosituation in Kenntnis. Schwerpunktmäßig werden die regulierten Märkte, die Absatz- und Beschaffungssituation sowie die Produktion der Fernwärme überwacht.

Das Kerngeschäft der StWB GmbH & Co. KG ist durch regulatorische Rahmenbedingungen und intensiven Wettbewerb im Vertrieb geprägt. Mit der Digitalisierung und Automatisierung zur Prozesseffizienz und Effektivität werden laufend Projekte und organisatorische Maßnahmen zur Optimierung umgesetzt sowie die digitalen Kanäle für die Kundendokumentation aufgebaut.

Sowohl in der demographischen Entwicklung der Stadt als auch in der zunehmenden Digitalisierung der Energiewirtschaft werden positive Impulse für die Zukunft gesehen. Dem künftigen Margenrückgang im klassischen Kerngeschäft – Vertrieb/Verteilung – kann entgegengewirkt werden, wenn sich der Konzern StWB vom klassischen Energieversorger zum innovativen Lösungsanbieter wandelt. Hierzu muss in Wachstumsfelder der Zukunft, wie z.B. intelligente Technologien, Energieeffizienz und Netzdienstleistungen, investiert werden.

Ab dem 01.01.2018 werden die StWB-Kunden mit Ökostrom aus regenerativer Wasserkraft beliefert.

Die positive Entwicklung der Einwohnerzahlen macht sich auch in einem steigenden Trinkwasserverbrauch bemerkbar, sowohl in der Stadt selbst als auch bei den von der BRAWAG belieferten Zweckverbänden des Umlandes. Insgesamt führt das zu einer besseren Auslastung der in der Stadt vorhandenen Infrastruktur zur Wasserver- und Abwasserentsorgung. Weiter trägt der Ausbau des Dienstleistungsangebotes für die belieferten Zweckverbände zu einer positiven Unternehmensentwicklung bei.

Im Bereich Gebäudedienstleistungen sollen die zu veränderten Bedingungen bestehenden vertraglichen Beziehungen mit Bestandskunden noch weiter ausgebaut, durch Neuakquise gestärkt und die internen Arbeitsabläufe nach den strukturellen und personellen Veränderungen des Jahres 2017 weiter optimiert werden. Entwicklungsmöglichkeiten werden im Bereich der Freiflächenpflege und im Bereich des Wärmemess- und Abrechnungsdienstes durch den Ausbau der Leistungsangebote für Hausanschlusskontrollen, Zählerdienst und Jahresablesungen gesehen.

### Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Die VBBr erhielt aufgabenbedingt auch im Jahr 2017 Zuwendungen zum ÖPNV, die sie von der Aufgabenträgerin, der Stadt Brandenburg an der Havel, über ihre Gesellschafterin TWB bekam.

Die Geschäftsführung der VBBr sieht Risiken in der Entwicklung des Preises für Dieselkraftstoff, der Entwicklung der staatlichen Umlagen und Abgaben sowie dem Aufteilungsverfahren im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg und den Prämissen zur Einnahmeverteilung.

### Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Barentnahme 25 T€
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Gewinnausschüttung 2017 in Höhe von 3.318 T€
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>1. Vertragsbeziehungen bestehen neben Gesellschaften des TWB-Konzerns mit unmittelbaren städtischen Betrieben: Dienstleistungsverträge mit der PEK, der TGZ sowie dem Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel über die Durchführung der Buchführung und die Erarbeitung des Jahresabschlusses, der Quartals- und Wirtschaftspläne; Verkehrsvereinbarungen zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der VBBr sowie der TWB zu erteilten Linienkonzessionen in der Stadt Brandenburg an der Havel.</p> <p>2. Dienst- und Leistungsbeziehungen zwischen der TWB und wobra (Hausmeistervertrag, Mietvertrag, Bilanzbuchhaltung, IR) sowie mit der StWB über die Interne Revision.</p> <p>3. Dienst- und Leistungsbeziehungen zwischen der TWB und der Stadt Brandenburg an der Havel:                      - Abwicklung bzw. Erledigung der Restarbeiten für den ZV BUGA 2015 Havelregion                      - Beratungs- und kaufmännische Unterstützungsleistungen für das Haushalts- und Rechnungswesen</p>

## Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	23.411	23.396	23.392
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	0
II. Sachanlagen	30	15	11
III. Finanzanlagen	23.380	23.380	23.380
<b>B. Umlaufvermögen</b>	5.995	7.464	8.289
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.787	1.281	1.281
III. Kassenbestand, Guthaben	4.209	6.183	7.008
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	839	745	663
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	30.092	31.328	31.936
I. Gezeichnetes Kapital	102	102	102
II. Kapitalrücklage	27.449	27.449	27.424
III. Gewinnvortrag	458	458	458
IV. Jahresüberschuss	2.083	3.318	3.952
<b>B. Rückstellungen</b>	95	254	390
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	58	23	17
<b>Bilanzsumme</b>	30.245	31.605	32.343

## Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	240	187	135
2. Bestandsänderungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	4.357	4.431	4.616
4. Materialaufwand	-24	-27	-28
5. Personalaufwand	-401	-318	-299
6. Abschreibungen	-4	-6	-4
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-261	-201	-178
8. Erträge aus Beteiligungen	2.550	3.927	4.544
9. Erträge aus Ausleihungen	0	0	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	149	2	1
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-4.479	-4.404	-4.610
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-46	-271	-225
<b>13. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>2.083</b>	<b>3.318</b>	<b>3.952</b>
15. Sonstige Steuern	0	0	0
<b>16. Jahresergebnis</b>	<b>2.083</b>	<b>3.318</b>	<b>3.952</b>



## III.2.4.1 Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

---

### Geschäftsbereich

---

Öffentlicher Personennahverkehr

---

### Firmensitz

---

Upstallstr. 18  
14772 Brandenburg an der Havel  
Tel.: 03381/53 41 00  
Fax: 03381/53 41 01  
E-mail: info@vbbr.de  
Internet: www.vbbr.de

---

### Gründung

---

Die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBr) ist durch Umwandlung des in Eigenregie übernommenen VEB Verkehrsbetriebe Brandenburg entstanden. Die Gesellschaft wurde am 24.06.1991 gegründet. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter HRB 1685 P eingetragen.

---

### Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital	1.971.100 €
TWB GmbH	100 %

---

### Unterbeteiligungen

---

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und ist an keinem Unternehmen beteiligt.

---

### Gesellschaftsvertrag

---

Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 10. November 1999. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 08.02.2000 in das Handelsregister eingetragen.

---

### Organe der Gesellschaft

---

- *Geschäftsführung*

Jörg Vogler

---

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der TWB wahrgenommen.

Im Berichtsjahr fanden sieben Gesellschafterversammlungen statt.

- *Beirat*

Der Beirat setzt sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

<b>Beiratsmitglieder 2017</b>	
<b>Beiratsvorsitz</b>	Herr Michael Kilian
<b>weitere Mitglieder</b>	Herr Andreas Bergner Frau Kerstin Huch Herr Gerd Walter Herr Manfred Friedrich Herr Gernot Niepel Herr Rudi Reimer Herr Dr. Waldemar Bauer

Im Geschäftsjahr 2017 fanden zwei Beiratssitzungen statt.

---

## **Gegenstand**

---

Gegenstand des Unternehmens ist laut § 2 des Gesellschaftsvertrages:

- Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, der Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit ÖPNV-Leistungen zu sozialverträglichen Preisen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Rahmen und nach Maßgabe des Nahverkehrsplanes der Stadt Brandenburg an der Havel
- Betrieb artverwandter und branchenüblicher Nebengeschäfte sowie aller sonstigen Geschäfte, die der Erreichung und Förderung des Hauptzwecks dienlich sind
- Durchführung aller Maßnahmen und Geschäfte, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann
- Beteiligung, die Errichtung, der Erwerb oder die Pacht anderer Unternehmen sowie die Eingehung von Interessengemeinschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und dem Bedarf der Stadt steht

Die Aufrechterhaltung der Personenbeförderung hat Vorrang vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten, soweit dies mit der Haushaltslage der Gesellschafterin in Einklang zu bringen ist. Ein vorrangiges Ziel, Gewinn zu erzielen, liegt nicht vor.

---

### **Öffentlicher Zweck**

---

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz (Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg) stellt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. Diese obliegt gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNV-Gesetz den Landkreisen und kreisfreien Städten. Hierzu ist je nach Bedarf ein Liniennetz aufzubauen, dass in einer bestimmten Taktdichte befahren wird. Der Begriff "ausreichend" ist insoweit unbestimmt und wird erst durch die vorhandene Nachfrage ausgefüllt. Die Stadt Brandenburg an der Havel bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgabe der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.

Dafür werden derzeit vier Straßenbahnlinien, neun Tagesbuslinien und drei Nachtbuslinien betrieben sowie Sonderformen des Linienverkehrs (Schülerfahrten, Marktfahrten und Theaterfahrten) durchgeführt. Der Betrieb der Fähre „Neuendorf“ wird über einen Dienstleistungsvertrag sichergestellt.

Die VBBr ist Kooperationspartner im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg.

**Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft**

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	88%	84%	82%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	19%	18%	17%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	100%	99%	100%
Zinsaufwandquote	3%	2%	2%
Liquidität 3. Grades	91%	100%	101%
Cashflow	580 T€	2.260 T€	1.365 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	5.705 T€	5.826 T€	6.012 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 T€	0 T€	0 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	104%	102%	104%
Anzahl der Mitarbeiter	147	147	149

**Lagebericht der Gesellschaft**

Das Verkehrsangebot auf den 4 Straßenbahnlinien und den 12 Omnibuslinien wurde durch die VBBr mit 2.036 T Fahrplankilometern (2016: 1.968 TFkm) qualitätsgerecht und zuverlässig erbracht. Im Berichtsjahr wurden 8.468 Tausend Fahrgäste (2016: 8.164 Tausend Fahrgäste) befördert. Die Berechnung erfolgte anhand der Verkaufsstatistik. Der Gesamtpünktlichkeitsgrad (unter Einfluss aller Faktoren, auch Fremdverschuldung, wie z.B. Behinderung durch Falschparker und Unfälle, Straßenbaumaßnahmen) betrug 2017 94,38% (2016: 95,36%).

## Ertragslage

Das Jahresergebnis ist auf Grund des abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages ausgeglichen. Für 2017 ist ein Ertrag aus Verlustübernahme in Höhe von 2.805,19 € zu verzeichnen. Die höheren Ausgaben widerspiegeln die Zusatzverkehre ab dem 06. Juni 2017 und sind durch den höheren Zuschuss von 146 T€ gedeckt.

Die Umsatzerlöse liegen unter Berücksichtigung der gebildeten Rückstellung (+408,3 T€ gegenüber Plan) mit 27 T€ über dem Plan und mit 186 T€ über dem Ist 2016. Ohne Berücksichtigung des Fremdverkaufs von Dieselmotoren liegen die Umsatzerlöse mit 24 T€ über dem Plan und mit 168 T€ über dem Ist des Vorjahres.

Ursache für diese Abweichungen ist die seit 2016 zu erfolgende Neuordnung, u. a. des Fremdverkaufs von Dieselmotoren aus den sonstigen betrieblichen Erträgen zu den Umsatzerlösen. Grundlage ist hier die Neufassung des § 277 (1) HGB nach dem Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetz (BilRUG).

Der Kostendeckungsgrad bezogen auf die Umsatzerlöse beträgt 56% (2016: 56%). Der Gesamtkostendeckungsgrad liegt bei 57% (2016: 58%).

Im Bartarif Brandenburg AB, BC, ABC (einschl. Ermäßigungen) wurden 70,6 T€ Mehrerlöse gegenüber dem Vorjahr erzielt (u. a. Einzelfahrausweise -184,1 T€, Tageskarten -29,7 T€, 4-Fahrten-Karte +282,4 T€).

Bei einem Anstieg der Beförderungsfälle im Linienverkehr um 3,7% ist der Anstieg der kassentechnischen Einnahmen insbesondere auf die positive Entwicklung der Vertriebsaktivitäten, insbesondere auch durch die Einführung des neuen Tarifprodukts 4-Fahrten Karte zurückzuführen.

Die Preisstabilität bei den Zeitkarten führt zu einer weiteren Zunahme von Zeitkarteninhabern (Kundenbindung).

Mehrerlöse wurden gegenüber dem Vorjahr bei den Zeitkarten Jedermann BRB AB, BC, ABC mit 118,7 T€ erzielt, darunter Monatskarte Umwelt AB +1.083 Stück = 40,4 T€ und das Mobilitätsticket BRB AB, BC, ABC +1.187 Stück = 44,5 T€. Für das Jahr 2017 ist der Ausgleich durch das Land Brandenburg zu 100% abgedeckt.

Das neu eingeführte Zeitkartenangebot – ABO 65vorOrt – hat 110 Kunden begeistert (+28,8 T€). 31% kamen aus dem Bartarif und waren Gelegenheitsfahrgäste, 37% waren Nutzer von Monatskarten.

Im Regionaltarif wurden Mehrerlöse gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 175,3 T€ verzeichnet.

Der Ausgleich für die Erstattungsleistung nach § 150 Abs. 1 SGB IX beträgt für das Jahr 2017 413,5 T€ (2016: 383,3 T€) auf Basis des aktuellen Schwerbehindertenkoeffizienten von 8,12%. Die Erhebung dazu erfolgte 2016.

Ab 19. Februar 2018 begann die neue Erhebung (alle zwei Jahre) in vier Erhebungsperioden für die Jahre 2018 und 2019. Auch hier wurden Rückstellungen in Höhe von 86,1 T€ gebildet.

	Plan 2017 T€	Ist 2017 T€	Ist 2016 T€	2017/2016 Differenz T€
<b>Umsatzerlöse</b>	<b>5.984,7</b>	<b>6.012,0</b>	<b>5.826,4</b>	<b>185,6</b>
<b>Brandenburg AB, BC, ABC</b>	3.610,0	3.859,1	3.646,5	212,6
<i>darunter Bartarif Brandenburg</i>	1.827,9	1.920,1	1.849,5	70,6
<i>darunter Zeitkartentarif Jedermann</i>	1.249,4	1.370,1	1.251,4	118,7
<b>Lokaltarif</b>	69,8	64,0	65,9	-1,9
<b>Regionaltarif</b>	1.546,4	1.672,2	1.497,0	175,2
<b>Semesterticket</b>	76,2	76,3	68,7	7,6
<b>Berlin/Potsdam/Cottbus/Frankfurt</b>	0,0	14,5	10,5	4,0
<b>Beförderungsentgelte VBB</b>	<b>5.302,4</b>	<b>5.686,1</b>	<b>5.288,6</b>	<b>397,5</b>
<b>Sonstiger Linienverkehr</b>	156,5	148,7	146,9	1,8
<b>Beförderungsentgelte Linienverkehr</b>	<b>5.458,9</b>	<b>5.834,8</b>	<b>5.435,5</b>	<b>399,3</b>
<b>Linienverkehr Vorjahr (EA)</b>	10,0	19,9	-47,3	67,2
<b>Gelegenheitsverkehr</b>	4,3	5,9	7,7	-1,8
<b>Erhöhtes Beförderungsentgelt</b>	44,0	61,1	57,9	3,2
<b>Ausgleichszahlung Schülerverkehr</b>	680,0	674,9	682,4	-7,5
<b>Ausgleich für unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen nach §150 SGB IX</b>	333,4	329,0	318,5	10,5
<b>Sonstige Umsätze (u.a. Fahrplan, Reklame)</b>	257,1	297,7	216,2	81,5
<b>Rückstellungen für Einnahmeverteilung</b>	-803,0	-1.211,3	-844,5	-366,8

Die Erhöhung des Materialaufwandes von 56 T€ zum Plan 2017 und 108 T€ zum Vorjahr ist hauptsächlich auf die Zusatzfahrten ab 06. Juni 2017 (Dieselkraftstoff 21 T€ gegenüber Plan, Fahrstrom 16 T€ gegenüber Plan) sowie der Erhöhung der staatlichen Umlagen beim Fahrstrom (+23 T€) zurückzuführen.

Das Instandhaltungsmaterial ist mit 40,4 T€ gegenüber dem Plan überschritten durch außerplanmäßige Reparaturen im Straßenbahnbereich. Das wurde zum Teil kompensiert durch die Unterschreitung beim Aufwand für bezogene Leistungen (-26,6 T€).

	Plan 2017	Ist 2017	Ist 2016
<b>Fahrstrom</b> in T€	<b>332</b>	<b>375</b>	<b>376</b>
in TKWh	2.700	2.861	2.808
in ct/KWh	12,29	13,11	13,40
<b>Dieselmotorkraftstoff</b> in T€	<b>446</b>	<b>456</b>	<b>412</b>
in ct/Liter	89	88	81

Der Personalaufwand wird insgesamt (Entgelt + Sozialaufwand) mit 137,9 T€ durch das zusätzliche Personal für die Zusatzfahrten überschritten.

### Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um 822 T€ (2,9%) auf 29.552,2 T€ erhöht. Die Veränderung resultiert hauptsächlich aus der Zunahme der flüssigen Mittel (594 T€) sowie der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände. Auf der Passivseite schlägt sich die Zunahme im Wesentlichen durch gestiegene Rückstellungen nieder.

Die Höhe des langfristig gebundenen Vermögens wird durch die Sachanlagen bestimmt. Den Zugängen des Anlagevermögens von 2.484,9 T€ stehen Abschreibungen von 2.493,8 T€ sowie nur vollständig abgeschriebene Anlagenabgänge gegenüber, so dass sich das Anlagevermögen um insgesamt 8,9 T€ verringert hat. Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens an der Bilanzsumme hat sich von 84,4% im Vorjahr auf 82,0% im Berichtsjahr verringert. Wesentliche Anlagenzugänge sind die Anschaffung von zwei Standardomnibussen, einen Gelenkbus, die Modernisierung von drei Straßenbahnen, sechs Fahrscheinautomaten für Omnibusse sowie Maßnahmen im Bereich Gleisanlagen.

Das bilanzielle Eigenkapital von 5.144 T€ ist gegenüber dem Vorjahr unverändert und macht 17,4% (2016: 17,9%) der gestiegenen Bilanzsumme aus. Das wirtschaftliche Eigenkapital hat sich im Berichtsjahr um 243,4 T€ auf 20.707 T€ erhöht. Die Veränderung resultiert aus der Zunahme des Sonderpostens für Investitionszuschüsse.

Der Finanzmittelbestand ist im Berichtsjahr um 594,1 T€ auf 3.496,1 T€ gestiegen. Die Zahlungsfähigkeit war während des Geschäftsjahres stets gesichert.

Investitionen wurden 2017 in Höhe von 2.485 T€ (2016: 2.074 T€) getätigt.

### Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Der Gesellschafter der VBBR hatte in seiner Sitzung am 20. November 2017 dem Wirtschaftsplan 2018 zugestimmt.

Der Fahrplan mit Gültigkeit vom 06. Juni 2017 bildet grundsätzlich die Basis für das Verkehrsangebot 2018. Eine Erweiterung in den Abendstunden für die Ortsteile und den

Schichtarbeitenden Fahrgästen ist vorgesehen. Alle Linien fahren, wie im Verkehrsvertrag beschrieben.

2018 werden die Tarifverhandlungen zum Spartentarifvertrag TV-N BRB ab dem Jahr 2019 aufgenommen. In der Planung haben wir Erhöhungen für die Tabellenentgelte von jährlich 2,5% berücksichtigt.

Der Stellenplan umfasst 150 Mitarbeiter. Es ist geplant, entsprechend der demografischen Entwicklung der Fahrer, Auszubildende zum Berufskraftfahrer einzustellen. Dies dient der Abdeckung des eigenen Bedarfes (Rente).

Die Fortschreibung der Semesterticketpreise 2018 und die damit zusammenhängenden neuen Vertragsbedingungen wurden am 28. September 2017 vom Aufsichtsrat des VBB beschlossen. Die Zustimmung aller Vertragspartner liegt vor. Somit erfolgt bis zum Wintersemester 2020/2021 eine kontinuierliche Erhöhung des Semestertickets für die brandenburgischen Hochschulen von zurzeit 111,90 € auf 170,00 €.

Für das Planjahr 2018 wurde ein Lieferpreis für Fahrstrom von 4,35 ct/kWh (bestehender Einjahresvertrag 2017 = 3,8 ct/kWh) bei einem Gesamtpreis von 13,79 ct/kWh kalkuliert.

2019 wurde der Lieferpreis mit 4,50 ct/kWh, 2020 mit 4,60 ct/kWh, 2021 mit 4,70 ct/kWh und 2022 mit 4,80 ct/kWh kalkuliert.

Die Reduzierung der EEG-Umlage auf 20% wurde für die Planjahre 2018 - 2022 berücksichtigt. Als Verbrauch wurden 2.928 T kWh für die Jahre in Ansatz gebracht.

Der Dieselkraftstoff wurde mit 0,95 €/Liter für 2018 geplant (510 T€). Der durchschnittliche Einkaufspreis liegt 2017 bei 0,88 €/Liter. Um den Verbrauch des Dieselkraftstoffes so gering wie möglich zu halten, werden weiterhin regelmäßig Schulungen des Fahrpersonals mit einem Verbrauchsmessgerät durchgeführt und der Einsatz von Gelenkominibussen wird durch die Auswertung der Fahrgastzählensysteme gesteuert. Für die Folgejahre wurden je 1 Cent Erhöhung beim Einkaufspreis (2022: 2 Cent) eingeplant.

Für 2018 sind auf Basis der positiven Entwicklung 2017 Umsatzerlöse von 6.117 T€ geplant. Die Einhaltung der geplanten Kosten hat oberste Priorität, um mit den geplanten Subventionen von 4.896,7 T€ ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erreichen bei einem Gesamtkostendeckungsgrad von 56%.

Die VBB hat für 2018 Investitionen im Gesamtvolumen von 3.677 T€ geplant. Die Omnibusersatzbeschaffung wird mit drei Standardomnibussen und einem Gelenkominibus in Höhe von 1.270 T€ 2018 fortgesetzt (Investzuschuss Aufgabenträger: 420 T€ und Kreditaufnahme 850 T€).

Für die Folgejahre sind geplant: 2019 - 909 T€ (3 Standardomnibusse), 2020 - 860 T€ (3 Standardomnibusse), 2021 - 622 T€ (1 Standardomnibus, 1 Gelenkominibus), 2022 - 385 T€ (1 Gelenkominibus) und 2023 - 568 T€ (2 Standardomnibusse). Das Alter der auszusondernden Omnibusse liegt zwischen 13 und 15 Jahren. Für die Busbeschaffung erfolgt erstmals eine Rahmenvertragsausschreibung, die sich über 4 - 5 Jahre erstrecken wird. Dies führt zu mehr Investitionssicherheit.



Das Programm zur Modernisierung der Straßenbahnen wird mit den Fahrzeugen vom Typ MGT6D fortgesetzt. Vier Fahrzeuge werden in zwei Jahren mit einem Investitionsvolumen von 860 T€ modernisiert.

2018 erfolgt der barrierefreie Ausbau der Haltestelle Magdeburger Straße / Fouquèstraße über das Kommunale Investitionsfördergesetz in Höhe von 700 T€.

Die Erneuerung des Deckenschlusses Sankt-Annen-Straße sowie der Signalanlage Gördenbrücke werden 2018 über Zuschüsse vom Aufgabenträger aus dem ÖPNV-Gesetz finanziert.

Die Eigenkapitalquote wird 2018 zwischen 17% und 18% liegen und unter Berücksichtigung des Sonderpostens zwischen 71% und 72%.

Die VBB hat 2018 abgeleitet vom Ergebnis 2017 einen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von -231 T€ geplant (Einnahmeaufteilung für 2016 und 2017 und damit Rückgang der Rückstellungen). Aus der höheren Investitionstätigkeit 2018 ergibt sich ein Cashflow von -3.652 T€ bzw. aus der Finanzierungstätigkeit von 2.446 T€ durch eine höhere Kreditaufnahme und höhere Investitionszuschüsse. Der Bestand der liquiden Mittel wird sich um 1.438 T€ auf 2.058 T€ reduzieren.

Zur Erfüllung der Erfordernisse, die sich im Wesentlichen aus den Neuregelungen des AktG sowie des HGB durch das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich ergeben haben, hat die VBB ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet, was jährlich überarbeitet wird. Das Risikomanagement ist ein laufender Prozess, der Risikopositionen erfasst und Risikoänderungen identifiziert sowie quantifiziert.

Zielsetzung des Risikomanagements ist es, zukünftige risikobehaftete Entwicklungen frühestmöglich zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und fortlaufend zu überwachen, um die langfristige Anpassung des Unternehmens an sich stetig verändernde Umweltbedingungen und die nachhaltige Existenzsicherung des Unternehmens sicherzustellen.

Als Konzernrisiko (lt. Konzernrichtlinie) wurde bei der Risikoinventur die Einnahmeaufteilung im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg festgestellt. Über auftretende Risiken gemäß der Konzernrichtlinie wird unterjährig, wenn erforderlich im Quartalsbericht an den Gesellschafter berichtet.

Mit dem demographischen Wandel wird sich die Dienstleistungsqualität den Änderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung anpassen müssen (mobilitätsgerechte Fahrzeuge und Haltestellenanlagen), was einen erheblichen Einsatz von Investitionsmittel erfordert (Finanzierung 100% Barrierefreiheit).

In 2018/2019 finden weiterhin umfangreiche Straßenbaumaßnahmen statt, deren Auswirkungen in Absprache mit den Planungsbüros und den Bauherren möglichst gering für die Fahrgäste ausfallen sollten, doch die Ergebnisse der Pünktlichkeitsanalyse 2017 lassen keine positive Aussicht in Bezug auf Rückstaus aus Umleitungen für den Individualverkehr zu.

Ein relativ großes Risiko beim Kostenmanagement stellt auch weiterhin die Entwicklung des Dieselmotorkraftstoffpreises und der staatlichen Umlagen und Abgaben beim Strom dar.

Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG gelten für den Straßenbahnbetrieb bis 31. Mai 2025, für den Stadtomnibusbetrieb bis 31. Mai 2026.

Die Änderung des ÖPNV-Gesetzes ermöglicht es planmäßig bis 2022 für die Neubeschaffung von Straßenbahnen 6.000 T€ anzusparsen.

**Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt**

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	<u>Ergebnisabführungsvertrag TWB/VBBr (vom 27.11.2015)</u> Verlustausgleich 2017 = 2.805,19 €
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	konsumtiver Zuschuss der Stadt : 4.573.700,00 € Ausgleichszahlung Schülerverkehr (§45a PBefG): 674.859,89 € Zuschuss der Stadt (Fähre Neuendorf): 33.236,04 € Investitionszuschuss der Stadt: 1.407.992,00 € Investitionszuschuss der Stadt / KInvFG: 258.387,86 €

**Städtische Zuschüsse / Landeszuschüsse 2017:**

Zuschüsse	Gesamtsumme	Hiervon Landeszuweisung	Hiervon städtischer Eigenanteil
Zuschuss konsumtiv	4.573.700	1.115.649	3.458.051
Zuschuss Fähre	33.236	0	33.236
<b>Ausgewiesener Subventionsbedarf</b>	<b>4.606.936</b>	<b>1.115.649</b>	<b>3.491.287</b>
Investitionszuschuss	1.407.992	1.407.992	0
Zuweisung für den Ausbildungsverkehr	674.860	674.860	0
<b>Gesamtsumme</b>	<b>6.689.788</b>	<b>3.198.501</b>	<b>3.491.287</b>

## Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>24.588</b>	<b>24.251</b>	<b>24.242</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	187	145	113
II. Sachanlagen	24.398	24.103	24.127
III. Finanzanlagen	3	3	3
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>3.144</b>	<b>4.478</b>	<b>5.309</b>
I. Vorräte	532	554	545
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	864	1.022	1.268
III. Kassenbestand	1.748	2.902	3.496
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>1</b>
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>5.144</b>	<b>5.144</b>	<b>5.144</b>
I. Gezeichnetes Kapital	1.971	1.971	1.971
II. Gewinnrücklagen	3.370	3.370	3.370
III. Verlustvortrag	-197	-197	-197
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
<b>B. SoPo für Investitionszuschüsse</b>	<b>15.528</b>	<b>15.320</b>	<b>15.563</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>1.523</b>	<b>1.299</b>	<b>2.535</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>5.276</b>	<b>6.707</b>	<b>6.037</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>261</b>	<b>260</b>	<b>273</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>27.732</b>	<b>28.730</b>	<b>29.552</b>

## Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	5.705	5.826	6.012
2. Sonstige betriebliche Erträge	4.771	4.512	4.697
3. Materialaufwand	-2.190	-2.010	-2.118
4. Personalaufwand	-5.955	-5.969	-6.244
5. Abschreibungen	-2.405	-2.391	-2.494
6. Zuführungen zum SoPo für Investitionszuschüsse	1.355	1.362	1.423
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-1.151	-1.228	-1.161
8. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	24	2
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-158	-118	-110
<b>11. Ergebnis vor sonstigen Steuern und vor Verlustübernahme</b>	<b>-13</b>	<b>8</b>	<b>8</b>
12. Erträge aus Verlustübernahme	23	3	3
13. Sonstige Steuern	-10	-10	-10
<b>14. Jahresergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

## III.2.4.2 Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG

---

### Geschäftsbereich

---

Energieversorgung

---

### Firmensitz

---

Packhofstraße 31  
14776 Brandenburg an der Havel  
Tel.: 03381/75 23 32  
Fax: 03381/75 23 18  
  
E-mail: info@stwb.de  
Internet: www.stwb.de

---

### Gründung

---

Die Gründung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) erfolgte am 27.01.1995 auf der Grundlage eines Konsortialvertrages mit gleichem Datum zwischen dem kommunalen Partner und den privaten Energieversorgungsunternehmen (EVU).

Hintergrund war eine schrittweise Rückübertragung des Vermögens der örtlichen Strom- und Gasversorgung auf die Kommunen gegen die Rückgabe der von den Kommunen gehaltenen Kapitalanteile an dem privaten EVU entsprechend dem diesbezüglichen Vergleich vor dem Bundesverfassungsgericht (Stromvergleich).

Mit der Einbringung des Strom- und Fernwärmevermögens und der Einbringung der Energieversorgung Stadt Brandenburg/Havel GmbH (EBH) und der damit verbundenen Kapitalerhöhung zum 01.04.1996 wurde Ende 1996 die Gründungsphase abgeschlossen.

Der in den Vorjahren geplante steuerliche Querverbund in der Stadt Brandenburg an der Havel wurde durch die Umwandlung der Stadtwerke GmbH in eine Personengesellschaft, die StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG, in 2015 vollzogen.

Die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH wurde steuerlich rückwirkend zum 01. Januar 2015 am 24. August 2015 formwechselnd gemäß §§ 190 ff. 226, 228 ff. UmwG in eine Kommanditgesellschaft, die StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG umgewandelt. Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HR A 6290 P eingetragen.

---

### Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

---

Durch den Formwechsel der Gesellschaft wurden aus den Geschäftsanteilen an der Gesellschaft in Form einer GmbH, Anteile an der Kommanditgesellschaft.

Festkapital                      8.200.000,00 €

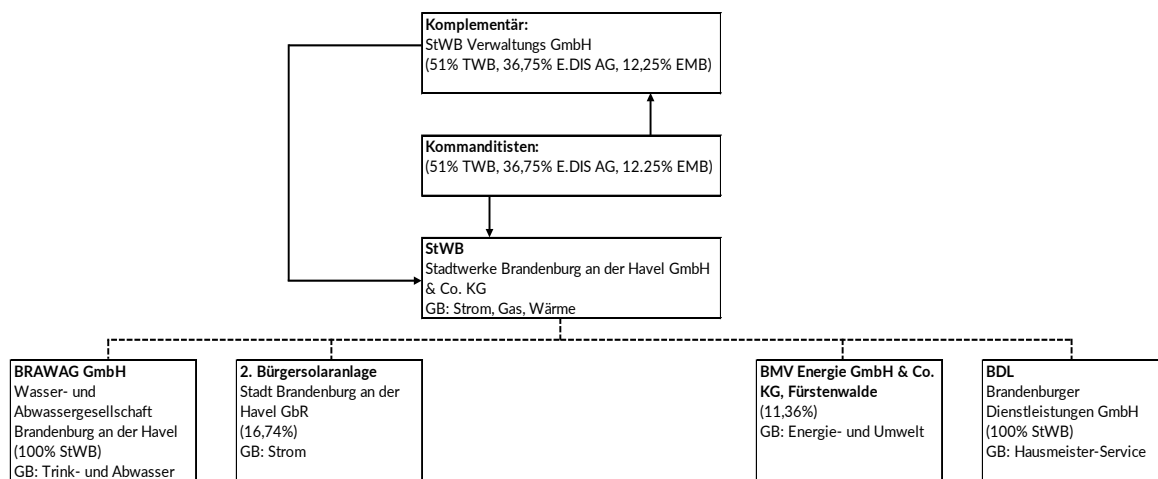
Anteilsverhältnisse:

<u>Anteilsverhältnisse</u>	%	T€
<b>Kommanditisten</b>		
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (TWB)	51,00%	4.182,0
E.DIS AG Fürstenwalde	36,75%	3.013,5
EMB Beteiligungsgesellschaft mbH Potsdam	12,25%	1.004,5
	100,00%	8.200,0
<b>Komplementärin</b>		
StWB Verwaltungs GmbH	0,0%	0,0

Die StWB Verwaltungs GmbH ist als persönlich haftender Gesellschafter einzelvertretungsberechtigter Komplementär ohne Beteiligung an Vermögen, Ergebnis und Kapital der KG.

Unterbeteiligungen

BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	100,00%
BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH	100,00%
BMV Energie GmbH & Co. KG, Fürstenwalde	11,36%
2. Bürgersolaranlage der Stadt Brandenburg an der Havel GbR	16,74%



---

## Gesellschaftsvertrag

---

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 24.08.2015.

---

## Organe der Gesellschaft

---

- *Geschäftsführung (Komplementärin als Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan)*

Uwe Müller (Kaufmännischer Geschäftsführer)

Gunter Haase (Technischer Geschäftsführer)

Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird ab dem 24.08.2015 mit Formwechsel gemäß § 12 des Gesellschaftsvertrages durch die Komplementärin StWB Verwaltungs GmbH ausgeübt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Stimmrechte in der Gesellschafterversammlung verteilen sich entsprechend der Anteile am Festkapital.

Im Geschäftsjahr fand eine Gesellschafterversammlung statt.

- *Aufsichtsrat*

Im Jahr 2017 fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt.

<b>Aufsichtsratsmitglieder 2017</b>
<b>Aufsichtsratsvorsitz</b> Herr Steffen Scheller
<b>Stellvertreter</b> Herr Dr. Alexander Montebaur
<b>weitere Mitglieder</b> Herr Thomas Krüger
Herr Stephan Gothe
Herr Dr. Jens Horn
Herr Michael Kilian
Herr Matthias Pietschmann
Herr Dr. Andreas Reichel
Frau Renate Deschner

---

## Gegenstand

---

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme, der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und der Klärschlamm Entsorgung dienen sowie die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.

**Versorgungsgebiet:**

Brandenburg an der Havel mit Ausnahme der Stadtteile Götting, Gollwitz, Mahlenzien, Klein Kreuz, Schmerzke und Wust

**Öffentlicher Zweck**

Bei Aufgaben, die den in § 2 Abs. 2 BbgKVerf bezeichneten Betätigungsfeldern zuzurechnen sind (beispielsweise die Energieversorgung einschließlich der Energieproduktion), ist von einer Rechtfertigung durch einen öffentlichen Zweck auszugehen (vgl. Rundschreiben zu den Regelungen der Kommunalverfassung über die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen (§§ 91 – 100 BbgKVerf) vom 13.11.2013).

Die Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung der Grundversorgung der Bevölkerung mit Leistungen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge und begründen das Engagement der Gemeinde.

**Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft**

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	78%	73%	69%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	48%	50%	53%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	92%	98%	104%
Zinsaufwandquote	1,3%	1,2%	1,2%
Liquidität 3. Grades	100%	135%	155%
Cashflow in T€	22.356	19.965	19.265
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	12%	11%	12%
Umsatz in T€	81.817	84.624	83.478
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag in T€	12.414	11.898	13.747
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	11%	11%	11%
Anzahl der Mitarbeiter	135	130	123

---

## Lagebericht der Gesellschaft

---

### Vermögens- und Finanzlage sowie Investitionen

Das Bruttoinvestitionsvolumen -ohne Berücksichtigung der erhaltenen Fördermittel und Ertragszuschüsse in Höhe von 0,7 Mio. €- lag im Berichtsjahr unter dem Vorjahr (2,4 Mio. €, 2016: 4,0 Mio. €). Das Anlagevermögen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Mio. €. Die Anlagenintensität beläuft sich auf 69% (2016: 73%).

Das Eigenkapital ist auf ca. 64,0 Mio. € gestiegen (2016: 59,0 Mio. €).

Unter dem Umlaufvermögen (37,2 Mio. €, 2016: 30,9 Mio. €) erfolgt der Ausweis der Vorräte (Heizöl und Emissionen), Forderungen gegen verbundene Unternehmen, der sonstigen Vermögensgegenstände und der liquiden Mittel. Die Liquidität III. Grades beträgt 155% (2016: 135%).

Die Zinsaufwandsquote beträgt wie im Vorjahr 1,2%.

Der Cashflow in Höhe von 19.265 T€ (2016: 19.965 T€) hat sich gegenüber dem Vorjahr verringert.

Die Gesamtkapitalrentabilität ist mit 12% (2016: 11%) nahezu unverändert geblieben.

Die Investitionsausgaben betrafen in 2017 Investitionen in die Leitungsnetze und die zugehörigen Anlagen in den Sparten Strom (0,7 Mio. €), Gas (0,6 Mio. €) und Wärme (0,6 Mio. €). Des Weiteren wurden ca. 0,2 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Hard- und Software sowie 0,3 Mio. € in Leit- und Informationstechnik investiert. Insgesamt wurden Investitionen in Höhe von 2.449 T€ (2016: 4.020 T€) getätigt.

Der Liquiditätsbestand betrug stichtagsbedingt zum 31.12.2017 22,2 Mio. € (2016: 13,4 Mio. €).

Die Gesellschaft konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachkommen.

### **Ertragslage**

Das operative Ergebnis beläuft sich auf 13,9 Mio. € und liegt damit um ca. 3,4 Mio. € über dem Vorjahresergebnis.

Die Umsatzerlöse (83,5 Mio. €, 2016: 84,6 Mio. €) sind leicht gesunken. Die Umsatzrendite beläuft sich auf 16,7% (2016: 12,4%).

Im Geschäftsbereich Strom-Vertrieb liegen die Absatzmengen unter Vorjahresniveau. Der rückläufige Trend im Haushaltskundenbereich im Netzgebiet der StWB, konnte durch die gestiegene Absatzmengen bei den exterritorialen Tarif- und Sondervertragskunden nahezu kompensiert werden.

Die Inanspruchnahme des StWB-Stromnetzes durch fremde Händler stieg um ca. 6,0 GWh (2016: 2,0 GWh) auf rd. 130 GWh. Mengen- und preisbedingt ist der Umsatz um ca.



1,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen (6,9 Mio. €, 2016: 5,7 Mio. €). Die Aufwendungen für das vorgelagerte Netz sind im Geschäftsjahr 2017 um ca. 1,4 Mio. € gestiegen.

Der Umsatz in der Stromeinspeisung liegt um ca. 0,3 Mio. € über dem Vorjahresniveau (3,6 Mio. €, 2016: 3,3 Mio. €). Geringere Umsatzerlöse aus dem Verkauf des Stromes am Terminmarkt konnten aufgrund der Fahrweise des HKW (Heizkraftwerk) mit zusätzlichen Verkäufen an der Börse und mengenbedingt höheren Umsatzerlösen aus Bestandsförderung gemäß KWK-Gesetz (Kraft-Wärme-Kopplung) kompensiert werden.

Im Geschäftsbereich Gas-Vertrieb sind witterungsbedingt die Absatzmengen im Tarifkundengeschäft um rd. 16,0 GWh gesunken (273 GWh, 2016: 289 GWh). Die Umsatzerlöse sind um ca. 2,0 Mio. € auf 11,8 Mio. € gesunken.

Die Inanspruchnahme des StWB-Gasnetzes durch fremde Händler ist in 2017 um 93 GWh auf 659 GWh gestiegen. Die Erhöhung resultiert hauptsächlich aus einer witterungsunabhängigen Inanspruchnahme des Netzes durch einen Sondervertragskunden. Der Umsatz ist um 0,2 Mio. € auf ca. 2,9 Mio. € gestiegen.

Im Geschäftsbereich Wärmeversorgung liegen die Absatzmengen, bedingt durch Neuerschließungen im Geschäftsjahr 2016, über dem Vorjahr (172 GWh, 2016: 168 GWh). Die Umsatzerlöse liegen auf Vorjahresniveau (15,0 Mio. €, 2016: 14,8 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge (4,1 Mio. €, 2016: 4,2 Mio. €) liegen auf Vorjahresniveau.

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr trotz Umgliederung der Konzessionsabgaben Strom und Gas gemäß BilRUG (Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz) ab 2017 (ca. 2,0 Mio. €) nur leicht gestiegen (54,4 Mio. €, 2016: 53,5 Mio. €).

Die Abschreibungen liegen unter dem Vorjahresniveau (5,6 Mio. €, 2016: 7,9 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber 2016 gesunken (3,8 Mio. €, 2016: 7,2 Mio. €).

Der Jahresüberschuss in Höhe von 13,7 Mio. € liegt um rd. 1,8 Mio. € über dem Ergebnis des letzten Jahres.

Die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sind als sehr gut einzuschätzen. Die Eigenkapitalquote beträgt 53% (2016: 50%).

---

### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

---

Durch den Ausbau der Onlineaktivitäten konnten sich die StWB auf dem angestammten Markt gut behaupten. Die sich aus der strukturierten Beschaffung ergebenden Kostenvorteile werden konsequent weitergegeben und erhöhen dadurch die Kundenbindung.

Die Wachstumsstrategie im Haushalts- und Gewerbekundenbereich im ostdeutschen Raum wird weiter verfolgt. Darüber hinaus setzt StWB auf den Ausbau sowie die Optimierung der Fernwärmeversorgung.

Als Strom- und Gasnetzbetreiber in der Stadt sind die regulatorischen Rahmenbedingungen entscheidend. Die Investitionsentscheidungen erfolgen unter dem Gesichtspunkt von Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Margen im klassischen Kerngeschäft – Vertrieb/Verteilung – langfristig sinken werden. Dem kann entgegengewirkt werden, wenn sich die StWB vom reinen Energieanbieter zum innovativen Lösungsanbieter wandelt. Dazu muss das gesamte Unternehmen darauf eingestellt werden, dass die Kunden immer Maßstab des Handelns sind. Hierzu muss auch in Wachstumsfelder der Zukunft investiert werden wie z. B. intelligente Technologien, Energieeffizienz und Netzdienstleistungen. Durch die Digitalisierung müssen die klassischen Energieversorger ihre Rolle neu definieren. Zukünftig wird der Wandel und die Geschwindigkeit, mit der man den Wandel vollzieht, der Schlüssel zum Erfolg sein.

Die staatlichen Umlagen für Strom sind zum 1. Januar 2018 durch EEG, KWKG, § 19 StromNEV leicht um netto ca. 0,13 ct/kWh gesunken. Dagegen haben viele Verteilnetzbetreiber ihre Netzentgelte beim Strom u. a. aufgrund deutlicher Erhöhungen der Netzentgelte der Übertragungsnetzbetreiber (Ausnahme 50 Hertz) erhöht.

Die leicht erhöhten Beschaffungskonditionen für 2018 konnten durch Senkungen o. g. Umlagen kompensiert werden, so dass die Strompreise im Privat- und Gewerbekundensegment im eigenen Netzgebiet zum 1. Januar 2018 konstant gehalten werden konnten. In externen Netzgebieten wurden in Abhängigkeit von Netzentgeltänderungen die Strompreise teils gesenkt, teils erhöht.

Beim Gas erhöhten sich die Netzentgelte um netto ca. 0,11 ct/kWh im eigenen Netzgebiet. Durch leicht gesunkene Einkaufskonditionen zum 1. Januar 2018 konnten diese Kostensteigerungen kompensiert werden, so dass die Gaspreise im Privat- und Gewerbekundensegment im eigenen Netzgebiet zum 1. Januar 2018 konstant gehalten werden konnten. In externen Netzgebieten wurden in Abhängigkeit von Netzentgeltänderungen die Gaspreise teils gesenkt, teils erhöht.

Ab dem 01.01.2018 werden StWB-Kunden mit Ökostrom aus regenerativer Wasserkraft beliefert.

Das geplante Investitionsvolumen beläuft sich auf ca. 6,2 Mio. €. Davon sollen 1,4 Mio. € in das Stromnetz sowie 0,8 Mio. € in das Gasnetz fließen. Weitere Investitionen sind für die Erneuerung und Ausbau des Fernwärmenetzes sowie für die Nahwärmeanlagen von insgesamt 3,0 Mio. € geplant. Zudem sollen ca. 1,0 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Informationstechnik einschließlich Hard- und Software investiert werden.

Die Finanzierung der geplanten Investitionen wird aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit erfolgen.

Trotz des schwierigen Marktumfeldes wird StWB durch Optimierung der internen Prozesse und Nutzung der sich am Markt ergebenden Chancen durch Diversifikation der Produktpalette aktiv daran arbeiten, seine Position als erfolgreicher und vor allem kundenorientierter Energiedienstleister weiter auszubauen.

**Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt**

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Erhöhung Gewinnvortrag um 2.988.080,82 € nicht ausgeschütteter Gewinn aus 2016 gemäß Gesellschafterbeschluss vom 19.06.2017.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Vom Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 11.898.080,82 € wurden 8.910.000,00 € gemäß Beschluss vom 19.06.2017 an die Gesellschafter ausgeschüttet.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

**Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft**

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>89.819</b>	<b>85.890</b>	<b>82.731</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	889	787	600
II. Sachanlagen	55.970	52.143	49.171
III. Finanzanlagen	32.960	32.960	32.960
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>24.235</b>	<b>30.883</b>	<b>37.214</b>
I. Vorräte	924	943	848
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17.324	16.539	14.180
III. Kassenbestand, Guthaben	5.987	13.401	22.186
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>381</b>	<b>166</b>	<b>141</b>
<b>D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensberechnung</b>	<b>125</b>	<b>253</b>	<b>149</b>
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>54.977</b>	<b>58.995</b>	<b>63.820</b>
I. Festkapital	8.200	8.200	8.200
II. Variables Kapital	-491	-15	-26
II. Kapitalrücklage	34.855	34.198	34.198
III. Gewinnrücklagen	0	4.714	7.702
IV. Jahresüberschuss	12.414	11.898	13.747
<b>B. SoPo mit Rücklagenanteil</b>	<b>3.162</b>	<b>2.637</b>	<b>2.235</b>
<b>C. SoPo für Investitionszulagen</b>	<b>1.560</b>	<b>1.667</b>	<b>1.530</b>
<b>D. Baukostenzuschüsse</b>	<b>8.244</b>	<b>7.791</b>	<b>7.522</b>
<b>E. Rückstellungen</b>	<b>8.013</b>	<b>10.104</b>	<b>9.757</b>
<b>F. Verbindlichkeiten</b>	<b>38.589</b>	<b>35.992</b>	<b>35.371</b>
<b>G. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>15</b>	<b>7</b>	<b>0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>114.560</b>	<b>117.193</b>	<b>120.235</b>

---

**Ertragslage der Gesellschaft**


---

GuV	(Angaben in T€)		
	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	81.817	84.624	83.478
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	85	78	86
3. Sonstige betriebliche Erträge	8.421	4.211	4.061
4. Materialaufwand	-54.081	-53.473	-54.362
5. Personalaufwand	-9.235	-9.103	-9.307
6. Abschreibungen	-9.787	-7.915	-5.562
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.833	-7.230	-3.828
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25	105	201
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.054	-1.011	-1.025
10. Erträge aus Beteiligungen	1.892	128	139
11. Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen	4.344	5.004	3.361
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.832	-2.794	-2.838
<b>13. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>15.595</b>	<b>15.418</b>	<b>14.405</b>
14. Sonstige Steuern	-349	-726	-658
<b>15. Jahresergebnis</b>	<b>12.414</b>	<b>11.898</b>	<b>13.747</b>

### III.2.4.2.1 BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel

---

#### **Geschäftsbereich**

---

Trinkwasserversorgung und Abwasserbetrieb

---

#### **Firmensitz**

---

Packhofstraße 31  
14776 Brandenburg an der Havel  
Tel.: 03381/752 752  
Fax: 03381/752 336  
Internet: [www.brawag.de](http://www.brawag.de)

---

#### **Gründung**

---

Die BRAWAG (Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel) wurde auf der Grundlage des zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der TWB (Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH), der Metallgesellschaft AG (MG) und der Westfälischen Ferngas AG (WFG) am 12.08.1993 geschlossenen Konsortialvertrages gegründet.

Die Metallgesellschaft hat mit Kauf- und Abtretungsverträgen vom 19.05.1998 ihren Geschäftsanteil an die TWB und an die Westfälische Ferngas AG mit Gewinnbezugsrecht ab 01.01.1998 veräußert.

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 08.10.2002 erwarben die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) die Anteile der TWB an der BRAWAG in Höhe von 67,55% und wurde somit zum Mehrheitsgesellschafter der BRAWAG.

Am 12.12.2005 haben die StWB den notariellen Kauf- und Abtretungsvertrag mit der RWE Energy AG über den Erwerb der Restbeteiligung von 32,45% an der BRAWAG unterzeichnet. Die BRAWAG ist nunmehr 100%-ige Tochter der StWB.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat die Trinkwasserversorgung auf die BRAWAG übertragen. Mit rechtlicher und wirtschaftlicher Wirkung wurde das der TWB zuvor von der Stadt Brandenburg an der Havel übertragene Trinkwasservermögen als Sacheinlage in die BRAWAG zum 01.07.1994 eingelegt.

Der Abwasserbetrieb wurde bereits am 24.06.1993 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gegründet. Bis zum Inkrafttreten der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg als gesetzliche Grundlage für Eigenbetriebe am 27.03.1995 war der Abwasserbetrieb formalrechtlich wie ein als Eigenbetrieb geführter Regiebetrieb der Stadt anzusehen.

Der BRAWAG wurden die Aufgaben der Betriebsführung des städtischen Abwasserbetriebs mit wirtschaftlicher und rechtlicher Wirkung zum 01.07.1994 übertragen.

Mit Vertrag vom 24.08.1998 übertrug die Stadt Brandenburg an der Havel ihren Abwassereigenbetrieb im Wege der Ausgliederung nach den §§ 168, 123 ff. Umwandlungsgesetz (UmwG) auf die BRAWAG mit Ausgliederungstichtag 01.01.1998. Das übertragene Vermögen ging mit Eintragung in das Handelsregister am 21.12.1998 mit dinglicher Wirkung auf den übernehmenden Rechtsträger BRAWAG über.

---

#### **Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse**

---

Stammkapital 6.646.794,46 €

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2006 TDM 13.000 (=6.647 T€). Die Umstellung auf Euro steht bislang noch aus.

StWB GmbH & Co. KG 100%

---

#### **Unterbeteiligungen**

---

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und ist an keinem Unternehmen wesentlich beteiligt.

---

#### **Gesellschaftsvertrag**

---

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 24. August 1998. Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der HRB-Nr. 67 22P eingetragen.

---

#### **Organe der Gesellschaft**

---

- *Geschäftsführung*

Uwe Müller

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung wird seit 08.10.2002 durch die Geschäftsführung der StWB wahrgenommen.

Im Geschäftsjahr 2017 fanden drei Gesellschafterversammlungen statt.

---

#### **Gegenstand**

---

Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung, fachliche Beratung in diesen Bereichen sowie die Übernahme aller Werk- oder Dienstleistungen für Unternehmen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung.

Gegenstand ist insbesondere der Betrieb von derartigen Einrichtungen für Dritte auf Grund von Betreiber- und Dienstleistungsverträgen. Die Gesellschaft ist ein Ver- und Entsorgungsunternehmen. Es beliefert seine Kunden mit Trinkwasser, das durch eigene Anlagen gefördert,

erzeugt und transportiert wird. Des Weiteren betreibt sie auf Grundlage eines Betreibervertrages mit eigenen Anlagen die Abwasserbehandlung und Abwasserentsorgung für die Stadt Brandenburg an der Havel. Dafür erstattet die Stadt Brandenburg an der Havel der BRAWAG den zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen vereinbarten Selbstkostenfestpreis.

### Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Land Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserbeseitigung und -behandlung. Diese Aufgaben werden konkretisiert durch § 59 und § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. Weitere zu beachtende Grundlagen sind die Trinkwasserversorgungssatzung, die Grubensatzung, die Entwässerungssatzung und Abwassergebührensatzung der Stadt Brandenburg an der Havel. In diesem Zusammenhang bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der BRAWAG.

### Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	97%	96%	95%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	57%	58%	59%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	78%	81%	82%
Zinsaufwandquote	3,4%	2,7%	2,4%
Liquidität 3. Grades	18%	23%	35%
Cashflow	8.759 T€	9.547 T€	9.751 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	6%	7%	5%
Umsatz	20.039 T€	20.822 T€	20.894 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 T€	0 T€	0 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	13%	13%	12%
Anzahl der Mitarbeiter	44	44	42

## Lagebericht der Gesellschaft

### Geschäftsverlauf

Die verkaufte Trinkwassermenge ist im Vergleich zum Vorjahr um 2,6% gestiegen. Dies ist auf den leichten Anstieg der Bevölkerungszahl zurückzuführen.

Die auf die Kläranlage aufgeleiteten Mengen sind in Folge sehr hoher Niederschlagsmengen gegenüber dem Vorjahr um ca. 11% gestiegen.

Im Geschäftsjahr 2017 hat sich die Anzahl der Schäden im Trinkwassernetz gegenüber dem Vorjahr etwas erhöht (42, 2016: 37). Der Anstieg ist hauptsächlich auf die angestrebte Druck-erhöhung von 2,4 auf 4,4 bar im Versorgungsgebiet Kirchmöser und den damit verbundenen Rohrbrüchen zurückzuführen.

Die Anzahl der Störungen ist an Abwasserhauptleitungen von 93 auf 105 und auf der Kläranlage Briest von 378 auf 398 gestiegen und an Abwasserpumpwerken von 301 auf 285 gesunken.

Die Qualität des an die Kunden gelieferten Trinkwassers entsprach ganzjährig weitestgehend den Vorgaben der Trinkwasserverordnung. Die Sonderbeprobungen infolge der Grenzwert-überschreitungen der Koloniezahl bei 22°C und 36°C aufgrund der Belastung des Trinkwassers durch den einmaligen Eintrag von Staub während Bauarbeiten im Wasserwerk Mahlenzien konnten im 3. Quartal eingestellt werden. Die BRAWAG stand in ständigem Kontakt mit dem Gesundheitsamt der Stadt Brandenburg, eine Gesundheitsgefährdung ging von der Aufkeimung nicht aus.

Die Ablaufkonzentrationen der Kläranlage entsprachen weitestgehend den an die Ablaufqualität gestellten Anforderungen. Die Ergebnisse der Selbstüberwachung zeigten vereinzelte und jeweils nur kurzzeitige Überschreitungen der Parameter Gesamtphosphor und anorganischer Stickstoff. Alle anderen Parameter wurden eingehalten. Die Überschreitungen der zulässigen Ablaufwerte, die im Rahmen der Selbstüberwachung festgestellt wurden, wurden stets der Oberen Wasserbehörde angezeigt. Trotz auftretender Starkregenereignisse kam es durch die Ausnutzung aller vorhandenen Speicherkapazitäten sehr selten zu Überschreitungen der Überwachungswerte im Ablauf der Kläranlage. Seit dem 09.12.2017 liegt die Temperatur in der Biologie unter 12 °C, so dass der Grenzwert für Stickstoff anorganisch ausgesetzt ist. Auch die Ergebnisse des Kläranlagen - Leistungsvergleiches 2016 bestätigen die sehr gute Reinigungsleistung der Kläranlage Brandenburg - Briest.

### Trinkwasser

Versorgungsmengen	Leitungsnetz	Trinkwasserhausanschlüsse
- durchschnittlich 10.500 m <sup>3</sup> täglich	- Hauptleitungen = 94,19 km - Versorgungsleitungen = 292,29 km - Hausanschlussleitungen = 137,3 km - die größten Leitungen haben einen Durchmesser von 800 mm	- 12.095 Stück im Versorgungsgebiet



Abwasser

Entsorgungsmengen	Leitungsnetz
- Trockenwetter: ca. 9.000 m <sup>3</sup> /d - Regenwetter: bis zu 33.000 m <sup>3</sup> /d	- Abwasserdruckleitungen: 76,3 km - Mischwassersammler: 56,5 km - Schmutzwassersammler: 166,3 km - Regenwassersammler: 109,6 km - begehbare Kanäle: 3,9 km - Anzahl Hausanschlüsse: 10.350 Stück

Der Abwasser-Anschlussgrad bezogen auf die Einwohner im Versorgungsgebiet beträgt 92,12%.

**Ertragslage**

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. € gestiegen (0,7 Mio. €, 2016: 0,4 Mio. €). Grund hierfür ist die Auflösung von Sonderposten im Zusammenhang mit außerplanmäßigen Abschreibungen für Abwasserleitungen.

Der Materialaufwand beträgt 6,0 Mio. € (2016: 4,9 Mio. €) und ist im Wesentlichen gegenüber dem Vorjahr durch die Umgliederung der Konzessionsabgabe von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in den Materialaufwand (gemäß BilRUG) und höhere Fremdleistungen für Instandhaltung gestiegen.

Der Personalaufwand liegt in etwa auf Vorjahresniveau (2,5 Mio. €, 2016: 2,6 Mio. €).

Die Abschreibungen liegen aufgrund erfolgter außerplanmäßiger Abschreibungen für Abwasserleitungen über dem Vorjahreswert (6,4 Mio. €, 2016: 4,5 Mio. €). Für einzelne Abwasserleitungen wurde im Rahmen der Übertragung des Anlagevermögens auf die BRAWAG eine zu lange handelsrechtliche Nutzungsdauer angesetzt. Dies wurde im Geschäftsjahr korrigiert.

Das Finanzergebnis beträgt -0,5 Mio. € und liegt 0,1 Mio. € unter dem Vorjahr.

Die ausgewiesenen Ertragssteuern (-0,0 Mio. €, 2016: -0,1 Mio. €) betreffen Steuerrückstellungen für Vorjahre, die aufgrund der zurzeit laufenden Betriebsprüfung für die Jahre 2010 bis 2013 gebildet wurden.

Durch den Ergebnisabführungsvertrag fallen bei der BRAWAG keine Steuern vom Einkommen und vom Ertrag für das laufende Geschäftsjahr an. Das Ergebnis in Höhe von 3,4 Mio. € wird vollständig an die Muttergesellschaft abgeführt. Das Jahresergebnis beträgt damit 0,0 Mio. €.

**Vermögens- und Finanzlage sowie Investitionen**

Das Vermögen der BRAWAG (Anlagenintensität) setzt sich zu 95,5% (2016: 96,1%) aus dem Anlagevermögen zusammen. Es beinhaltet die Trink- und Abwassernetze, die Wassergewinnungs-, -aufbereitungs- und -speicherungsanlagen, Pumpwerke und die Kläranlage Brandenburg-Briest.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden insgesamt 4,5 Mio. € (2016: 2,7 Mio. €) investiert, davon 3,1 Mio. € (2016: 1,1 Mio. €) im Trinkwasserbereich, 1,3 Mio. € (2016: 1,5 Mio. €) im Abwasserbereich und 0,1 Mio. € (2016: 0,1 Mio. €) im Verwaltungsbereich.

Im Geschäftsjahr 2017 mindert sich das Anlagevermögen gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Mio. €. Dies ist insbesondere auf die außerplanmäßige Abschreibung für Abwasserleitungen zurückzuführen.

Das Eigenkapital in Höhe von 48,3 Mio. € liegt aufgrund der gesamten Ergebnisabführung auf Vorjahresniveau.

Bei dem Fremdkapital sind die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter (3,6 Mio. €, 2016: 5,1 Mio. €) gesunken. Das ist im Wesentlichen auf das geringere Ergebnis im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Brandenburg an der Havel haben sich um 0,9 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr verringert. Die Bankverbindlichkeiten (20,5 Mio. €, 2016: 19,5 Mio. €) sind gestiegen. Die Lieferantenverbindlichkeiten (0,8 Mio. €, 2016: 0,5 Mio. €) sind ebenfalls gestiegen. Der Neuaufnahme von Darlehen (4,0 Mio. €) stehen Tilgungen (2,9 Mio. €) bei den Kreditinstituten gegenüber.

Dem Cashflow 9,8 Mio. € (2016: 9,6 Mio. €) stehen insbesondere Ausgaben für Investitionen (4,5 Mio. €, 2016: 2,7 Mio. €) sowie Kreditaufnahmen/Darlehen (4,0 Mio. €, 2016: 2,5 Mio. €) und Tilgungsleistungen (2,9 Mio. €, 2016: 3,6 Mio. €) gegenüber.

Die Gesellschaft konnte ihren finanziellen Verpflichtungen im gesamten Geschäftsjahr jederzeit nachkommen. Der Liquiditätsbestand betrug zum Jahresende 2,9 Mio. € (2016: 2,4 Mio. €). Die Liquidität 3. Grades hat sich um 12% verbessert und beläuft sich auf 35%.

---

### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

---

Der Trinkwasserpreis bleibt in 2018 konstant. Das Betreiberentgelt für den Betrieb der BRAWAG - eigenen Abwasseranlagen als Selbstkostenfestpreis gemäß Betreibervertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel für 2018 beträgt 14.411.248 € brutto und wurde durch die Stadt Brandenburg an der Havel bestätigt.

Insgesamt geht BRAWAG von leicht sinkenden Umsatzerlösen in 2018 gegenüber 2017 aus.

Das geplante Investitionsvolumen der BRAWAG für das Jahr 2018 beträgt 4,7 Mio. €. Davon sollen 3,6 Mio. € in Erneuerung, Neubau und Ausbau von Trink- und Abwasserleitungen fließen. Weitere Investitionsmaßnahmen sind für das Wasserwerk Mahlenzien (0,7 Mio. €), das Wasserwerk Kaltenhausen (0,1 Mio. €) sowie für die Kläranlage Briest (0,1 Mio. €) geplant. Außerdem werden 0,2 Mio. € in Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

Die Finanzierung der geplanten Investitionen wird aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit und geplanter Darlehensneuaufnahmen erfolgen.

Das Ergebnis vor Steuern der BRAWAG wird voraussichtlich 4,3 Mio. € betragen.

Aus der Nachkalkulation der Gebühren der Stadt Brandenburg an der Havel für Schmutzwasser für das Jahr 2016 ergab sich eine Überdeckung, die in 2018 gebührenwirksam ausgeglichen wird. Das Betreiberentgelt 2018 sinkt im Vergleich zu 2017 von 14.923.770 € brutto auf 14.411.248 € (-3,75%). Hauptursache hierfür ist der Rückgang der kalkulatorischen Kosten insbesondere der Abschreibungen. Dies ist auf das Auslaufen der Nutzungsdauer der Abwasserreinigungsanlagen zurückzuführen. Auch Einsparungen im Personalbereich tragen zu dieser Entwicklung bei. Die Schmutzwassermengengebühr sowie die Aufleitgebühr konnten demnach von 3,05 €/m<sup>3</sup> auf 2,99 €/m<sup>3</sup> zum 1. Januar 2018 gesenkt werden.

Trotz der geringfügigen Unterdeckung beim Niederschlagswasser konnten die Niederschlagswassergebühr 1,02 €/m<sup>2</sup> und die Grundwassereinleitgebühr 1,70 €/m<sup>3</sup> zum 1. Januar 2018 konstant gehalten werden.

---

**Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt**

---

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Ab 2015 Ergebnisabführungsvertrag, gezeigt als Verbindlichkeit an Gesellschafter StWB
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betreiberentgelt gemäß Betreibervertrag (vom 12.01.1999) in Höhe von 12.540.983,16 € netto für das Jahr 2017.

**Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft**

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>81.815</b>	<b>79.917</b>	<b>77.949</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	175	103	62
II. Sachanlagen	81.640	79.814	77.887
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>2.627</b>	<b>3.169</b>	<b>3.654</b>
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	658	772	781
III. Kassenbestand, Guthaben	1.969	2.397	2.873
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>80</b>	<b>44</b>	<b>60</b>
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>48.320</b>	<b>48.320</b>	<b>48.320</b>
I. Gezeichnetes Kapital	6.647	6.647	6.647
II. Kapitalrücklage	20.533	20.533	20.533
III. Gewinnrücklagen	21.140	21.140	21.140
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	0	0	0
<b>B. Sonderposten</b>	<b>6.715</b>	<b>6.451</b>	<b>5.818</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>1.203</b>	<b>1.417</b>	<b>1.726</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>28.217</b>	<b>26.878</b>	<b>25.737</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>67</b>	<b>64</b>	<b>62</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>84.522</b>	<b>83.130</b>	<b>81.663</b>

**Ertragslage der Gesellschaft**

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	20.039	20.822	20.894
2. Aktivierte Eigenleistungen	50	57	116
3. Sonstige betriebliche Erträge	508	373	731
4. Materialaufwand	-5.025	-4.896	-6.030
5. Personalaufwand	-2.601	-2.644	-2.542
6. Abschreibungen	-4.415	-4.542	-6.384
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.511	-3.465	-2.892
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	1	14
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-686	-567	-497
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-116	-29
<b>11. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>4.361</b>	<b>5.023</b>	<b>3.382</b>
12. Sonstige Steuern	-17	-18	-21
13. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn	-4.344	-5.004	-3.361
<b>14. Jahresergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

## III.2.4.2.2 BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH

---

### Geschäftsbereich

---

Servicegesellschaft (z.B. Hausmeisterservice, Gebäudedienstleistungen usw.)

---

### Firmensitz

---

Am Industriegelände 7  
14772 Brandenburg an der Havel  
Tel.: 03381/797 24 11  
Fax: 03381/797 24 29  
  
E-mail: info@bdl-brb.de  
Internet: www.bdl-brb.de

---

### Gründung

---

Der frühere VEB Dienstleistungsbetrieb wurde am 01.06.1990 in die Brandenburger Dienstleistungen GmbH (BDL) umgewandelt.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam im Handelsregister unter der HRB Nr. 365P seit dem 10. August 1990 eingetragen.

---

### Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital	434.600,00 €
StWB GmbH & Co. KG	100%

Die Gesellschaft ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG (StWB); oberstes Mutterunternehmen sind die Technischen Werke Brandenburg an der Havel GmbH. Die BDL wird sowohl in den Teilkonzernabschluss der StWB GmbH & Co. KG als auch in den Konzernabschluss der Technische Werke Brandenburg GmbH, Brandenburg an der Havel, als Muttergesellschaft der StWB GmbH & Co. KG einbezogen.

---

### Unterbeteiligungen

---

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

---

### Gesellschaftsvertrag

---

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 27. Januar 2004.

---

## Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Holger Ulbricht

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der StWB. Im Geschäftsjahr 2017 haben zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

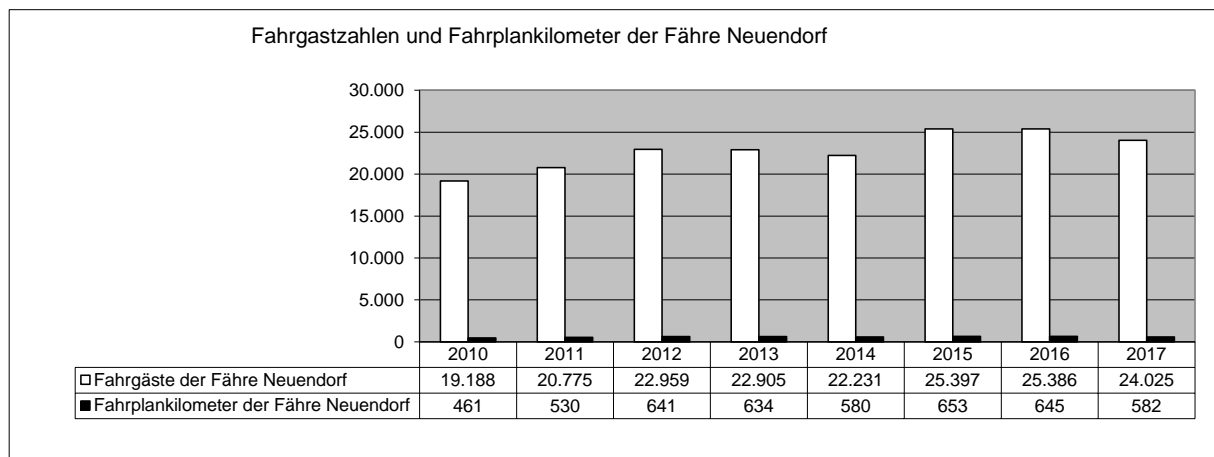
## Gegenstand

- Übernahme von kaufmännischen und technischen Betriebsführungen
- Erbringung von kaufmännischen und technischen Dienstleistungen für Dritte
- Übernahme von Werk- und Dienstleistungen bezüglich von Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung einschließlich deren Betrieb im eigenen Namen für Dritte
- Ausführung von Gebäudedienstleistungen und Hausbetreuungs-, Hausmeister- und Abrechnungsdienste
- Erbringung von EDV-Dienstleistungen sowie die Installation, Instandhaltung, Wartung derselben
- Betrieb und Wartung von Heizungs- und Sanitäranlagen im eigenen Namen für Dritte
- Betreiber der Fähre Neuendorf

## Öffentlicher Zweck

Die BDL unterstützt als Service-Gesellschaft die StWB in der Erfüllung ihres öffentlichen Zwecks.

## Statistische Angaben



**Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft**

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	29,5%	25,2%	21,4%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	75,0%	72,7%	78,1%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	254,5%	287,9%	365,0%
Zinsaufwandquote	0,00%	0,08%	0,05%
Liquidität 3. Grades	282,9%	273,3%	358,8%
Cashflow	389 T€	575 T€	534 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	13%	16%	0%
Umsatz	2.988 T€	3.441 T€	3.365 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	223 T€	372 T€	327 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	66,2%	62,7%	59,5%
Anzahl der Mitarbeiter	64	64	65

**Lagebericht der Gesellschaft**

Im zurückliegenden Geschäftsjahr gliederte sich die Brandenburger Dienstleistungen GmbH in folgende Abteilungen:

- **Technischer Bereich**
  - **Technischer Dienst** mit den Arbeitsbereichen Zählerwesen (Plantausch, Ablesung, Lager, Inkasso) der Medien Strom, Gas und Wasser, Hausanschlusskontrollen sowie Hauswartleistungen

- **Wärmemess- und Abrechnungsdienst** mit den Arbeitsbereichen Vermietung und Ablesung der Wohnungswasser- und Wärmezähler sowie Heizkostenverteiler und Erstellung der verbrauchsabhängigen Abrechnung
- Betrieb der **Havelfähre Neuendorf** (im Auftrag der VBB)
- Objektbezogene Dienstleistungen auf der **Regattastrecke "Beetzsee"**
- **Freiflächenpflege und Landschaftsbau** mit den Arbeitsbereichen Freiflächenpflege und Winterdienst, Landschaftsbau und bautechnische Dienstleistungen, Sonstige allgemeine Dienstleistungen
- **Hausbetreuung und Gebäudemanagement** mit den Arbeitsbereichen Glas- und Gebäudereinigung, Treppenhausreinigung, Maschinelle Gehwegreinigung, Graffitidienst
- **Wasser- und Abwassertechnik** mit den Arbeitsbereichen Rohr- und Kanalreinigung und Wartung von Abwasserpumpwerken sowie in Kooperation mit Fachunternehmen - TV-Kanalbefahrung einschließlich digitaler Dokumentation

### **Geschäftsverlauf**

Die BDL hat im Geschäftsjahr 2017 Umsatzerlöse unterhalb des Vorjahresniveaus erwirtschaftet. Der Rückgang fiel mit 2,2% deutlich geringer aus als erwartet und ergibt somit einen Umsatz aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 3.365 T€ (2016: 3.441 T€). Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf 51,7 T€ und ergeben mit den Steigerungen des Materialaufwandes 200,5 T€ (2016: 149,1 T€), aber ebenso den Senkungen im Personalaufwand 2.002,6 T€ (2016: 2.156,0 T€) und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen 269,4 T€ (2016: 302,4 T€) zusammen mit den gleichgebliebenen Abschreibungen 205,3 T€ (2016: 202,9 T€) ein ordentliches Betriebsergebnis von 482,5 T€ (2016: 566,5 T€). Der Rückgang beträgt somit ca. 15%.

Im Geschäftsjahr 2017 war im Bereich Freiflächenpflege der ab 2016 bediente MEBRA-Nachunternehmerauftrag der Stadt Brandenburg an der Havel zur maschinellen Gehwegreinigung und Pflege des öffentlichen Straßenbegleitgrüns sowie des Winterdienst für Straßenquerungen und Haltestellen des ÖPNV über den vollen Berichtszeitraum wirksam und erlösbringend. Hinzu kamen akquirierte Sonderaufträge, die insbesondere in den Monaten außerhalb der Vegetationsperiode zu einer positiven Ertragssituation beitrugen. Der Wegfall eines großen Auftrages im Bereich der Gebäudereinigung konnte durch Neuakquise von ca. 900 Wohneinheiten teilweise kompensiert werden.

Der Technische Bereich verzeichnete im Jahr 2017 zum Teil erhebliche Umsatzrückgänge, was zum einen in der nicht kontinuierlichen Auftragslage seitens des Hauptauftraggebers sowie Lieferschwierigkeiten bei der Messtechnik und damit einem unbearbeiteten Auftragsstau begründet ist. Hinzu kamen unerwartete Fluktuationen von Fachkräften, die bei dann vorhandenen Auftragslagen eine kontinuierliche Abarbeitung erheblich einschränkten. Positiv innerhalb des Technischen Bereiches hat sich der Hauswartdienst entwickelt.



Mehrleistungen im Bereich Abwassertechnik zu Beginn des Jahres 2017 in Form von Kanalreinigungen und TV-Befahrungen, die in dem vorhergehenden Plan nicht vollständig abgearbeitet werden konnten, führten zusammen mit einer Sonderbeauftragung durch die Übernahme von Kanalzuständigkeiten in den Betreibervertrag der BRAWAG und den damit einhergehenden Voruntersuchungen zu einer Umsatzsteigerung von ca. 100 T€.

Der Auftragsverlust des gesamten Portfolios einer größeren Wohnungsbaugenossenschaft an einen überregionalen Marktmitbestimmer im Jahre 2016 hatte in 2017 seine umsatzseitigen negativen Auswirkungen. Erfolgreiche Neuakquisitionen in dem Bereich konnten den Umsatzverlust (-108 T€) leider nicht ausgleichen. Zusätzlich positiv hat den Geschäftsverlauf der Gewinn von zum Teil sehr umfangreichen Aufträgen im Bereich Installation und Wartung von Rauchwarnmeldern beeinflusst (+46,6 T€).

Der Veranstaltungskalender der Regattastrecke „Beetzsee“ des Jahres 2017 beinhaltete weniger und kleinere Regatten und Freizeitveranstaltungen als im Vorjahr, was sich dadurch auch im Umsatzverlauf mit -15,4 T€ widerspiegelte.

Die Umsätze der Havelfähre Neuendorf (46,4 T€) sowie der Verwaltung (81,6 T€) entsprechen mit geringfügigen Abweichungen dem Vorjahresniveau.

Es hat sich auch im zurückliegenden Berichtszeitraum bestätigt, dass die Ausrichtung der Gesellschaft mit ihrem breiten Spektrum an Dienstleistungen sowie die im Unternehmen nachhaltig entwickelte Kundenorientierung erfolgversprechende Faktoren sind.

### **Ertragslage**

Als Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden 482 T€ ausgewiesen, was einem Plus gegenüber dem Wirtschaftsplan 2017 von +329 T€ (+217%) und im Vergleich zum Vorjahr von -84 T€ (-15%) entspricht.

Der Jahresüberschuss beträgt im Geschäftsjahr 327 T€ (2016: 372 T€) und liegt mit 224 T€ über dem geplanten Jahresüberschuss von 103 T€. Die Veränderung des Ergebnisses im Jahresvergleich 2017/2016 bzw. die Abweichungen zu den Planzahlen 2017 resultieren aus den nachfolgenden geschilderten Sachverhalten.

Aus den Kerngeschäften der Gesellschaft wurden Umsatzerlöse in Höhe von 3.365 T€ erzielt. Sie lagen mit 445 T€ (+15,2%) deutlich über dem geplanten Wert in Höhe von 2.920 T€ und 76 T€ (-2,2%) unter dem Vorjahreswert von 3.441 T€.

Die Umsatzrendite beläuft sich auf 9,7% (2016: 10,8%).

Der Materialaufwand in Höhe von 455 T€ liegt mit +144 T€ deutlich über dem Planansatz für das Jahr 2017 und 125 T€ über dem Ist des Vorjahres, korrespondiert jedoch noch mit den gegenüber dem Plan gestiegenen Umsätzen. Die größten Steigerungen gegenüber dem Vorjahr lagen in der Inanspruchnahme von Fremdleistungen Abwassertechnik (+46 T€ = +35,6%) sowie der erstmaligen Einbeziehung von Personaldienstleistungen (41,7 T€). Hinzu kamen Mehrungen bei den Materialeinkäufen für die Neuaufträge Rauchwarnmelder (+33,3 T€ = +41,7% sowie durch die komplette Neuausrüstung aller Mitarbeiter mit Arbeitsschutzkleidung (+15,7 T€ = +196,2%).

Die Personalaufwendungen betragen 2.003 T€ und liegen leicht unter dem Planansatz von 2.050 T€ sowie wegen der Anpassung der Personalstruktur zu Beginn des Jahres 2017 -153 T€ unter den Aufwendungen des Vorjahres. Allerdings müssen im sachlichen Zusammenhang mit den Personalkosten auch die in 2017 erstmals genutzten Personaldienstleistungen zur Abfederung von Auftragsspitzen und zum Ausgleich kurzfristiger Fluktuation i.H.v. 41,7 T€ gesehen werden.

Die Abschreibungen liegen mit 206 T€ auf Planniveau sowie nur geringfügig über dem Vorjahreswert in Höhe von 203 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen blieben trotz des gegenüber dem Plan 2017 höheren Umsatzes im Kerngeschäft mit 269 T€ fast auf Planniveau (265 T€) und unterschreiten den Vorjahreswert von 302 T€ um -33 T€. In diesem Bereich gab es in den Vorjahren eine Reihe von Optimierungsprozessen mit ergebnisfördernden Resultaten. Weitere Optimierungen sind nunmehr nur noch mit kleineren Auswirkungen umzusetzen.

### **Vermögens- und Finanzlage**

Im Geschäftsjahr 2017 erhöhte sich die Bilanzsumme um 134 T€ auf 2.401 T€, was in der Erhöhung des Kassenbestandes (Bankguthaben) (+61 T€), der Erhöhung im Bereich der Forderungen und sonstiger Vermögensgegenstände (+133 T€) sowie der Verringerung des Anlagevermögens (-58 T€) begründet ist.

Das Anlagevermögen per 31. Dezember 2017 verringerte sich gegenüber dem Vorjahr von 572 T€ auf 514 T€ auf Grund der im Vergleich zu den Abschreibungen geringeren Investitionen. Investiert wurden im Wesentlichen mit 40 T€ in Fahrzeuge, mit 85 T€ in Mess- und Zählgeräte sowie mit 22 T€ in übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Anlagenquote beläuft sich somit per 31.12.2017 auf 21,4% (2016: 25,2%).

Das Eigenkapital erhöhte sich als Folge des Ergebnisses 2017 von 327 T€ und der Gewinnausschüttung für 2016 von 100 T€, gegenüber dem Vorjahr um 227 T€ auf 1.885 T€. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 78,1% (2016: 72,7%).

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit 148 T€ (2016: 254 T€) und Gewinnausschüttung (100 T€) konnte durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit vollständig gedeckt werden. Die Liquidität betrug zum 31. Dezember 2017 1.367 T€ (2016: 1.306 T€).

Der Gesellschaft war es 2017 zu jeder Zeit möglich, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Außerbilanzielle Verpflichtungen bestehen wie im Vorjahr nicht.

---

### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

Im Geschäftsjahr 2018 sollen die zu veränderten Bedingungen bestehenden vertraglichen Beziehungen mit Bestandskunden wieder weiter ausgebaut und durch Neuakquise gestärkt sowie die internen Arbeitsabläufe nach den strukturellen und personellen Veränderungen des Jahres 2017 wieder optimiert werden.

Entwicklungsmöglichkeiten werden im Bereich der Freiflächenpflege durch die Übernahme neuer, zusätzlicher Aufträge (Übernahme zusätzlicher Verkehrssicherungspflichten), im Bereich des Wärmemess- und Abrechnungsdienstes sowie der Abteilung Technische Dienste mit dem Ausbau des Leistungsangebotes in Bezug auf Hausanschlusskontrollen, Wandlerkontrollen, Zählerdienst und Jahresablesungen gesehen.

Die Erhöhung der bestehenden Preisstruktur konnte bei Bestandskunden auf Basis von veränderten Tarifabschlüssen von Flächentarifverträgen durchgesetzt werden. Daher wird es auch im Jahr 2018 verstärkt darauf ankommen, alle Kostenpositionen genauen Prüfungen zu unterziehen und selbst bei vermeintlich kleineren Ausgabebudgets eine Optimierung vordergründig umzusetzen.

Insgesamt sind für das Geschäftsjahr 2018 Investitionen in Höhe von 220 T€ geplant, welche aus dem laufenden Finanzmittelbestand der Gesellschaft finanziert werden.

Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit steht weiterhin die Verbesserung der Kundenzufriedenheit und damit einhergehend die Stabilisierung bestehender Kundenbeziehungen. Neuaquisitionen werden bis auf den Bereich Abwassertechnik in allen Bereichen angestrebt.

Für das Geschäftsjahr 2018 wird mit einem positiven Jahresergebnis gerechnet.

#### Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Vom Jahresüberschuss 2017 (327.491,14 €) wurden 100.000 € an die Gesellschafter ausgeschüttet. Vom Jahresüberschuss 2017 (327.491,14 €) wurden 227.491,14 € in die Gewinnrücklagen eingestellt.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der BDL und der Stadt Brandenburg an der Havel bestehen vertraglich geregelte Leistungsbeziehungen zu marktüblichen Preisen.

## Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>521</b>	<b>572</b>	<b>514</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	11	7	9
II. Sachanlagen	509	565	505
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>1.245</b>	<b>1.695</b>	<b>1.888</b>
I. Vorräte	0	2	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	414	386	521
III. Kassenbestand, Guthaben	831	1.306	1.367
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>1.326</b>	<b>1.648</b>	<b>1.875</b>
I. Gezeichnetes Kapital	435	435	435
II. Gewinnrücklagen	627	800	1.072
III. Gewinnvortrag	42	42	42
IV. Jahresüberschuss	223	372	327
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>196</b>	<b>328</b>	<b>196</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>243</b>	<b>291</b>	<b>330</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.766</b>	<b>2.267</b>	<b>2.401</b>

## Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	2.988	3.441	3.365
2. Sonstige betriebliche Erträge	73	116	52
4. Materialaufwand	-301	-330	-455
5. Personalaufwand	-1.977	-2.156	-2.003
6. Abschreibungen	-166	-203	-206
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-291	-302	-269
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	3	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-3	-2
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-95	-187	-149
<b>11. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>230</b>	<b>379</b>	<b>334</b>
12. Sonstige Steuern	-8	-8	-6
<b>13. Jahresergebnis</b>	<b>223</b>	<b>372</b>	<b>327</b>

## III.2.5 BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft GmbH

---

### Geschäftsbereich

---

Beschäftigungsförderung

---

### Firmensitz

---

Neuendorfer Str. 89  
14770 Brandenburg an der Havel  
Tel.: 03381/2087 4080  
Fax: 03381/2087 4085  
  
E-mail: info@bas-brandenburg.de  
Internet: www.bas-brandenburg.de

---

### Gründung

---

Die BAS GmbH wurde am 24.01.1994 gegründet.

Die BAS wird im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam seit dem Eintrag vom 27. Mai 1994 unter dem Aktenzeichen HRB 7186 P geführt.

---

### Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital                      25.564,59 €

Seit dem 17.05.2000 hält die Stadt Brandenburg an der Havel 100% der Anteile.

---

### Unterbeteiligungen

---

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

---

### Gesellschaftsvertrag

---

Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt durch die Gesellschafterversammlung vom 27. Mai 1997 geändert.

---

### Organe der Gesellschaft

---

- *Geschäftsführung*  
Margitta Scholz

- **Beirat**

Die Gesellschaft verfügt über keinen Aufsichtsrat, sondern über einen ehrenamtlichen Beirat.

Er ist beratend tätig und steht als Sachverständiger der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung mit seinem Wissen und seiner Erfahrung zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr 2017 fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Der Beirat setzte sich im Geschäftsjahr 2017 wie folgt zusammen:

<b>Beiratsmitglieder 2017</b>	
<b>Beiratsvorsitz</b>	Frau Dr. Tiemann (Oberbürgermeisterin Stadt Brandenburg an der Havel) bis 12.10.2017 Herr Steffen Scheller (Bürgermeister Stadt Brandenburg an der Havel) ab 13.10.2017
<b>weitere Mitglieder</b>	Frau Stawecki/ Herr Heublein (Fachgruppe Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt) Frau Schöbe (Fachbereichsleiterin Jugend, Soziales und Gesundheit) Frau Köppe (Gleichstellungsbeauftragte Brandenburg an der Havel) Frau Scholz (Geschäftsführerin BAS GmbH) Frau Fredrich (Industrie- und Handelskammer, Regionalcenter Brandenburg an der Havel) Frau Block (Kreishandwerkerschaft Brandenburg/Belzig) Frau Prof. Dr.-Ing. Wieneke-Toutaoui (Technische Hochschule Brandenburg) Frau Beutel (Deutscher Gewerkschaftsbund) Herr Krüger (Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft mbH) Herr Karg (Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer e. V.) Herr Hanitsch (ZAB Zukunftsagentur Brandenburg GmbH) Frau Taege (Jugendhilfeausschuss Brandenburg an der Havel) Herr Griebel (LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege)

---

### **Gegenstand**

---

Nach § 3 des Gesellschaftsvertrages ist der Gegenstand des gemeinnützigen Unternehmens die Hilfe für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen und Männer einschließlich Sozialhilfeempfänger mittels sozialpädagogischer Betreuung, Beratung, Orientierung, Qualifizierung, Beschäftigung mit dem Ziel der Einzelfallhilfe und der Förderung und Wiederherstellung der Eingliederungsfähigkeit des genannten Personenkreises in den Arbeitsmarkt. Der Zweck wird insbesondere verwirklicht durch:

- Sozialpädagogische und sozialarbeiterische Hilfestellung und Begleitung gegenüber einzelnen Personen
- Maßnahmen zur Wiederherstellung bzw. Förderung der Voraussetzungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt
- Konzipierung und Durchführung von Maßnahmen, die auf Qualifizierung und Beschäftigung vorbereiten bzw. Qualifizierung und Beschäftigung vermitteln oder leisten
- Erprobung und Entwicklung neuer, zusätzlicher Arbeitsfelder, soweit sie die vorstehend genannten Ansätze des Konzeptes der Gesellschaft unterstützen bzw. als Voraussetzung hierfür erforderlich sind

Zur Unterstützung dieser Ziele bemüht sich die Gesellschaft um die Kooperation mit der Kommune, mit orts- und regionalansässigen Betrieben, mit Trägern der beruflichen

Qualifizierung, mit dem Jobcenter, mit den Ministerien und anderen ebenfalls in diesen Tätigkeitsfeldern Aktiven.

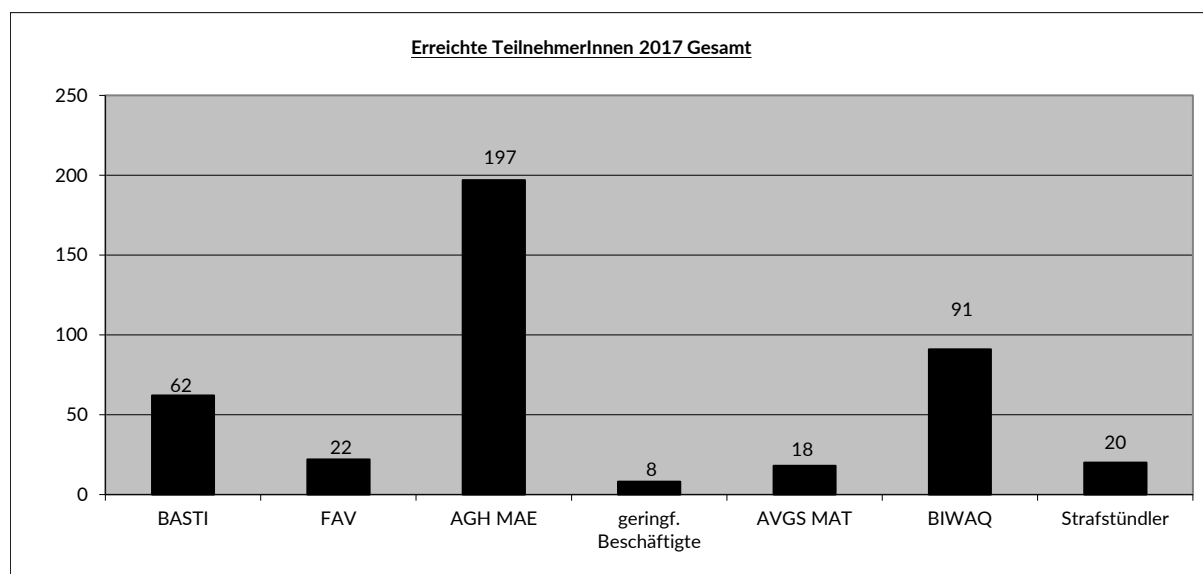
### Öffentlicher Zweck

Die Tätigkeit der BAS als Arbeitsförderungsgesellschaft ist darauf gerichtet, Personen, die durch Ausgrenzung am Arbeitsmarkt und ihrer daraus resultierenden sozialen Situation betroffen sind zu unterstützen und diesen Personenkreis für die Aufnahme einer Arbeit zu qualifizieren und zu integrieren. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe wird der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Rahmen der jeweiligen Projekte realisiert.

Im Rahmen der gemeinnützigen Tätigkeit der BAS GmbH wurden im Berichtszeitraum 22 (2016: 23) Einzelmaßnahmen durchgeführt. Diese Projekte wurden von 418 TeilnehmerInnen durchlaufen.

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Erreichte TeilnehmerInnen</b>	656	668	456	378	395	418

Die Summe ergibt sich aus dem Bestand der am 1. Januar bereits zugewiesenen TeilnehmerInnen und den im Verlauf des Jahres neu eingetretenen TeilnehmerInnen, die in den verschiedenen Förderinstrumenten beschäftigt werden.



FAV: Förderung von Arbeitsverhältnissen

BASTI: Betreuen, Aktivieren, Strukturieren, Trainieren, Integrieren

BIWAQ: Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier

AGH MAE: Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung

AVGS MAT: Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein für Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung bei einem Träger

### **Erläuterungen:**

#### **Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE)**

Für erwerbsfähige Hilfebedürftige (Langzeitarbeitslose), die keine Arbeit finden können, sollen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden, durch die die individuelle Beschäftigungsfähigkeit verbessert wird. Der Teilnehmer erhält für die geleisteten Stunden eine Mehraufwandsentschädigung. Die Arbeiten selbst begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts. Durch die Beschäftigung der TeilnehmerInnen in den unterschiedlichen Projekten werden Vermittlungshemmnisse ermittelt und an der Verringerung bzw. Beseitigung gearbeitet. In den Arbeitsgelegenheiten dürfen nur im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Tätigkeiten ausgeführt werden.

#### **Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) gemäß § 16 e SGB II**

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind langzeitarbeitslos und haben Vermittlungshemmnisse und Wettbewerbsnachteile. Dies können beispielsweise gesundheitliche Einschränkungen, ein fehlender Abschluss und/oder familienbedingte Unterbrechung der Berufstätigkeit sowie mangelnde Berufserfahrung sein. Die Möglichkeit der Förderung setzt den Bezug von Arbeitslosengeld II und die Zuweisung durch das Jobcenter voraus.

Die Förderhöhe und Förderdauer sind abhängig von der individuellen Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers bezogen auf den konkret angebotenen Arbeitsplatz (Minderleistung). Die Förderung kann bis zu einer Höhe von 75 Prozent des regelmäßig gezahlten Arbeitsentgelts betragen und kann innerhalb von fünf Jahren als monatlicher Zuschuss für eine maximale Dauer von 24 Monaten geleistet werden. Berücksichtigungsfähig sind das zu zahlende Arbeitsentgelt (tariflicher Lohn bzw. das ortsübliche Gehalt) und der pauschalierte Anteil des Arbeitgebers am Gesamtsozialversicherungsbeitrag. Unberücksichtigt bleibt jedoch der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung.

#### **Sonderprojekte**

##### **- „Quartiersmanagement und Koordinierung Bürgerhaus Hohenstücken“**

Die BAS GmbH hat zusätzliche Aufgaben des Quartiersmanagements Hohenstücken übernommen. In der Betreuung des Anwohnertreffs im Bürgerhaus im Stadtteil Hohenstücken wurde eine weitere Chance gesehen, kleinteilige Angebote zur Berufsorientierung, Bewerbungshilfen oder soziale Beratungsangebote und kulturelle Angebote für Arbeitslose und Bürger zu etablieren bzw. fortzusetzen und diese wiederum auch für die Angebote der BAS GmbH für weitergehende Maßnahmen zu interessieren.

#### **Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)**

Ziel des ESF-Programms BIWAQ war die gezielte Verzahnung von städtebaulichen Investitionsmaßnahmen für benachteiligte Stadtquartiere aus dem Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt" mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zur Stabilisierung und ganzheitlichen Aufwertung von benachteiligten Quartieren. Dazu förderte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) passgenaue arbeitsmarktpolitische Projekte, die



insbesondere in den Programmgebieten des Städtebauförderungsprogramms "Soziale Stadt" die Qualifikation und berufliche Situation der Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort sowie die lokale Ökonomie verbessern. Gefördert wurden Projekte zur Integration von langzeitarbeitslosen Frauen und Männern in Arbeit, zur Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit (inklusive der Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf) sowie zur Stärkung der lokalen Ökonomie. Neu im Rahmen der aktuellen 2. Förderrunde BIWAQ ist die Förderung von quartiersbezogener sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im gemeinnützigen Bereich als eigenständiges Handlungsfeld "Quartiersarbeit". Mit Quartiersarbeit sollten Langzeitarbeitslosen, die bis jetzt nicht in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden konnten, eine neue Perspektive gegeben werden. Gleichzeitig sollte im Sinne eines integrierten Handelns Stadtentwicklungspolitik mit städtebaulichen Investitionen und Arbeitsmarktpolitik vor Ort besser verzahnt werden.

#### **Projekt Integrationsbegleitung BASTI (Betreuen, Aktivieren, Strukturieren, Trainieren, Integrieren)**

Gefördert werden in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg Projekte mit dem Ziel, die Projektteilnehmenden schrittweise an Arbeit heranzuführen und in Erwerbstätigkeit oder Bildung zu integrieren sowie die soziale Teilhabe und das Zusammenleben in den teilnehmenden Familien zu stärken. Hierzu wird die Kombination einer intensiven Einzelberatung durch Integrationsbegleiter/innen (sozialpädagogische Begleitung) mit bedarfsorientierten Unterstützungsmodulen gefördert. Zuwendungsempfänger und damit antragsberechtigt sind juristische Personen des privaten und des öffentlichen Rechts sowie rechtsfähige Personengesellschaften.

In die Projekte können als Teilnehmende eintreten:

- Langzeitarbeitslose, die als arbeitsmarktfremd gelten und dem Rechtskreis des SGB II zugeordnet werden können
- Personen aus Paar-Bedarfsgemeinschaften oder Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem unterhaltspflichtigen Kind unter 18 Jahren, in der kein Angehöriger der Bedarfsgemeinschaft einer Erwerbstätigkeit nachgeht

#### **Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein für Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung bei einem Träger (AVGS MAT)**

Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung gem. § 45 SGB III bei einem Träger = Also eine beruflichen Eingliederung bei einem Träger ( MAT) genannt.

Um den TeilnehmernInnen die für den ersten Arbeitsmarkt notwendigen Kenntnisse zu vermitteln, können MAT / Trainingsmaßnahmen zur Qualifizierung des Bewerbers durchgeführt werden. Gefördert werden Maßnahmen oder Tätigkeiten, die zur Verbesserung der Eingliederungsaussichten beitragen.

#### Dazu zählen Maßnahmen:

- die Eignungen, Leistungen für eine berufliche Tätigkeit feststellen
- die Bewerbung und die Erstellung von Bewerbungsmappen unterstützen
- Bewerbungstraining und individuelles Bewerbungstraining

- Beratung über Möglichkeiten der Arbeitsplatzsuche
- Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, um eine Vermittlung in Arbeit oder einen Abschluss einer beruflichen Aus- und Weiterbildung erheblich zu verbessern.

Umfang der Förderung:

- Während der MAT erhalten die TeilnehmerInnen weiterhin Leistungen nach dem SGB II
- Unabhängig von der Art des Verkehrsmittels erhalten die TeilnehmerInnen Fahrkosten
- Bei Bedarf zahlen Jobcenter Kinderbetreuungskosten für aufsichtsbedürftige Kinder
- Lehrgangskosten und Prüfungsgebühren
- Insgesamt darf die Förderung die Dauer von 12 Wochen nicht übersteigen.

Die Förderung kann durch eine Vergabemaßnahme oder durch Förderzusicherung im Rahmen eines Aktivierungsgutschein AVGS-MAT erfolgen.

**Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft**

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	16%	14%	25%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	36%	37%	30%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	330%	360%	151%
Zinsaufwandquote	0,46%	0,32%	0,14%
Liquidität 3. Grades	243%	216%	191%
Cashflow	28 T€	18 T€	32 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	0,0%	0,0%	0,0%
Umsatz	1.495 T€	1.543 T€	1.892 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 T€	0 T€	0 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	79%	77%	78%
Anzahl der Mitarbeiter (Stammpersonal)	6	6	15

### Lagebericht der Gesellschaft

Mit der kommunalen Tochtergesellschaft BAS GmbH verfügt die Stadt Brandenburg an der Havel über ein Instrument und einen Dienstleister, der seine Zielstellung auf die Senkung der Arbeitslosigkeit ausgerichtet hat.

Die BAS GmbH als kommunale und gemeinnützige GmbH der Stadt erfüllt den öffentlichen sozialen Zweck der kommunalen Daseinsvorsorge für Benachteiligte und ausgegrenzte Personengruppen.

Die Projekte, Aufgaben und Dienstleistungen umfassen die Bereiche zur Steuerung einer aktiv gestaltenden und zielorientierten Arbeitsförderung sowie die Entwicklung der kommunalen Infrastruktur in den Bereichen Tourismus, Ökologie und Soziales. Ein besonderer Entwicklungsschwerpunkt im Jahr 2017 war die Sicherung der beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Umsetzung des kommunalen Teilhabeplanes. Als zuverlässiger und kompetenter Partner der Stadt Brandenburg an der Havel beteiligt sich die BAS an Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen zur regionalen Strukturentwicklung in Verknüpfung mit Arbeitsförderung.

Die Rahmenbedingungen werden weitestgehend durch die gesetzlichen Vorgaben nach dem SGB II und III, durch Vorschriften des ESF (Europäischer Sozialfonds), des Landesprogrammes „Gute Arbeit für alle“ sowie durch Fördervoraussetzungen anderer Zuwendungsgeber determiniert.

Auch bei der verbesserten Lage auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt, der aktuell anziehenden Konjunktur und Diskussionen um den Fachkräftemangel gilt das Bild vom „zweigespaltenen Arbeitsmarkt“ weiter: einige Millionen Menschen in Deutschland sind derzeit ohne Arbeit, gelten als arm oder sind von Armut bedroht und dies häufig schon über längere Zeiträume.

Der Rückgang der geförderten Beschäftigung schwächt die Integrations- und Teilhabechancen der betroffenen Menschen und führt auch zu erheblichen Auswirkungen auf die regionale Kaufkraft.

Mit der insgesamt positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt im Jahr 2017 ist auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Brandenburg an der Havel weiter gesunken. Die Langzeitarbeitslosigkeit verbleibt trotzdem auf hohem Niveau.

	Dezember 2015	Dezember 2016	Dezember 2017	Veränderung zum Dezember 2016
Arbeitslose Personen	4.336	3.798	3.476	-8,5%
dar. ALG II Empfänger	3.636	3.134	2.632	-16,0%
dar. Langzeitarbeitslose	2.106	1.702	1.406	-17,4%
dar. Jüngere unter 25 Jahre	265	308	280	-9,1%

Im Einsatz für Tätigkeiten der kommunalen und sozialen Daseinsvorsorge können Langzeitarbeitslose gesellschaftlich integriert werden und ihre Leistungen und Ergebnisse kommen dem regionalen Gemeinwohl zugute.

Im Jahr 2017 hat sich die BAS auf die Umsetzung der folgenden Aufgabenfelder konzentriert: Öffentlich geförderte Beschäftigung und Qualifizierung, sozialpädagogische Betreuung, soziale Arbeitsplätze sowie kommunal orientierte ESF-Projekte, die Unterstützung kommunaler Entwicklungsstrategien, der Programmsteuerung kommunaler ESF-Projekte, die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen für mehrfach benachteiligte Personengruppen und einer Erreichung von Mehrwerten für das Gemeinwesen.

Die Erlöse aus Zuschüssen im ideellen Bereich der Gesellschaft konnten im Jahr 2017 aufgrund der im Jahr 2015 gewonnenen Ausschreibungen drei ESF-Projekte und der Umsetzung des Inklusionsprojekt Marienberg um 28% gesteigert werden.

Die Aufwandseite wird zu 75% (2016: 74%) durch den Personalaufwand bestimmt. Die Personalaufwandsquote ist mit 78% (2016: 77%) geringfügig gestiegen und damit branchenüblich hoch. Am Jahresende waren neben den sechs MitarbeiterInnen im Stammpersonal weitere neun MitarbeiterInnen im Inklusionsprojekt Marienberg unbefristet beschäftigt.

Die BAS wurde im Jahr 2016 beauftragt, ein Nachnutzungskonzept für das größte städtische BUGA-Areal, den Marienberg, zu erstellen. Schwerpunkt war es, für schwerbehinderte Menschen dauerhafte Arbeitsplätze in der Pflege und Bewirtschaftung des Marienberges anzubieten. Auf der Basis dieses Konzeptes hat die Stadt Brandenburg an der Havel der BAS GmbH folgende Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ab 01.01.2017 übertragen:

- Betreuung des in Brandenburg an der Havel befindlichen Gartendenkmals Marienberg mit der Freilichtbühne und dem Aussichtsturm Friedenswarte
- Förderung der touristischen Vermarktung des Gartendenkmals Marienberg
- Betreuung des Gartendenkmals Marienberg als Freizeit- und Bürgerpark
- Betreuung des Gartendenkmals Marienberg als Naherholungsgebiet für die Bevölkerung
- Organisation und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen auf dem Gelände des Gartendenkmals
- Betreuung des Aussichtsturmes Friedenswarte
- Förderung von Volks- und Berufsbildung, Heimatkunde und Heimatpflege, Kunst und Kultur, Denkmalschutz und Denkmalpflege, Landschaftspflege und Umweltschutz

Mit dem Aufbau dieses neuen Bereiches in der BAS und der verfolgten Strategie der Personalbesetzung konnte auch das Ziel, die Anforderungen des Integrationsamtes zur Anerkennung als Inklusionsprojekt zu sichern, erfüllt werden. Die Stadt stellte für diese Aufgabenwahrnehmung neben dem Betriebskostenzuschuss in Höhe 234 T€ einen Zuschuss in Höhe von 385 T€ bereit.

Die Bilanzsumme der BAS GmbH hat sich von 916 T€ im Vorjahr auf 1.128 T€ durch das gestiegene Anlagevermögen erhöht.

Die Vermögenslage der BAS GmbH ist zu 62% (2016: 66%) durch die liquiden Mittel gekennzeichnet. Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich stichtagsbedingt gegenüber dem

Vorjahr um 93 T€ erhöht. Die Liquidität 3. Grades beträgt 191% (2016: 216%). Obwohl dies nur ein Stichtagswert ist und mit dieser Kennzahl keine sichere Aussage zur Liquiditätsentwicklung getroffen werden kann, bleibt festzustellen, dass die Liquiditätslage der Gesellschaft stabil ist und die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr jederzeit gegeben war.

Die Anlagenintensität beträgt 25% (2016: 14%) und ist damit gestiegen. Der Anlagendeckungsgrad in Höhe von 151% zeigt, dass das Anlagevermögen der Gesellschaft durch langfristiges Kapital vollständig und daneben auch das Umlaufvermögen teilweise gedeckt ist.

Die Passiva enthalten überwiegend Eigenkapital, Verbindlichkeiten und Rückstellungen. Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt inklusive Sonderposten 53,2% (2016: 47,9%).

Die Investitionen über insgesamt 215 T€ (2016: 22,9 T€) erstreckten sich im Geschäftsjahr 2017 vorwiegend auf Ausstattungsgegenstände für das Team Marienberg, insbesondere die Anschaffung eines neuen Multimobils mit Anhänger und Aufbauten, Mähmaschinen (91 T€), Ausstattungen für die Betreuung der Freilichtbühne (45 T€), die Erstellung der Homepage für den Marienberg (4 T€) sowie die Errichtung der Sanitärcontainer auf dem Marienberg (39 T€).

Die Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV zeigen, dass die Gesellschaft einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 32 T€ (2016: 18,2 T€) zu verzeichnen hatte. Die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr war jederzeit gegeben. Eine Aufnahme von Krediten war nicht erforderlich, was die niedrige Zinsaufwandsquote in Höhe von 0,14% zeigt. Zinsen sind nur im Zusammenhang mit der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen angefallen.

Die BAS ist als Träger nach dem Recht der Arbeitsförderung bis 05.03.2020 zugelassen. In einem jährlichen Überwachungsaudit wird die Einhaltung der Anforderungen überprüft und die Zulassung durch ein Zertifikat bestätigt. Für das Jahr 2016 und auch bereits für das Jahr 2017 ist diese Zulassung erteilt worden.

---

### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

---

Die Unternehmensziele der BAS GmbH orientieren sich an der Wahrnehmung der kommunalen und sozialen Daseinsfürsorge sowie den beschäftigungspolitischen Leitlinien der Stadt. Sie sind auf die selbstlose Unterstützung von Personen gerichtet, die durch die Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt hilfebedürftig sind. Die Unterstützungsleistungen umfassen sozialpädagogische Betreuung, Beratung, Orientierung, Qualifizierung und Beschäftigung sowie die zügige Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt. Die nachhaltige Verringerung von Arbeitslosigkeit, die Erschließung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten zur Regionalentwicklung, die Flankierung des demografischen Wandels und die Herausforderungen der Flüchtlingskrise sind weitere flankierende Ziele.

Mit den verschiedensten Beschäftigungsmaßnahmen werden Beiträge zur kommunalen Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung in den Bereichen Ökologie/Umwelt und Tourismus sowie zur Stabilisierung und Unterstützung sozialer Dienstleistungen erbracht.

Zur Umsetzung dieser ergebnis- und produktorientierten Ausrichtung auf regional strukturwirksame gemeinwohlorientierte Ziele werden Langzeitarbeitslose im Rahmen von

Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen eingesetzt. Im Rahmen der Projektarbeit wird auf eine beruflich qualifizierende und integrationsfördernde Personalentwicklung abgezielt.

Das größte und bestandsgefährdende Risiko für das Unternehmen wird in der hohen Abhängigkeit von politischen Entscheidungen und den damit in der Regel einhergehenden kurzfristigen Unwägbarkeiten der finanziellen Ausgestaltung gesehen.

Die BAS GmbH wird ihre Kernkompetenz weiterhin auf drei Bereiche orientieren:

1. Einbindung und Verzahnung öffentlich geförderter Beschäftigung in kommunale und soziale Infrastruktur sowie Gestaltung kommunaler Netzwerkarbeit
2. Fördermittelmanagement bei regionalen Förder- und Beschäftigungsprogrammen
3. „Sozialbetrieb“ zur Beschäftigung Langzeitarbeitsloser im Schwerpunkt „Saubere Stadt“

Diese Ausrichtung, die alle Unternehmensbereiche betrifft, hat bereits zu einer Verkleinerung des Unternehmens geführt, ermöglicht aber weiterhin ein flexibles Reagieren auf Marktentwicklungen oder Anforderungen der Kommune.

Mit der Betrauung zur Bewirtschaftung und Nachnutzung des Bürgerparks und Gartendenkmal Marienberg und dem Inklusionsprojekt ist ein Bereich mit einer langfristigen Arbeitsaufgabe aufgebaut worden. Hier eröffnen sich für die Zukunft weitere Entwicklungs- und Stabilisierungspotentiale. Auf dieser Basis können zukünftig weitere gemeinnützige Geschäftsfelder eröffnet werden. Hierzu gehören insbesondere Geschäftsaktivitäten im Bereich Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege gemäß § 52 Nr. 8 AO (Abgabenordnung), die Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege gemäß § 52 Nr. 6 AO und Förderung der Kunst und Kultur gemäß § 52 Nr. 5 AO. Hierdurch werden sich auch entsprechende Veränderungen in der BAS ergeben, die den langfristigen Fortbestand des Unternehmens sicherstellen sollen.

Für die personelle und materielle Basisfinanzierung stellt die Stadt weiterhin einen Betriebskostenzuschuss bereit, um ihrer kommunalen und sozialen Daseinsvorsorge auch bei abnehmenden Zuschüssen gerecht zu werden.

### Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Ifd. Betriebskostenzuschuss (BKZ) 234 T€ zuz. BKZ Marienberg 385 T€ (Verbrauch 356 T€), Jobcenter 407 T€ (ca. 50% der Gesamterlöse des Jobcenter), 129 T€ Sach- u. Personalkostenzuschüsse für Projekte (Begleitservice u.a.), 148 T€ Quartiersmanagement und Koordinierung Bürgerhaus Hohenstücken, 140 T€ Dienstleistungen für die Stadt

**Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft**

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<u>Aktivseite</u>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>144</b>	<b>126</b>	<b>283</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	5
II. Sachanlagen	144	126	278
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>767</b>	<b>779</b>	<b>834</b>
I. Vorräte	2	1	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	314	173	135
III. Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	451	605	699
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>11</b>	<b>11</b>	<b>11</b>
<u>Passivseite</u>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>336</b>	<b>336</b>	<b>336</b>
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklagen	286	286	286
III. Gewinnrücklagen	25	25	25
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
<b>B. SoPo aus Zuschüssen zum Anlagevermögen</b>	<b>131</b>	<b>103</b>	<b>264</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>207</b>	<b>214</b>	<b>195</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>248</b>	<b>262</b>	<b>332</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>922</b>	<b>916</b>	<b>1.128</b>

**Ertragslage der Gesellschaft**

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	1.495	1.543	1.892
2. Sonstige betriebliche Erträge	74	47	61
3. Materialaufwand	0	0	-1
4. Personalaufwand	-1.181	-1.182	-1.472
5. Abschreibungen	-33	-41	-57
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-360	-360	-412
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	0	0
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-7	-5	-3
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	-7
<b>10. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>2</b>
11. Sonstige Steuern	-2	-1	-2
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

## III.2.6 PEK Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH

---

### Geschäftsbereich

---

Verwertung und Verwaltung von Grundstücken

---

### Firmensitz

---

Friedrich-Franz-Str. 19  
14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: 03381 - 38 10 01

---

### Gründung

---

Die PEK (Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH) wurde im Jahre 1992 unter anderem Namen und mit anderem Gesellschaftszweck gegründet. Am 29. April 1993 hat die Generalversammlung die Änderung der Firma in „Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH“ und die Neufassung des Gesellschaftsvertrages beschlossen.

Mit dem Geschäftsanteilskauf- und -abtretungsvertrag vom 30. Juni 2003 (UR-Nr. CS 130/2003 des Notars Christian Steinke, Berlin) hat die Stadt Brandenburg an der Havel den einzigen Geschäftsanteil an der PEK GmbH mit Wirkung zum 01. Januar 2003 erworben.

Die PEK GmbH ist im Handelsregister (HRB 6777) beim Amtsgericht Potsdam eingetragen.

---

### Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital                      25.600,00 €

Stadt Brandenburg an der Havel    100%

---

### Unterbeteiligungen

---

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

---

### Gesellschaftsvertrag

---

Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 11. Juli 2003.

---

### Organe der Gesellschaft

---

- *Geschäftsführung*

Hans-Joachim Freund

Der Geschäftsführer ist ehrenamtlich tätig.

---



- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nahm bis September 2017 Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr. Nach der Wahl in den Bundestag nahm der Hauptverwaltungsbeamte der Stadt Brandenburg an der Havel Bürgermeister Herr Steffen Scheller die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wahr.

---

**Gegenstand / Öffentlicher Zweck**

---

Das Unternehmen war mit der Verwertung und Verwaltung von Grundstücken im Wohn- und Gewerbegebiet Brandenburg an der Havel - Kirchmöser und angrenzenden Flächen betraut, insbesondere die die Stadt Brandenburg an der Havel vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) erworben hat. Nach der Übertragung der Immobilienverwaltung an den Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel ist somit die Geschäftsgrundlage der Gesellschaft entfallen und die Gesellschaft seit 01.01.2011 ohne Personal – und nur durch den Geschäftsführer vertreten. Nach dem Wegfall der Verwaltungstätigkeit wurde am 29. März 2017 von der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel (Vorlagen-Nr. 046/2017) eine Entscheidung über die Fortführung der PEK getroffen. Die Gesellschaft wurde mit Wirkung zum 01. Januar 2018 mit der Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH verschmolzen. Der abzuschließende Verschmelzungsvertrag wurde am 18. August 2018 notariell beurkundet.

---

**Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft**


---

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	0,00%	0,00%	0,00%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	53%	86%	84%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 €	0 €	0 €
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	0%	0%	0%
Zinsaufwandquote	0,00%	0,00%	0,00%
Liquidität 3. Grades	212%	700%	613%
Cashflow	8 T€	6 T€	-3 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	17%	15%	-15%
Umsatz	0 T€	0 T€	0 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	8 T€	6 T€	-5 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	0%	0%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

---

**Lagebericht der Gesellschaft**


---

Die Gesellschaft war Dienstleister der 100 %igen Eigentümerin Stadt Brandenburg an der Havel im Ortsteil Kirchmöser und hatte im Rahmen des Verwaltervertrages bis im Jahre 2010 für die am 01.01.2003 vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) übernommenen Flächen (ca. 400 ha zzgl. ca. 10 ha ehemalige NVA-Flächen an der Uferstraße abzüglich zwischenzeitlicher Verkäufe) die Betreuung sowie die Verkehrssicherungspflicht wahrgenommen.

Die Verwaltung der noch nicht veräußerten und verwalteten Immobilienbestände der Stadt Brandenburg an der Havel, die Freiflächen, die Garten- und Pachtgrundstücke wurden zum Jahresende 2010 dem Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel zugeordnet.

Ferner führte die Gesellschaft für die Gesellschafterin die Fördermaßnahme „Regionalmanagement der Stadt Brandenburg für das bahnaffine Gewerbe“ gegen Erstattung aller Kosten in 2011 fort. Ende August 2011 wurde diese Fördermaßnahme endgültig von der Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel eingestellt.

Mit der Kündigung des Verwaltervertrages zum 31.12.2010 ist die wesentliche Geschäftsgrundlage der Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH zum Jahresende 2010 weggefallen. Die GmbH wird seit 01.01.2011 ohne Personal - und nur durch den Geschäftsführer vertreten. Seit dem Wegfall der Geschäftsgrundlage erzielt die Gesellschaft keine eigenen operativen Erträge mehr, jedoch fallen weiterhin betriebliche Aufwendungen an.

---

### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

---

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel wurde am 29. März 2017 die Verschmelzung der Gesellschaft mit der Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH mit Wirkung zum 01.01.2018 beschlossen (Vorlagen-Nr. 046/2017).

Am 06.03.2018 beschloss die Gesellschafterversammlung der PEK auf der Grundlage des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung die Verschmelzung der PEK mit der TGZ GmbH mit Wirkung zum 1. Januar 2018.

---

### **Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt**

---

<b>Nr.</b>	<b>Wirtschaftsjahr</b>	<b>Kurzbeschreibung</b>
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

## Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	0	0	0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	0	0	0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	48	36	32
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1	2	0
III. Kassenbestand, Guthaben	47	34	31
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	0	0	0
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	26	31	27
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-8	0	6
IV. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	8	6	-5
<b>B. Rückstellungen</b>	4	4	3
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	19	1	2
<b>Bilanzsumme</b>	48	36	32

## Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	0	0	0
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	17	14	0
4. Materialaufwand	0	0	0
5. Personalaufwand	0	0	0
6. Abschreibungen	0	0	0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9	-9	-5
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
<b>10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	8	6	-5
11. Sonstige Steuern	0	0	0
<b>12. Jahresergebnis</b>	8	6	-5

## III.3

# Beteiligungs- gesellschaften

### III.3.1 Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH

---

#### Geschäftsbereich

---

Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

---

#### Firmensitz

---

Friedrich-Franz-Str. 19  
14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: 03381 - 38 10 01

Telefax: 03381 - 38 10 02

E-mail: info@tgz-brb.de

Internet: www.tgz-brb.de

---

#### Gründung

---

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ) wurde am 31.01.1995 gegründet. Sie ist Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte unter HRB 8845 P am 29.11.1995 beim Amtsgericht Potsdam.

---

#### Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital 51.129,19 €

<b>Beteiligungsverhältnisse 2017</b>		
	<b>EUR</b>	<b>%</b>
Stadt Brandenburg an der Havel	49.084,02	96
ATLAS Informationssysteme GmbH	1.533,88	3
HIB Hoch- und Ingenieurbau GmbH	511,29	1

---

#### Unterbeteiligungen

---

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

---

#### Gesellschaftsvertrag

---

Der Gesellschaftsvertrages in der derzeit gültigen Fassung ist datiert vom 12.08.1997.

---

## Organe der Gesellschaft

---

- *Geschäftsführung*

Hans-Joachim Freund

Der Geschäftsführer ist ehrenamtlich tätig.

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Mehrheitsgesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung ist Bürgermeister Herr Steffen Scheller.

Im Jahr 2017 fand eine Gesellschafterversammlung statt.

- *Beirat*

### Beiratsmitglieder 2017

<b>Beiratsvorsitzender</b>	Herr Rainer Schmidt (Heidelberger Druckmaschinen AG)
<b>weitere Mitglieder</b>	Frau Anne Slonina (Creditreform Brandenburg)
	Herr Peter Effenberger (ZAB Zukunftsagentur Brandenburg)
	Frau Kathrin Fredrich (IHK Potsdam, Regionalcenter Brandenburg an der Havel)
	Herr Ingo Borkenhagen (Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam)
	Frau Monika Obuch (Agentur für Arbeit Brandenburg)
	Herr Jirka Rau (IAT Rudolphi & Rau GmbH)
	Herr Michael Burg (Handwerkskammer Potsdam)
	Herr Jörg Kotlowski (BBV Baustahl- und Blechverarbeitungsgesellschaft Kirchmöser)
	Herr Jan Güldenpfennig (E.DIS AG)
	Frau Susanne Resech (ZF Friedrichshafen AG)
	Herr Thomas Schulik (Knauf & Schulik Steuerberatungsgesellschaft mbH)
	Frau Diana Rosenthal (Technische Hochschule Brandenburg)
	Frau Katrin Kramm (netPR Strategisches City- & Immobilienmarketing)
	Frau Barbara Mangelsdorff (Betriebsberatung)

Im Berichtszeitraum fanden zwei Beiratssitzungen statt.

---

## Gegenstand

---

Unternehmensgegenstand ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages die Förderung der regionalen Wirtschaft durch die Unterstützung aller innovativen und technologieorientierten Unternehmen sowie Existenzgründer, insbesondere durch die Unterstützung des Technologietransfers auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung.

Insbesondere sollen dabei Unternehmen Berücksichtigung finden, die auf dem Gebiet der Forschung sowie der Dienstleistungen u. a. schwerpunktmäßig Themen des Umweltschutzes oder der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) arbeiten.

Dazu vermietet oder verpachtet die Gesellschaft kostengünstig Geschäfts- und Gewerberäume, Büro- und Betriebseinrichtungen und anderes Anlagevermögen an zu errichtende oder bereits bestehende Unternehmen, um zunächst deren Ansiedlung zu erleichtern sowie erbringt und vermittelt kostengünstig Dienst-, Beratungs- und Bildungsleistungen.

Damit soll die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur im Raum Brandenburg durch die Ansiedlung von technologieorientierten Unternehmen und die Unterstützung der bestehenden Betriebe durch diese Unternehmen gefördert werden.

Die Gesellschaft ist in diesem Sinne auch als Mittler zwischen Wirtschaft und Wissenschaft tätig und fördert durch Information, Beratung und Vermittlung von Kontakten den Technologietransfer.

---

### Öffentlicher Zweck

---

Die unter dem Begriff „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung der Wirtschaftsförderung.

---

### Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

---

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	55%	46%	46%
Eigenkapitalquote (ohne SoPo)	11%	10%	12%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	26%	29%	34%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	90%	87%	88%
Cashflow	18 T€	19 T€	20 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	459 T€	476 T€	512 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	0
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	36%	35%	32%
Anzahl der Mitarbeiter	4	6	6



---

### **Lagebericht der Gesellschaft**

---

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ GmbH) leistete im Jahr 2017 durch die Ansiedlung von Firmen im Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel (TGZ) im Rahmen der Entwicklung zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur im Entwicklungsraum Westbrandenburg wieder einen wesentlichen Beitrag. Das TGZ suchte aufgrund der räumlichen Nähe die Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Brandenburg und der örtlichen Wirtschaftsförderung. Schwerpunkte sind u. a. die Vermietung an Existenzgründer für einen zeitlich beschränkten Zeitraum, die Anwendung des Förderprogramms „Studenten im TGZ“ (StuTZ), sowie die Förderung von Ansiedlungen von bereits bestehenden Unternehmen.

Die TGZ GmbH ist seit 19 Jahren Mitglied in der Dachorganisation der Technologie- und Gründerzentren im Land Brandenburg (TGB e.V.) und gehört zu den 18 Technologie- und Gründerzentren, die mit ihrer Vereinsarbeit zusammen mit der Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB) Existenzgründern und innovativen Unternehmen aktive Unterstützung geben.

Insgesamt sind per 31.12.2017 im TGZ 48 Firmen (2016: 43) angesiedelt, davon sind 16 Firmen (2015: 15) im technologieorientierten Bereich tätig. Im TGZ arbeiten ca. 250 Menschen. Die Auslastung der vermietbaren Flächen betrug im Jahr 2017 durchschnittlich 75% (2016: 68%), davon sind fünf Unternehmen Existenzgründer. An die Stadt Brandenburg an der Havel wurden an die Fachgruppe Wirtschaftsförderung 212 m<sup>2</sup>, an den Fachbereich Personal, Schule, Sport und Kultur 565 m<sup>2</sup> sowie an die Zulassungsstelle 402 m<sup>2</sup> vermietet. Die Vermietung an die FG Wirtschaftsförderung ist als wirtschaftlicher Vorteil zu sehen, da dadurch umfangreiche Synergieeffekte in der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort erreicht werden.

Seit dem 01.03.2009 ist die TGZ GmbH Träger des Lotsendienstes der Stadt Brandenburg an der Havel. Im Jahr 2017 wurden neun Development Center (DC) (2016: 8) mit unterschiedlichen Durchführungszeiten (2-4 Tage) durchgeführt, in denen die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Gründungsvorhabens und die Gründerpersönlichkeit der Gründungswilligen einer eingehenden Prüfung unterzogen und für die Phase nach der Gründung Berater beiseite gestellt wurden.

Die Gesellschafteranteile haben sich im Berichtsjahr geändert. Die Stadt Brandenburg an der Havel ist seit September 2017 mit 96% Hauptgesellschafter und zwei weitere Unternehmen sind an der TGZ GmbH beteiligt. Auf der Grundlage des bestehenden Betreibervertrages mit der Stadt Brandenburg an der Havel erhält die TGZ GmbH jährlich Zuwendungen. Im Gegenzug erhielt die Stadt Brandenburg an der Havel im Laufe des Geschäftsjahres Mietzahlungen in annähernd gleicher Höhe von der TGZ GmbH.

### Ertragslage

Die TGZ GmbH weist für das Geschäftsjahr 2017 ein Jahresergebnis von 0 T€ aus, welches sich wie folgt errechnet:

	T€
Betriebsleistung	739
Betriebsaufwendungen	788
Betriebsergebnis	-49
Finanzergebnis	0
Periodenfremdes und Neutrales Ergebnis	49
Jahresergebnis	0

Die Betriebsleistung ergibt sich mit 479 T€ aus Umsatzerlösen und mit 242 T€ aus sonstigen betrieblichen Erträgen; im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Betriebserträge aufgrund der höheren Auslastung der vermieteten Flächen leicht erhöht.

Die Betriebsaufwendungen resultieren mit 577 T€ (2016: 547 T€) im Wesentlichen aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die sich im Vergleich zum Vorjahr hauptsächlich aufgrund erhöhter Honorare im Zusammenhang mit der Durchführung der Projekte um 30 T€ erhöht haben.

Das neutrale Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus periodenfremden Aufwendungen und Erträgen.

### Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2017 insgesamt 438 T€ (2016: 493 T€). Davon entfällt auf das Anlagevermögen 201 T€. Das Anlagevermögen wird zu 95% durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt. Das Umlaufvermögen von 232 T€ besteht mit 184 T€ im Wesentlichen aus liquiden Mitteln. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse am 31.12.2017 174 T€ (2016: 183 T€). Die Eigenkapitalausstattung beträgt 40% (2016: 37%). Das Fremdkapital beträgt 263 T€ und betrifft überwiegend kurzfristig fällige Verbindlichkeiten.

Die Investitionen des Jahres 2017 belaufen sich auf insgesamt 19,6 T€.

---

### Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Chancen der TGZ GmbH werden darin gesehen, dass weitere Projekte zur Förderung von Existenzgründungen durchgeführt werden. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, den Bekanntheitsgrad zu steigern und somit neue Mieter für das TGZ Brandenburg an der Havel zu akquirieren.

Bestandsgefährdende oder die Entwicklung beeinträchtigende Risiken waren 2017 nicht zu verzeichnen. Zu beachten ist, dass die TGZ GmbH aus dem laufenden Geschäft heraus keine größeren Investitionen in die Instandhaltung des Gebäudes erwirtschaften kann. Hierzu sind regelmäßig Investitionszuschüsse zu beantragen. Das Ergebnis wird zukünftig in den nächsten

Jahren dadurch beeinflusst, ob die Auslastung der vermieteten Flächen noch weiter gesteigert werden kann.

Die künftige Entwicklung der TGZ GmbH hängt unverändert von der Auslastung der vermieteten Flächen ab.

Die notwendigen wirtschaftsfördernden Maßnahmen sind in der kurz- und mittelfristigen Haushaltsplanung der Stadt Brandenburg an der Havel eingestellt; die Fortführung der Geschäftstätigkeit ist nachhaltig sichergestellt.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel wurde am 29. März 2017 die Verschmelzung der Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH (Vorlagen-Nr. 046/2017) auf die TGZ GmbH beschlossen und zum 01.01.2018 wirksam.

Mit Notarvertrag vom 4. September 2017 wurden von 12 Gesellschaftern die Geschäftsanteile an die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen. Die übrigen Anteile von zwei privaten Gesellschaftern wurden mit Notarvertrag vom 31.05.2018 von der Stadt Brandenburg an der Havel übernommen. Die Stadt Brandenburg an der Havel hält somit ab dem Geschäftsjahr 2018 100% der Beteiligung an der TGZ GmbH.

#### Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>Der Betreibervertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel ist bis zum 31. Dezember 2019 geschlossen. Der Betreibervertrag verlängert sich jeweils um weitere zwei Jahre, wenn er nicht ein halbes Jahr vor Vertragsablauf schriftlich gekündigt wird. Eine Kündigung des Betreibervertrages ist nicht vorgesehen. Die TGZ GmbH erhält von der Stadt Brandenburg an der Havel notwendige Zuschüsse im Sinne einer wirtschaftsfördernden Maßnahmen in Höhe von 115.000 € pro Jahr sowie einen investiven Zuschuss in Höhe von 20.000 € pro Jahr. Im Wirtschaftsjahr 2017 wurde von dem erhaltenen Zuschuss für wirtschaftsfördernde Maßnahmen 69.297,59 € zum Ausgleich der die Erträge übersteigenden Aufwendungen verwendet. Der nicht verbrauchte Zuschuss 2017 wurde in den Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin ausgewiesen.</p> <p>Außerdem besteht zwischen der Stadt und dem TGZ ein Mietvertrag. Die TGZ GmbH zahlte Mieten für das Gebäude und Stellflächen im Geschäftsjahr 2017: 153.073,87, 2016: 139.011,91 €, 2015: 136.157,74 €, 2014:143.320,87 €, 2013: 148.937,18 €, in 2012: 154.905,02 € und in 2011: 160.519,77 €.</p> <p>Umgekehrt besteht ein Mietvertrag der TGZ GmbH mit dem Gebäude- und Liegenschaftsmanagement über Räume für das Schulamt, der Fachgruppe Wirtschaftsförderung und seit 2010 auch für die Kfz-Zulassungstelle.</p> <p>Zwischen der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH und der TGZ GmbH besteht seit 18. September 2001 eine Dienstleistungsvereinbarung. Im Rahmen dieser Vereinbarung erstellt die TWB die Wirtschaftspläne und die Quartalsberichte für das TGZ.</p> <p>Seit 01.03.2009 ist die TGZ GmbH Träger des Lotsendienstes.</p>

## Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>245</b>	<b>228</b>	<b>201</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	245	228	201
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>198</b>	<b>259</b>	<b>232</b>
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	66	65	48
II. Kassenbestand, Guthaben	131	194	184
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>5</b>
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>51</b>	<b>51</b>	<b>51</b>
I. Gezeichnetes Kapital	51	51	51
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschuss</b>	<b>143</b>	<b>132</b>	<b>123</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>85</b>	<b>67</b>	<b>60</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>167</b>	<b>242</b>	<b>199</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>5</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>448</b>	<b>493</b>	<b>438</b>

## Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	459	476	512
2. Sonstige betriebliche Erträge	262	289	279
3. Materialaufwand	0	0	0
4. Personalaufwand	-167	-165	-164
5. Abschreibungen	-40	-45	-47
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-515	-550	-580
7. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	1	0	0
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
<b>10. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>0</b>	<b>4</b>	<b>0</b>
11. Sonstige Steuern	0	-4	0
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

## III.3.2 MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH

---

### Geschäftsbereich

---

Abfallentsorgung

---

### Firmensitz

---

August-Sonntag-Straße 3  
14770 Brandenburg an der Havel  
Tel.: 03381/ 323 700  
Fax: 03381/ 323 725  
E-Mail: info@mebra-mbh.de  
Internet: www.mebra-mbh.de

---

### Gründung

---

Nach der Übertragung der VEB Stadtwirtschaft in kommunales Eigentum wurde am 6.11.1990 die Brandenburgische Entsorgungsgesellschaft mbH (BEG) gegründet.

Mit der Abtretung von 50% der Geschäftsanteile an die Firma Rethmann Entsorgungswirtschaft am 05.03.1991 wurde die Firmierung in Rethmann-Brandenburger Entsorgungswirtschaft mbH geändert (notarielle Urkunde des Notars von Oppeln-Brunikowski, Berlin, UR-Nr. 107/1991).

Die Änderung des Firmennamens erfolgte durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 26.08.2004 in Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH (MEBRA).

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 1267 eingetragen.

---

### Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital 30.000 €

Gesellschafter sind die Stadt Brandenburg an der Havel, der Landkreis Potsdam-Mittelmark und die REMONDIS GmbH & Co.KG.

Beteiligungsverhältnisse		
zu	51%	die Stadt Brandenburg an der Havel
zu	48%	die REMONDIS GmbH & Co. KG
zu	1%	der Landkreis Potsdam-Mittelmark

---

### Unterbeteiligungen

---

Die MEBRA ist zu 100% an der Recyclingpark Brandenburg GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Recyclingpark GmbH beträgt 1.000.000 €.

---

### Gesellschaftsvertrag

---

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Datum vom 5. März 1991 notariell beurkundet. Am 17.01.2003 erfolgte die notarielle Beurkundung des neuen Gesellschaftsvertrages und die Änderung der Gesellschafteranteile.

Danach hat die Stadt Brandenburg an der Havel 51%, die REMONDIS GmbH & Co. KG – Region Ost 48% und der Landkreis Potsdam Mittelmark 1%. Des Weiteren hat die Gesellschafterversammlung vom 26.08.2004 die Änderung des Gesellschaftsvertrages im § 1 Abs. 1 (Firmenname neu: Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH) beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 22. September 2004.

---

### Organe der Gesellschaft

---

- *Geschäftsführung*

Thomas Schiefelbein (bis 31.12.2017)

Holger Ulbricht

- *Gesellschafterversammlung*

<b>Mitglieder der Gesellschafterversammlung in 2017:</b>	
<b>Name</b>	<b>für</b>
Herr Detlef Reckow	Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Dr. Sven Heincke	REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Ost
Herr Norbert Gehricke	Landkreis Potsdam-Mittelmark

Im Berichtsjahr fand eine ordentliche Gesellschafterversammlung statt.

- *Beirat*

<b>Beiratsmitglieder 2017</b>	
<b>Beiratsvorsitz</b>	Herr Detlef Reckow
<b>Stellvertreter</b>	Herr Dr. Sven Heincke
<b>weitere Mitglieder</b>	Herr Manfred Otto
	Herr Dr. Henning Gehm
	Herr Norbert Gehricke
	Herr Carsten Eichmüller

Im Berichtsjahr haben zwei Beiratssitzungen stattgefunden.

---

### **Gegenstand**

---

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag das Sammeln und Deponieren von Hausmüll und hausmüllähnlichem Gewerbemüll, Fäkalienabfuhr, Sperrmüllabfuhr und Containerdienste sowie Wertstoffeffassung im Sinne von § 1 Abs. 1 Abfallentsorgungsgesetz sowie die Übernahme artverwandter Dienstleistungen.

Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH ist ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb. Das Einsatzgebiet erstreckt sich in der Stadt Brandenburg an der Havel sowie in Bereichen des Landkreises Potsdam-Mittelmark und anderen Landkreisen des Landes Brandenburg. Weiterhin wurde das Qualitätsmanagement nach DIN EN ISO 9001 eingeführt.

Die kommunale Entsorgung umfasst das Gebiet der Stadt Brandenburg an der Havel und des Landkreises Potsdam-Mittelmark.

---

### **Öffentlicher Zweck**

---

Gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes vom 06.06.1997 sind kreisfreie Städte öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes. Sie erfüllen diese Aufgabe als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe. Im Rahmen der Erfüllung dieser Entsorgungsaufgabe bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH. Die Bedingungen sind im Deponiebewirtschaftungsvertrag und dem Abfallentsorgungsvertrag festgehalten.

Mit der Tochter Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH wird die MEBRA verstärkt in der Aufbereitung von Abfällen und der Vermarktung der wieder gewonnenen Stoffe tätig.

**Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft**

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	43%	42%	39%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	69%	68%	66%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	191%	163%	171%
Zinsaufwandquote	0,3%	0,3%	0,2%
Liquidität 3. Grades	180%	179%	245%
Cashflow	-10 T€	1.073 T€	1578,7 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	6%	8%
Umsatz	6.649 T€	7.567 T€	8.711 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-48 T€	415 T€	657 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	26%	24%	23%
Anzahl der Mitarbeiter	62	62	69

**Lagebericht der Gesellschaft**

Die Umsatzerlöse der MEBRA setzen sich im Wesentlichen aus Leistungen in den Bereichen Entsorgung im gewerblichen Bereich, aus der Sammlung und Vermarktung von Wertstoffen, Straßenreinigung und Winterdienst, aus Entsorgungsleistungen im Rahmen der Dualen Systeme sowie dem Betrieb des Wertstoffhofes zusammen.

Die im Berichtsjahr erzielten Umsätze in Höhe von 8.711,0 T€ (2016: 7.566,9 T€) sind gegenüber dem Vorjahr um 1.144,1 T€ gestiegen. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus dem neuen Straßenreinigungs- und Winterdienstvertrag ab April 2016.



Des Weiteren wurden im gewerblichen Bereich einerseits durch Mengenmehrung aber auch Anpassung der Verwertungspreise an das gestiegene Marktniveau höhere Erlöse erzielt. Ab dem Berichtsjahr werden gemäß BilRUG die Mieterlöse unter den Umsatzerlösen ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge von 203,5 T€ liegen auf dem Niveau des Vorjahres.

Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 680,3 T€ entsprechend zur Umsatzentwicklung auf 3.937,6 T€ gestiegen. Dabei erhöhten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 567,9 T€ im Wesentlichen aufgrund in Anspruch genommener Subunternehmerleistungen. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe stiegen um 112,4 T€ aufgrund höherer Kosten für den Einkauf von Wertstoffen.

Das Rohergebnis betrug 4.963,5 T€ (2016: 4.527,3 T€).

Die Personalaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 183,5 T€ und betragen 1.982,7 T€ (2016: 1.799,2 T€). Die Regelungen des Haustarifvertrages wirken sich positiv auf die Personalkosten aus. Die Erhöhung resultiert aus der Einstellung von zusätzlichem Personal sowie der Bildung von Rückstellungen für Personalaufwendungen vorrangig für die Jahressonderzahlung 2017.

Die Abschreibungen in Höhe von 739,2 T€ sind gegenüber dem Vorjahr (586,3 T€) aufgrund von geplanten Investitionen in Sachanlagen gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 1.705,6 T€ (2016: 1.913,1 T€) sanken um 207,5 T€. Die wesentlichen Einsparungen konnten bei den Kosten für Reparaturen und Instandhaltungen sowie Rechts- und Beratungskosten erzielt werden.

Durch den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH erzielte die Gesellschaft im Jahr 2017 Erträge aus der Ergebnisabführung in Höhe von 246,1 T€ (2016: 127,8 T€).

Somit weist die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH einen Jahresüberschuss in Höhe von 656,8 T€ (2016: 414,9 T€) aus.

#### Cashflow aus operativer Tätigkeit:

Für die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit standen im Berichtsjahr über den gesamten Berichtszeitraum ausreichend Mittel zur Verfügung. In Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 21 ergibt sich ein positiver Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.576,6 T€. Der Finanzmittelfonds am Ende der Berichtsperiode beträgt 3.557,7 T€. (davon Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten von 2.221,2 T€ sowie Forderungen aus dem Cash-Pool von T€ 1.336,5)

#### Cashflow aus Investitionstätigkeit:

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit nach Berücksichtigung der Erlöse aus Anlagenabgängen beträgt -838,1 T€. Im Berichtsjahr tätigte die Gesellschaft Investitionen in Höhe von 991,2 T€ (2016: 779,7 T€).

#### Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen 1.323,7 T€ (2016: 1.217,4 T€).

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit beträgt 84,2 T€. Er resultiert aus der Neuaufnahme von Darlehen sowie deren planmäßiger Tilgung.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Jahr 2017 auf 8.562,3 T€ (2016: 7.380,2 T€) erhöht.

Auf der Aktivseite der Bilanz steht ein um die getätigten Investitionen erhöhtes Sachanlagevermögen in Höhe von 2.197,2 T€. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände verringerten sich gegenüber dem Vorjahr stichtagsbedingt um 326,8 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz erhöhte sich das Eigenkapital um den Jahresüberschuss des Berichtsjahres in Höhe von 656,8 T€. Bezogen auf die Bilanzsumme ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 66% (2016: 68%).

Die Rückstellungen erhöhten sich um 182,8 T€ auf 627,3 T€.

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich auf 2.236,7 T€ (2016: 1.890,5 T€), wobei die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stichtagsbedingt anstiegen.

---

#### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

---

Hauptgeschäftsfelder der Gesellschaft sind Leistungen der Kreislauf- und Abfallwirtschaft. Diese umfassen im Wesentlichen die Sammlung und Verwertung von Gewerbeabfällen sowie das Einsammeln von Wertstoffen, deren Aufbereitung und Vermarktung sowie die schadlose Entsorgung von Abfällen.

Weitere Leistungen werden im Rahmen der Straßenreinigung und des Winterdienstes sowie der Dualen Systeme erbracht. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gesellschaft den kommunalen Wertstoffhof.

Neben der weiteren Anpassung der Kostenstruktur ist die deutliche stärkere Nutzung der vorhandenen Ressourcen in der MEBRA bzw. der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH das wesentliche Ziel in 2018. Die Erhöhung der Auslastung der Halle des Recyclingparks durch weitere Umsätze im Bereich Umschlag, Lagerfläche bzw. Recycling, die Erweiterung der Angebotspalette der Dienstleistungen des Wertstoffhofes und neue Geschäftsfelder im Bereich Dienstleistung durch die MEBRA können das Ergebnis in den nächsten Jahren weiter verbessern.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hatte den bis 31.03.2016 laufenden Vertrag zur Straßenreinigung und Winterdienst neu ausgeschrieben. Die MEBRA hatte sich an der Ausschreibung beteiligt. Im Rahmen des Vergabeverfahrens wurden alle drei Lose an die MEBRA vergeben. Durch den neuen Vertrag war eine deutlich verbesserte Ergebnissituation möglich.

Für 2018 sind Investitionen in Höhe von 824,0 T€ vorgesehen. Die Finanzierung soll aus eigenen Mitteln erfolgen. Die Umsatzerlöse sind für 2018 mit 8.557,8 T€ geplant.

Durch die geplante Anpassung der Genehmigungen für den Betrieb des Recyclingparks soll in der Tochtergesellschaft die Voraussetzung für weiteres Umsatzwachstum durch externe Aufträge und neue Mieter geschaffen werden, so dass die RPB langfristig positive Ergebnisse realisieren kann, die durch den Ergebnisabführungsvertrag von der MEBRA übernommen werden.

Unter Zugrundelegung der zuvor beschriebenen Annahmen wird auch im Jahr 2018 mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

### Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Gewinnübernahme in Höhe von 246,1 T€ durch Ergebnisabführungsvertrag mit der RPB GmbH.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

### Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>2.880</b>	<b>3.073</b>	<b>3.318</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	1.759	1.952	2.197
III. Finanzanlagen	1.121	1.121	1.121
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>3.748</b>	<b>4.298</b>	<b>5.236</b>
I. Vorräte	237	227	146
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.393	3.195	2.868
III. Kassenbestand, Guthaben	118	877	2.221
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>9</b>	<b>9</b>	<b>8</b>
<b>D. Aktive latente Steuern</b>	<b>52</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>6.690</b>	<b>7.380</b>	<b>8.562</b>
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>4.608</b>	<b>5.023</b>	<b>5.680</b>
I. Gezeichnetes Kapital	30	30	30
II. Andere Gewinnrücklagen	1.725	1.725	1.725
III. Gewinn-, Verlustvortrag	2.901	2.853	3.268
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-48	415	657
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>372</b>	<b>444</b>	<b>627</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>1.686</b>	<b>1.890</b>	<b>2.237</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>23</b>	<b>22</b>	<b>18</b>
<b>E. Passive latente Steuern</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>6.690</b>	<b>7.380</b>	<b>8.562</b>

**Ertragslage der Gesellschaft**

(Angaben in T€)				
GuV		2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse		6.649	7.567	8.711
2. Bestandsänderung an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		6	15	-13
3. Sonstige betriebliche Erträge		436	203	203
4. Materialaufwand		-2.772	-3.257	-3.938
5. Personalaufwand		-1.758	-1.799	-1.983
6. Abschreibungen		-521	-586	-739
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-1.917	-1.913	-1.706
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		0	128	246
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		64	71	32
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme		-193	0	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-22	-20	-21
<b>12. Ergebnis vor Steuern</b>		<b>-28</b>	<b>407</b>	<b>793</b>
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag		2	8	-136
14. Sonstige Steuern		-22	0	0
<b>15. Jahresergebnis</b>		<b>-48</b>	<b>415</b>	<b>657</b>

### III.3.2.1 Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH

---

#### Geschäftsbereich

---

Abfallbehandlung

---

#### Firmensitz

---

August-Sonntag-Straße 3  
14770 Brandenburg an der Havel  
Tel.: 03381/32 37 00  
Fax: 03381/32 37 31  
E-mail: recyclingpark-brandenburg@remondis.de

---

#### Gründung

---

Die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH wurde am 25.02.1994 gegründet.  
Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 7458 eingetragen.

---

#### Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital	1.000.000 €	
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH		100 %

---

#### Unterbeteiligungen

---

Die Gesellschaft ist an keinen weiteren Unternehmen beteiligt.

---

#### Gesellschaftsvertrag

---

Der gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 25. Februar 1994 in der zuletzt geänderten Fassung vom 17.01.2003.

---

#### Organe der Gesellschaft

---

- *Geschäftsführer*

Thomas Schiefelbein (bis 31.12.2017)

Holger Ulbricht

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.

Im Berichtsjahr wurden zwei Gesellschafterversammlungen durchgeführt.

---

- *Beirat*

Die Beiratsfunktion wird durch den Beirat des Mutterunternehmens wahrgenommen.

---

### **Gegenstand**

---

Gegenstand des Unternehmens sind gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag:

- Aufgaben der Abfallentsorgung
- Vorbehandlung von Abfällen für eine ordnungsgemäße Verwertung bzw. Ablagerung

---

### **Öffentlicher Zweck**

---

Kreisfreie Städte sind gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes.

Neben dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz wurden neue Regelwerke für die Restabfallentsorgung geschaffen. Dazu gehört insbesondere die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASi). Grundlage des Geschäftsbetriebes ist die Zielhierarchie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, nach der in erster Linie Abfälle zu vermeiden, in zweiter Linie zu verwerten und erst als letzte Möglichkeit Abfälle zu beseitigen sind. Ziel ist die Einsparung von Primärenergie.

Ziel der TASi war der Ausstieg aus der Ablagerung von Restabfällen auf herkömmlichen Deponien. Die TASi enthält Vorschriften über die Beschaffenheit von abzulagernden Restabfällen und die Bewirtschaftung von Deponien auf der Basis des zum 01.06.2005 in Kraft getretenen Deponierungsverbotes für unbehandelte Abfälle.

Die RPB GmbH ist Entsorgungsfachbetrieb. Der Hauptzweck des Unternehmens ist die seit dem 01.06.2005 gesetzlich vorgeschriebene Aufbereitung und Vorbehandlung von Siedlungs- bzw. Gewerbeabfällen zur weiteren thermischen Verwertung.

**Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft**

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	97%	97%	97%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	25%	27%	30%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	28%	28%	31%
Zinsaufwandquote	3%	3%	2%
Liquidität 3. Grades	5%	6%	6%
Cashflow	326 T€	380 T€	467,9 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	2%	1%	1%
Umsatz	1.880 T€	1.704 T€	1.921 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	0
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	0%	0%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

**Lagebericht der Gesellschaft**

Im Berichtsjahr ergibt sich ein Jahresumsatz von 1.921,4 T€ (2016: 1.703,9 T€). Die Umsatzerlöse betreffen fast ausschließlich die Aufbereitung von Siedlungs- bzw. Gewerbeabfällen. Die Ursachen liegen dafür insbesondere in der Erhöhung der Verwertungsmenge, aber auch in der Durchsetzung höherer Verwertungspreise bei Privat- und Gewerbekunden.

Korrespondierend zur Erhöhung der Umsatzerlöse sind auch die Materialaufwendungen auf 716,1 T€ (2016: 610,6) T€ gestiegen.

Das Rohergebnis beträgt im Berichtsjahr 1.289,6 T€ (2016: 1.160,7 T€).

Im Berichtsjahr fiel in der Gesellschaft kein Personalaufwand an, da die Bewirtschaftung der Anlage über die Muttergesellschaft erfolgte.

Die Abschreibungen betragen 317,2 T€ und liegen somit um 10,7 T€ unter dem Vorjahreswert.

Das Jahresergebnis 2017 in Höhe von 246,1 T€ liegt über dem Ergebnis des Vorjahres (127,8 T€). Es konnte ein Gewinn erwirtschaftet werden, der im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH abgeführt wird.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr durch Gesellschafterleistungen im Rahmen des Cash-Pooling mit der MEBRA jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pool mit der MEBRA betragen zum 31. Dezember 2017 1.336,5 T€. Entsprechend des angewandten Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 21 ergibt sich ein Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 685,6 T€.

Im Berichtsjahr erfolgten keine Investitionen. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit lag bei 23,5 T€.

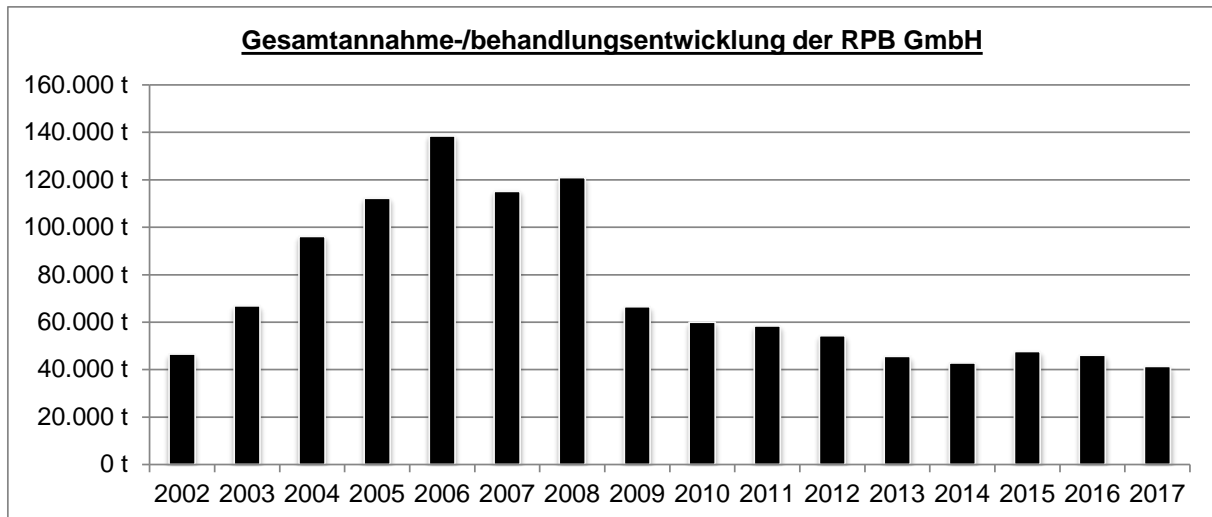
Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrug -187,7 T€. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit konnte die Zahlungsflüsse aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit vollständig decken. Aus dem Grund sind die Verbindlichkeiten gegenüber der MEBRA aus dem Cash Pool um 521,6 T€ gesunken.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft verringerte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 3.389,2 T€ (2016: 3.724,8 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 30% (2016: 27%).

Das Anlagevermögen auf der Aktivseite der Bilanz liegt mit 3.277,2 T€ auf dem Niveau des Vorjahres (3.594,3 T€), wobei die planmäßigen Abschreibungen über den Investitionen lagen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind gesunken und betragen 110,9 T€ (2016: 129,0 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz verminderte sich der Sonderposten durch planmäßige Auflösung. Die sonstigen Rückstellungen betragen zum Bilanzstichtag 340,8 T€. Die Verbindlichkeiten in Höhe von 1.691,0 T€ sanken gegenüber dem Vorjahr (2.128,7 T€) im Wesentlichen aufgrund der rückläufigen Verbindlichkeiten aus dem Cashpool in Höhe von 521,6 T€. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sanken durch die planmäßige Tilgung des bestehenden Darlehens.





### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

Die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH schlägt Siedlungs- und Gewerbeabfälle um und bereitet diese teilweise zur weiteren Behandlung vor.

Zwischen der Muttergesellschaft Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH (MEBRA) und der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH (RPB) besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Im Berichtsjahr wurden keine Projekte im Bereich Forschung und Entwicklung bearbeitet.

Durch den Vertrag für die Umladung von Abfällen aus der Stadt Brandenburg an der Havel ist eine stabile Grundauslastung der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH gesichert.

Im Rahmen eines Subunternehmervertrages behandelte die Gesellschaft bis zum 31.05.2017 den Sperrmüll aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark. Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH liefert gewerbliche Abfallmengen aus dem freien Bereich an, die dann zum Teil für die weiteren Entsorgungswege vorbehandelt bzw. aufbereitet werden.

Des Weiteren werden auf dem Gelände und in der Halle der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH Glas, Papier und andere Wertstoffe für die MEBRA umgeschlagen. Ebenso befinden sich das Streumittelager und der Solebehälter für den Winterdienstvertrag der Muttergesellschaft in der Halle des RPB.

Wesentliches Ziel in 2017 war und ist auch zukünftig die stetige Erhöhung des Nutzungsgrades der Halle. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Umsetzung des Projektes REMINE und die damit einhergehende Vermietung eines großen Teils der Halle an die TSR-Tochtergesellschaft REMINE GmbH. Darüber hinaus ist es gelungen, durch die zielgerichtete Vermarktung einzelner Wertstofffraktionen, weitere Ergebnispotentiale zu heben.

Zusammenfassend zeigte sich aus der Sicht der Unternehmensleitung im Berichtsjahr eine gute Entwicklung der Gesellschaft.

Die Gesellschaft konnte im Rahmen der Ausschreibung den Zuschlag für die aus ergebnistechnischer Sicht relevante Dienstleistung – Umschlag von Hausmüll und Sperrmüll

für die Stadt Brandenburg an der Havel – gewinnen.

Ziel ist es, weiterhin neue Stoffströme zu generieren, die von der Gesellschaft behandelt bzw. umgeschlagen werden. Zudem bestehen gute Chancen, durch ein Projekt mit einer REMONDIS Tochtergesellschaft (REMINE) einen Mieter für einen Großteil der Hallenfläche zu gewinnen. Die notwendigen Genehmigungsanträge sind durch die Behörden genehmigt worden. Eine rechtliche Wirksamkeit wird in 2018 erwartet. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil ist der Wertstoffhof, dessen Betrieb die Muttergesellschaft im Rahmen der europaweiten Ausschreibung gewonnen hat. Das Grundstück, auf dem der Wertstoffhof betrieben wird, ist von der RPB an die MEBRA vermietet.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr durch Gesellschafterleistungen im Rahmen des Cash-Pooling mit der MEBRA jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Auch im Folgejahr ist die Gesellschaft zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit auf die Inanspruchnahme des Cash-Pools mit der Gesellschafterin angewiesen. Die Liquidität der Gesellschaft ist somit eng verbunden mit der wirtschaftlichen Lage der MEBRA, so dass die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft von der Zahlungsfähigkeit der MEBRA abhängig ist. Die Zahlungsfähigkeit der MEBRA ist zurzeit, entsprechend der Mittelfristplanung, bis 2020 aufgrund bestehender Kreditvereinbarungen gewährleistet.

Die Gesellschaft verfügt über ein rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (IKS), welches dem Geschäftszweck und -umfang angemessen ist.

Durch die geplante Ausweitung und Flexibilisierung der Genehmigungen für den Betrieb des Recyclingparks sollen die Voraussetzung für weiteres Umsatzwachstum durch externe Aufträge und neue Mieter geschaffen werden, um langfristig nachhaltig positive Ergebnisse realisieren zu können.

Für das Jahr 2018 geht die Gesellschaft wiederum von einem positiven Ergebnis vor Ergebnisübernahme aus. Für 2019 geht die konservative Mittelfristplanung dann von weiter steigenden positiven operativen Ergebnissen aus, die in den Folgejahren verstetigt werden.

#### **Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt**

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Ergebnisabführung an die MEBRA GmbH in Höhe von 246,1 T€ aufgrund Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

**Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft**

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktivseite</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	3.908	3.594	3.277
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	3.907	3.594	3.277
<b>B. Umlaufvermögen</b>	122	130	112
I. Vorräte	2	1	1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	120	129	111
III. Kassenbestand, Guthaben	0	0	0
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	4.029	3.725	3.389
<b>Passivseite</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	1.017	1.017	1.017
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	1.000	1.000	1.000
II. Gewinn-/Verlustvortrag	17	17	17
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse</b>	438	389	340
<b>C. Rückstellungen</b>	138	190	341
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	2.436	2.129	1.691
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	4.029	3.725	3.389

**Ertragslage der Gesellschaft**

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	1.880	1.704	1.921
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	-11	-1	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	208	69	84
4. Personalaufwand	0	0	0
5. Materialaufwand	-1.204	-611	-716
6. Abschreibungen	-317	-328	-317
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-618	-651	-694
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-65	-54	-33
<b>10. Ergebnis vor Steuern</b>	-127	128	246
11. Sonstige Steuern	-65	0	0
12. Erträge aus Verlustübernahme	-193	0	0
13. Aufwendungen aus Ergebnisabführung	0	-128	-246
<b>14. Jahresergebnis</b>	0	0	0

## III.3.3 VBB Verkehrsverbund Berlin – Brandenburg GmbH

---

### Geschäftsbereich

---

Verkehr

---

### Firmensitz

---

Hardenbergplatz 2

10623 Berlin

Tel.: 030/25 41 44 50

Fax: 030/25 41 41 11

E-mail: info@vbb.de

Internet: www.vbb.de

---

### Gründung

---

Die Gesellschaft wurde am 8. Dezember 1994 gegründet. Die Grundsatzentscheidung über den Beitritt der Stadt Brandenburg an der Havel zur VBB GmbH wurde von der SVV am 18.12.1997 getroffen. Die Gesellschaft ist eingetragen unter der Nr. HRB 54603 im Handelsregister des Amtsgerichtes Berlin-Charlottenburg.

---

### Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

---

Stammkapital            324.000 €

Die Gesellschafterstruktur der VBB GmbH ist einheitlich: Neben den beiden Ländern Berlin und Brandenburg, die je ein Drittel der Anteile des Stammkapitals, das insgesamt 324 T€ beträgt, halten und jeweils vier Vertreter in den Aufsichtsrat entsenden, sind alle achtzehn kommunalen Gebietskörperschaften im Land Brandenburg selbst Gesellschafter der VBB GmbH; sie halten jeweils einen Geschäftsanteil von 6 T€ (1,85%) und entsenden je einen Vertreter in den Aufsichtsrat.

Gesellschafter:	Anteil am Stammkapital	Stamm-einlage
Land Berlin	33,33%	108.000 €
Land Brandenburg	33,33%	108.000 €
Stadt Brandenburg an der Havel	1,85%	6.000 €
Stadt Frankfurt (Oder)	1,85%	6.000 €
Stadt Cottbus	1,85%	6.000 €
Landeshauptstadt Potsdam	1,85%	6.000 €
Landkreis Barnim	1,85%	6.000 €
Landkreis Dahme-Spreewald	1,85%	6.000 €
Landkreis Elbe-Elster	1,85%	6.000 €
Landkreis Havelland	1,85%	6.000 €
Landkreis Märkisch-Oderland	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberhavel	1,85%	6.000 €

Landkreis Oberspreewald-Lausitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Oder-Spree	1,85%	6.000 €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	1,85%	6.000 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark	1,85%	6.000 €
Landkreis Prignitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Spree-Neiße	1,85%	6.000 €
Landkreis Teltow-Fläming	1,85%	6.000 €
Landkreis Uckermark	1,85%	6.000 €
		<u>324.000 €</u>

---

### **Unterbeteiligungen**

---

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

---

### **Gesellschaftsvertrag**

---

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 01.12.2005.

---

### **Gesellschaftsanteile**

---

Gemäß § 16 des Gesellschaftsvertrages wird die laufende Finanzierung der Gesellschaft in einem gesonderten Konsortialvertrag geregelt. Aus diesem ergibt sich die Verpflichtung aller Gesellschafter, den für die Geschäftstätigkeit der VBB GmbH anfallenden Finanzbedarf durch Gesellschafterbeiträge zu decken.

Entsprechend den Regelungen des Konsortialvertrages verteilen sich die Gesellschafterbeiträge wie folgt:

- 40% auf das Land Berlin
- 40% auf das Land Brandenburg
- in Summe 20% auf alle kommunalen Gesellschafter zu gleichen Teilen

---

### **Organe der Gesellschaft**

---

- *Geschäftsführung*

Susanne Henckel

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist der Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, Herr Steffen Scheller.

Im Geschäftsjahr 2017 fand eine Gesellschafterversammlung statt.

- *Aufsichtsrat*

Die Mitglieder des Aufsichtsrates waren 2017:

Mitglieder des Aufsichtsrates 2017	
Name	Funktion
Frau Ines Jesse	Staatssekretärin Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Land Brandenburg (Aufsichtsratsvorsitzende)
Herr Jens-Holger Kirchner	Staatssekretär der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz des Landes Berlin (Erster stellv. Vorsitzender)
Herr Carsten Bockhardt	Erster Beigeordneter im Landkreis Barnim
Herr Burkhard Exner	Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Herr Detlef Gärtner	Beigeordneter des Landkreises Teltow-Fläming
Frau Grit Klug	Erste Beigeordnete des Landkreises Oberspreewald-Lausitz
Frau Heidrun Rhode-Mühlenhoff	Abteilungsleiterin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin (seit 01.03.2017)
Herr Thomas Schlinkert	Abteilungsleiter im Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (seit 24.01.2017)
Herr Ralf Reinhardt	Landrat im Landkreis Ostprignitz-Ruppin
Herr Markus Derling	Beigeordneter Stadt Frankfurt/Oder
Frau Dr. Heike Richter	Abteilungsleiterin im Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Frau Dr. Anna Hochreuter	Abteilungsleiterin der Senatskanzlei Berlin (bis 20.10.2017)
Herr Stephan Loge	Landrat im Landkreis Dahme-Spreewald (Zweiter stellv. Vorsitzender)
Frau Edelgard Schimko	Geschäftsbereichsleiterin im Landkreis Prignitz
Herr Hans-Werner Michael	Referatsleiter im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg
Herr Christian Heinrich-Jaschinski	Landrat des Landkreises Elbe-Elster
Herr Steffen Scheller	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Gernot Schmidt	Landrat im Landkreis Märkisch-Oderland
Herr Bernd Brandenburg	Erster Beigeordneter im Landkreis Uckermark
Herr Dr. Hans-Jörg Schmedes	Referatsleiter in der Senatskanzlei des Landes Berlin (seit 23.11.2017)
Herr Roger Lewandowski	Landrat im Landkreis Havelland
Herr Ludger Weskamp	Landrat im Landkreis Oberhavel
Herr Günter Schulz	Referatsleiter in der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin
Herr Christian Stein	Erster Beigeordneter im Landkreis Potsdam-Mittelmark
Frau Marietta Tzschoppe	Bürgermeisterin der Stadt Cottbus
Herr Carsten Billing	Dezernent im Landkreis Spree-Neiße
Herr Manfred Zalenga	Landrat im Landkreis Oder-Spree (bis 08.02.2017)
Herr Michael Buhrke	Beigeordneter im Landkreis Oder-Spree (seit 01.03.2017)

Im Geschäftsjahr 2017 fanden fünf Aufsichtsratssitzungen statt.

- *Beiräte*

Entsprechend den gesellschaftsrechtlichen Grundlagen bestehen gemäß § 7 in Verbindung mit § 14 des Gesellschaftsvertrages zwei Beiräte.

Der Beirat der Gesellschafter setzt sich aus je vier Vertretern der Länder Berlin und Brandenburg sowie je einem Vertreter der übrigen Gesellschafter zusammen.

Der Beirat der Verkehrsunternehmen setzt sich aus Vertretern der im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg kooperierenden Verkehrsunternehmen zusammen. Beide Beiräte haben lediglich beratende Funktion.

---

### Gegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarungen der Länder Berlin und Brandenburg vom 30. Dezember 1993.

Hieraus ergeben sich u. a. für die Gesellschaft im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzeptes und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplans
- Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems, eines einheitlichen Beförderungstarifes für den Verbundverkehr, einheitliche Tarif- und Beförderungsbedingungen, Fahrgastinformationen, Marketingmaßnahmen und Abfertigungs- und Zahlungssysteme
- Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmearaufteilungsverfahrens für das Verbundgebiet
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfs für den Verbundverkehr
- Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet
- Erarbeitung einheitlicher qualitativer und quantitativer Standards für die Verkehrsbedienung des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger

Ziel der VBB GmbH ist die Koordination, die Weiterentwicklung und die Gestaltung der regionalen Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Kommunen des Landes Brandenburg im Bereich des ÖPNV.

Der VBB ist eine Gesellschaft der Länder, Kreise und kreisfreien Städte. Dieser Aufbau führt zu einer klar umrissenen Verantwortungsstruktur und ermöglicht eine eindeutige Trennung zwischen politischer (Besteller) und unternehmerischer (Ersteller) Verantwortung. Die Gesellschafter sind in ihren Entscheidungen unabhängig von den Verkehrsunternehmen. Die Gesellschafter sind zuständig für die Bestellung von Verkehrsleistungen, die von den 43 Verkehrsunternehmen erbracht werden.

Die VBB GmbH bildet die Schnittstelle zwischen Verkehrsunternehmen, kommunalen Aufgabenträgern und politischen Akteuren der Länder Berlin und Brandenburg. Sie ist ein wichtiges Bindeglied und nimmt vor dem Hintergrund der derzeitigen verkehrs- und umweltpolitischen Herausforderungen – zu nennen sind hier z.B. Klimaschutz, Elektromobilität, Digitalisierung, wachsende Stadt und zunehmende Pendlerverkehre – eine besondere Position ein.

---

### **Öffentlicher Zweck**

---

Gemäß § 2 Abs. 2 in Verbindung mit § 131 BbgKVerf gehört die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der kreisfreien Städte und Landkreise.

Im § 2 des Gesellschaftsvertrages sind die Aufgaben der Gesellschaft zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks festgelegt. Der Verkehrsverbund wirkt über seine Gremien auf den notwendigen Interessenausgleich zwischen Verkehrspolitik, ÖPNV-Kundenanforderungen,

Erwartungen der Verkehrsunternehmen und der Interessen seiner Gesellschafter hin. Dazu plant, bestellt, koordiniert und kontrollt er z.B. den SPNV (Schienenpersonennahverkehr) und den übrigen ÖPNV über die kommunalen und Ländergrenzen hinweg.

<b>Technische Daten 2017</b>	
<b>Verkehrsunternehmen:</b>	38
<b>Einwohner:</b>	
Berlin	3.611 Mio.
Brandenburg	2.504 Mio.
Berlin/Brandenburg (2017)	6.115 Mio
<b>Flächen:</b>	
Berlin	892 km <sup>2</sup>
Brandenburg	29.654 km <sup>2</sup>
Berlin/Brandenburg (2012)	30.546 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerdichte:</b>	
Berlin	4.052 je km <sup>2</sup>
Brandenburg	84 je km <sup>2</sup>
Berlin/Brandenburg (gesamt)	197 je km <sup>2</sup>
<b>Länge SPNV-Netz:</b>	ca. 3.066 km
<b>Anzahl der Fahrgäste (Stand 2017):</b>	
Berlin/Brandenburg (täglich)	ca. 4,03 Mio.
Berlin/Brandenburg (gesamt)	ca. 1.470 Mio.
<b>Zugkilometer im SPNV 2017 (S-Bahn und Regionalverkehr):</b>	ca. 71,3 Mio. km
<b>Haltestellen im Verbundgebiet</b>	13.027
<b>Pendler zwischen Berlin und Brandenburg Gesamt 2017 (täglich)</b>	297.298
Pendler nach Berlin	210.225
Pendler nach Brandenburg	87.073

Quelle: Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

Mit seinen ca. 30.546 km<sup>2</sup> gehört der VBB flächenmäßig zu den größten Verkehrsverbänden in Europa. Fahrgäste, die mit Bus und Bahn in Berlin und Brandenburg unterwegs sind, erleben einen einheitlichen, kundenorientierten Nahverkehr mit aufeinander abgestimmten Fahrplänen, vielfältigen Verkehrsanbindungen, einem Tarif und einer umfassenden Fahrgastinformation.



**Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft**

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	13%	13%	11%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	6%	6%	6%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	143%	143%	152%
Zinsaufwandquote	0	0	0
Liquidität 3. Grades	106%	105%	105%
Cashflow	714 T€	-332 T€	-13 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus
Umsatz	1.124 T€	1.015 T€	957 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 T€	0 T€	0 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	39%	44%	44%
Anzahl der Mitarbeiter	100	99	96

**Lagebericht der Gesellschaft**

Im Kerngeschäft der VBB GmbH wurden im Geschäftsjahr 2017 gemeinsam mit den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen wichtige Meilensteine erzielt:

- *Tarif/Vertrieb:* Im Rahmen des indexbasierten Tarifentwicklungsverfahrens wurde im Jahr 2017 die weitere Entwicklung des VBB-Tarifes forciert. Aufgrund des in diesem Jahr niedrigen Indexwertes lag der Fokus in Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen und den Gesellschaftern insbesondere auf der strukturellen Weiterentwicklung des Tarifes. Deren Gegenstand waren die Analyse der Anschluss- und Anstoßtarife und erste

Überlegungen zur Fortentwicklung der bestehenden Firmenticketregelungen im Verbundgebiet. Vor dem Hintergrund der geplanten Verwaltungsstrukturreform im Land Brandenburg wurde zudem die generelle Weiterentwicklung des VBB-Tarifes, auch mit Blick auf die zunehmende Digitalisierung von Tarifangeboten und Vertriebsmöglichkeiten, behandelt. Auch nach der Absage der Verwaltungsstrukturreform wird die Untersuchung fortgeführt, um die Struktur des VBB-Tarifes an bestehende und künftige Herausforderungen anzupassen.

Ein großer Erfolg war die Fortschreibung bzw. Neuverhandlung der Berliner und Brandenburger Semesterticketverträge ab dem Sommersemester 2018. In gemeinsamen intensiven Verhandlungen mit den Verkehrsunternehmen und den Studierenden gelang es, eine für alle Seiten annehmbare Lösung zu erreichen. Losgelöst von der Fortschreibung der Semestertickets konnte darüber hinaus unter Beteiligung der VBB GmbH an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde das deutschlandweit erste klimaneutrale Semesterticket (bilanzielle Reduktion von Treibhausgasemissionen, die rechnerisch durch die gefahrenen Personenkilometer im Rahmen des Semestertickets entstehen, durch zusätzliche Einkäufe von Ökostrom durch die Hochschule) eingeführt werden.

Im Rahmen der vertrieblichen Fragestellungen, denen sich die VBB GmbH koordinierend und beratend widmet, wurde das Projekt INNOS weiterhin als ein zentraler Baustein verfolgt: Abonnements können von den Verkehrsunternehmen nun auch elektronisch als VBB-*fahrCard* ausgegeben werden. Technische Möglichkeiten zum Aufbuchen bzw. zur Aktualisierung von Fahrtberechtigungen der Kunden (Aktionsmanagement) auf die VBB-*fahrCard* wurden geschaffen. Überdies wurde im Sinne der Multimodalität ermöglicht, die elektronische Fahrkarte des VBB als Schlüssel zum Berliner Leihfahrradsystem *nextbike* zu nutzen.

Der künftige Umgang mit digitalen Vertriebskanälen blieb Gegenstand der von der VBB GmbH aufrechterhaltenen Diskussion, insbesondere mit den Verkehrsunternehmen. Konkrete Fortschritte wurden beim Handyticket erzielt, das im Jahr 2017 für die Ausgabe von Zeitkarten vorbereitet wurde.

- *Einnahmenaufteilung*: Die Daten der Verkehrserhebung 2016 wurden aufbereitet, ausgewertet und plausibilisiert. Erste Abstimmungen mit den Verkehrsunternehmen zu den Daten wurden vorgenommen. Zur Vorbereitung der Verkehrserhebung 2019 wurden die Aktualisierung der Richtlinie für automatische Fahrgastzählsysteme begonnen und die elektronische Datenerfassung bei der BVG getestet.

Die Einnahmenaufteilung für die Jahre 2014 und 2015 wurde abgeschlossen. In diesem Zusammenhang erfolgte die Umstellung der Einnahmenaufteilung für das VBB-Abo 65plus auf ein exakteres, nachfragebasiertes Verfahren.

Neben den bereits dargestellten Verhandlungen zur Fortschreibung der Berliner und Brandenburger Semestertickets (siehe Abschnitt Tarif/Vertrieb), die auch aus der

Perspektive der Einnahmenaufteilung begleitet wurde, gelang die Fortschreibung der Berliner Einnahmenaufteilungsregelungen (sog. Trilateraler Einnahmenaufteilungsvertrag) zwischen BVG AöR, S-Bahn Berlin GmbH und DB Regio AG bis zum Ende des Jahres 2020. Die VBB GmbH ist seit Dezember 2017 für die Abrechnung der Einnahmen nach diesem Vertrag verantwortlich.

- *Angebotsplanung:* Zur Unterstützung der weiteren Verkehrsplanung im übrigen ÖPNV und im SPNV wurden an den Verknüpfungspunkten im Verbundgebiet mittels Fahrgastbefragungen Erhebungen an diesen Schnittstellen durchgeführt, um Erkenntnisse über das konkrete Mobilitätsverhalten der Fahrgäste zu generieren. Eng verknüpft mit dem Schienenpersonennahverkehr sind die PlusBus-Linien im Land Brandenburg. Mehrere neue Linien wurden mit der konzeptionellen Unterstützung der VBB GmbH im Jahr 2017 eingeführt.

Im Hinblick auf die kontinuierlich steigenden Fluggastzahlen an den Berliner Flughäfen Tegel und Schönefeld überprüfte die VBB GmbH auf Basis des von der Flughafengesellschaft vorgelegten BER-Masterplanes die Anbindungskonzeption des Großflughafens BER und des Flughafenumfeldes. Die Fortschreibung der Anbindungskonzeption erfolgt in enger Abstimmung mit den kommunalen Aufgabenträgern sowie den Ländern Berlin und Brandenburg. Die VBB GmbH unterstützt zudem die Weiterentwicklung des airportbezogenen Verkehrsinformationssystems (AIRVIS) zu einem multimodalen Kapazitätsmanagementsystem.

Die Angebotsplanung der VBB GmbH trägt des Weiteren den steigenden Pendlerzahlen in der Region Rechnung: Es wird untersucht, wie die öffentlichen Verkehre im Berliner Umland als Alternative zum motorisierten Individualverkehr gestärkt werden können. Darüber hinaus wurde die Konzeption bereits bestehender ÖPNV-Verbindungen zwischen Berlin und seinem Umland analysiert.

Die Arbeitsgruppe Barrierefreiheit nahm im Jahr 2017 ihre Arbeit auf, um ein einheitliches Vorgehen im Verbundgebiet in Bezug auf die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben bis zum Jahr 2022 zu erreichen. Die VBB GmbH koordiniert die aus den VertreterInnen der kommunalen Aufgabenträger bestehende Arbeitsgruppe.

- *Fahrgastinformation:* Zur verbundweiten Umsetzung der Verfügbarkeit von Echtzeitdaten wurden die Leitsysteme verschiedener Verkehrsunternehmen sukzessive an die VBB-Datendrehscheibe angebunden. Zusätzlich wurde die Kopplung mit der Datendrehscheibe der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH umgesetzt. Ein Leitfaden für elektronisches Anschlussmanagement und konkrete Anforderungen an den Datenaustausch zwischen den Betriebsleitsystemen und der VBB-Datendrehscheibe wurden erstellt. Zur Verbesserung der Fahrgastinformation im Störfall wurden die Prozesse zur Übermittlung von Störungsinformationen der Verkehrsunternehmen in die VBB-Systeme vereinheitlicht und beschleunigt.

Im Tunnel des Bahnhofs Flughafen Berlin-Schönefeld wurden in Abstimmung mit der Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH und mit Fluggesellschaften Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrgastinformation zum Ticketerwerb und zu Wegeketten in die Berliner Innenstadt sowie nach Potsdam umgesetzt, um lange Wartezeiten an den Fahrausweisautomaten zu vermeiden. Die S-Bahn Berlin GmbH installierte einen Verkaufscontainer im Tunnel, für den sich auch die VBB GmbH engagiert hat. Der VBB Bus & Bahn-Begleitservice ist unterstützend als Ansprechpartner im Tunnel tätig.

Es wurde begonnen, die Ergebnisse aus dem Projekt m4guide in die VBB-Fahrinfo zu übertragen. Ziel ist es, für Berlin und schrittweise auch für Brandenburg blinden und sehingeschränkten Fahrgästen ein durchgängiges Informations- und Navigationssystem für den öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen.

Zum weiteren Ausbau des bundesweiten Fahrplanauskunftsnetzwerkes DELFI (Durchgängige Elektronische FahrgastInformation) wurden im Projekt DELFIplus die Grundlagen geschaffen. Die Projektergebnisse wurden in die VBB-Fahrinfo eingepflegt.

Unter dem Titel „Colibri“ bzw. „Digital im Regio“ testeten VBB GmbH und DB zukunftsweisende Technologien für Eisenbahnfahrzeuge, wie z.B. verbesserte automatische Zählsysteme, deren Daten zur Ergänzung der Fahrgastinformation genutzt werden können, und ein WLAN-Angebot im Zug. Die getesteten Elemente wurden als Anforderungen für künftige SPNV-Ausschreibungen aufgenommen. Weitere Tests finden im Rahmen des Projektes ProTrain statt.

Der VBB Bus & Bahn-Begleitservice führte seine Arbeit im Jahr 2017 fort. Zur nachhaltigen Entwicklung der Personalakquise wurden Gespräche mit den Senatsverwaltungen für Integration, Arbeit und Soziales sowie Umwelt, Verkehr und Klimaschutz des Landes Berlin geführt.

Das Netzwerk Fahrgastsicherheit diskutierte Empfehlungen und Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im ÖPNV.

- *Kommunikation:* Das Layout der Linien- und Streckenflyer im VBB sowie der Medien zur Tarifkommunikation wurde an das im Jahr 2016 überarbeitete Corporate Design der VBB GmbH angepasst und vereinheitlicht. Die Zielgruppenansprache erfolgte durch die Präsenz der VBB GmbH auf den Social-Media-Kanälen Twitter, Facebook und YouTube. Neu hinzugekommen ist die Plattform Instagram, die der Vermarktung des VBB-Freizeitickets dient. Des Weiteren organisierte die VBB GmbH mit regionalen Partnern vor Ort erneut mehrere Veranstaltungen der Reihe „48 Stunden“, um die verschiedenen Regionen Brandenburgs als Ausflugsziel in Verbindung mit dem ÖPNV vorzustellen. Kontinuierlich wird darüber hinaus die Abstimmung mit Verkehrsunternehmen zur VBB-Präsenz in deren Kundenmagazinen vorgenommen.

Daneben wurden sog. Infografiken entwickelt, um komplexe Zusammenhänge und Themen, die im Verbund bewegen, zusammenzufassen und die Arbeit der VBB GmbH verständlich zu erklären.

### Ertragslage

Positionen	2015 T€	2016 T€	2017 T€
Gesellschafterbeiträge	8.946	7.472	6.942
Gesellschafterbeiträge Center	3.421	3.533	3.919
Umsatzerlöse / sonstige betriebliche Erträge	1.750	1.702	1.732
Akquiseprojekte	1.137	1.452	1.671
Einnahmen aus Kooperationen	273	53	106
<b>Gesamt</b>	<b>15.527</b>	<b>14.212</b>	<b>14.370</b>

Die Mittelzuflüsse umfassen alle Erträge im Rahmen des Wirtschaftsplanes und der zusätzlichen Forschungsprojekte.

Innerhalb der einzelnen Einnahmequellen gab es im Vergleich zum Vorjahr Verschiebungen zu verzeichnen. Insgesamt sind in 2017 etwas mehr Mittel vereinnahmt worden als in 2016.

### Finanzlage

Die Kapitalstruktur der VBB GmbH ist von einem stabilen hohen Anteil an Gesellschaftermitteln gekennzeichnet. Das Fremdkapital ist jeweils durch die ausgewiesenen liquiden Mittel finanziert.

Die Bilanzpositionen auf der Passivseite entwickeln sich wie folgt:

Kapitalposition	2015 T€	2016 T€	2017 T€
<b>Eigenkapital</b>	<b>324</b>	<b>324</b>	<b>324</b>
- Stammkapital	324	324	324
<b>Fremdkapital</b>	<b>5.558</b>	<b>5.534</b>	<b>5.553</b>
- Sonderposten *)	727	723	625
- Rückstellungen	1.317	1.380	1.301
- Erhaltene Anzahlungen	707	988	1.273
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	414	677	435
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern, davon aus noch nicht verwendeten Gesellschafterbeiträgen	1.266 (1.266)	1.099 (1.099)	1.176 (1.176)
- sonstige Verbindlichkeiten	1.095	637	742
- Rechnungsabgrenzungsposten	32	30	0

\*) Die passiven Sonderposten nehmen eine Sonderstellung ein. Die hier ausgewiesenen Sonderposten aus Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens stellen einen

Korrekturposten zum Anlagevermögen und damit kein frei verfügbares Kapital für die Gesellschaft dar. Sie sind dementsprechend nicht dem Eigenkapital zuzurechnen.

### Investitionsstruktur

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Investitionen in Höhe von insgesamt 117 T€ (2016: 203 T€) getätigt

### **Vermögenslage**

Die wichtigsten Bilanzpositionen entwickelten sich wie folgt:

<b>Vermögenspositionen</b>	<b>2015 T€</b>	<b>2016 T€</b>	<b>2017 T€</b>
Bilanzsumme	5.882,4	5.857,6	5.876,7
Anlagevermögen	737,1	733,2	624,9
Kundenforderungen	271,4	526,3	345,7
Liquide Mittel	3.771,5	3.439,9	3.426,6

### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 wurde am 28. Juni 2017 vom VBB-Aufsichtsrat festgestellt.

Im Jahr 2018 werden vor allem folgende Themen maßgeblich sein:

- *Tarif/Vertrieb:* Die Untersuchung der strukturellen Maßnahmen aus dem Jahr 2017 wird fortgesetzt und in das Tarifentwicklungsverfahren einfließen. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung wird die Weiterentwicklung des VBB-Tarifes hin zur Abbildung auf digitalen Medien ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Auch die gemeinsamen Grundsätze zum digitalen Vertrieb und der Umgang mit digitalen Vertriebskanälen werden weiter diskutiert. Zeitkarten werden als Handyticket angeboten.
- *Einnahmenaufteilung:* Die Einnahmenaufteilung für die Jahre 2016 und 2017 soll im Laufe des Jahres 2018 abgerechnet werden. Die Verkehrserhebung 2019 wird vorbereitet. Die Aufteilung der Einnahmen erfolgt nunmehr zeitnah zur erbrachten Leistung. Dies erhöht die Planungssicherheit der beteiligten Unternehmen.

Der im Jahr 2017 fortgeschriebene Einnahmenaufteilungsvertrag zwischen BVG, S-Bahn und DB Regio ist bis zum Ende des Jahres 2020 befristet. Über die weitere Fortschreibung ist im Jahr 2018 zu entscheiden. Die VBB GmbH begleitet die entsprechenden Verhandlungen zwischen den beteiligten Verkehrsunternehmen sowie den Ländern Berlin und Brandenburg.

- *Kommunikation:* Die zielgruppenspezifische Ausrichtung der Kommunikation, insbesondere über digitale Kommunikationskanäle wird fortgeführt und weiter intensiviert.

- *Planung:* Die Überprüfung der Anbindungskonzeption des Großflughafens BER und des Flughafenumfeldes wird fortgesetzt. Ferner wird die konzeptionelle Untersuchung der ÖPNV-Verbindungen zwischen dem Berliner Umland und der Stadt Berlin weitergeführt. Die Einführung neuer PlusBus-Linien sowie die Koordination der Arbeitsgruppe Barrierefreiheit werden fortgesetzt.
- *Fahrgastinformation:* Die VBB GmbH wirkt aktiv an der Weiterentwicklung des DELFI-Projektes mit. In nächsten Schritten soll der Ansatz „Hybrid-DELFi“, mit dem die bestehende DELFI-Systemarchitektur technologisch auf zukunftssichere Beine gestellt werden soll, weiter umgesetzt werden. Die Integration der im Rahmen des Projektes m4guide erarbeiteten blindengeeigneten Funktionalitäten in die VBB-Fahrinfo-App wird abgeschlossen. Das Routing in der VBB-Fahrinfo wird im Jahr 2018 verbessert, indem z.B. die Aufzugsverfügbarkeit künftig berücksichtigt wird. Das VBB-Fahrinfo-Angebot wird als Web-App neugestaltet und künftig auch multi- und intermodale Suchergebnisse beinhalten. Ein Wohn- und Mobilitätskostenrechner wird auf [www.VBB.de](http://www.VBB.de) zur Verfügung stehen.

Zudem ist es Ziel, gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen darauf hinzuwirken, die Verfügbarkeit von Echtzeitdaten im Störfall zuverlässig zu gewährleisten.

- *Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement*

*Projekt i2030:* Die VBB GmbH koordiniert die Projektarbeit im Projekt i2030 und betreut die Öffentlichkeitsarbeit. Der Projekttitel i2030 wird als Marke etabliert.

*Vergabeverfahren:* Der Zuschlag im Vergabeverfahren Netz Elbe-Spree soll Ende des Jahres 2018 erteilt werden. Die Vergaben der Netze Lausitz und Prignitz werden begonnen. Die VBB GmbH wird die Vergabeverfahren zur S-Bahn Berlin weiterhin fachlich und organisatorisch begleiten.

Die kontinuierlichen Arbeiten im Vertrags- und Qualitätsmanagement werden fortgeführt.

---

### Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

---

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

## Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<u>Aktivseite</u>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	737	733	625
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	387	414	358
II. Sachanlagen	350	320	267
<b>B. Umlaufvermögen</b>	5.069	5.037	5.154
I. Vorräte	634	886	1.064
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	664	711	664
III. Kassenbestand, Guthaben	3.771	3.440	3.427
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	76	88	97
<u>Passivseite</u>			
<b>A. Eigenkapital</b>	324	324	324
I. Gezeichnetes Kapital	324	324	324
<b>B. SoPo für Investitionszuschüsse</b>	15	11	8
<b>C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des AV</b>	712	712	617
<b>D. Rückstellungen</b>	1.317	1.380	1.301
<b>E. Verbindlichkeiten</b>	3.482	3.401	3.627
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	32	30	0
<b>Bilanzsumme</b>	5.882	5.858	5.877

## Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	1.124	1.015	957
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	225	246	182
2. Erträge aus Gesellschafterbeiträgen	8.941	9.156	9.398
3. Sonstige betriebliche Erträge	4.130	2.968	2.598
4. Materialaufwand	-1.063	-906	-891
5. Personalaufwand	-5.644	-5.744	-5.654
6. Abschreibungen	-155	-207	-216
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.560	-6.523	-6.375
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17	9	11
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-15	-14	-10
<b>10. Ergebnis vor sonstigen Steuern</b>	<b>0,2</b>	<b>0,9</b>	<b>0,5</b>
11. Sonstige Steuern	-0,2	-0,9	-0,6
<b>12. Jahresergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>



## III.3.4 PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH

### Geschäftsbereich

Dienstleistungen

### Firmensitz

Schlaatzweg 1 A

14473 Potsdam

Tel.: 0331/27 75 0

Fax: 0331/27 75 106

E-mail: info@pwu-potsdam.de

### Gründung

Die HWG Havelländische Wasser GmbH (HWG GmbH) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 10.11.1993 gegründet und nahm zum 01.07.1994 ihren Geschäftsbetrieb auf. Im Juli 2015 beschlossen die Gesellschafter des Unternehmens die Zusammenlegung der HWG Havelländische Wasser GmbH mit dem Tochterunternehmen PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH & Co. KG zum 01.01.2016 mittels der vereinfachten Anwachsung. In diesem Zusammenhang wurde die HWG Havelländische Wasser GmbH in PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH umbenannt. Die Eintragung dieser Umfirmierung im Handelsregister wurde im April 2016 vollzogen. Die PWU GmbH ist im Handelsregister unter HRB 6874 beim Amtsgericht Potsdam eingetragen.

### Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 260.000,00 €

Das Stammkapital wird von folgenden Gesellschaftern gehalten:

Landeshauptstadt Potsdam	17,80%	Trink- und Abwasserzweckverband Lindow-Gransee	1,11%
OWA Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandl	15,32%	Zweckverband Fließtal	1,06%
Stadt Brandenburg an der Havel	13,34%	Wasser- und Abwasser Blankenfelde Mahlow	1,01%
PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH	8,75%	Stadt Beelitz	0,90%
MAWV Märkischer Wasser- und Abwasserzweckverband Königs Wuste	6,93%	Stadt Belzig	0,67%
Zweckverband Rathenow	4,46%	Wasser- und Abwasserzweckverband Emster	0,63%
Wasser- und Abwasserzweckverband "Der Teltow"	3,42%	Stadt Rheinsberg	0,61%
Stadt Luckenwalde	3,22%	Wasser- und Abwasser Nieplitztal	0,56%
Zweckverband Havelland	2,82%	Gemeinde Glienicke Nordbahn	0,48%
WARL Wasser- und Abwasserzweckverband Region Ludwigsfelde	2,50%	Stadt Fürstenberg an der Havel	0,41%
Wasser- und Abwasserzweckverband Jüterbog-Fläming	2,14%	Stadt Ziesar	0,28%
Zweckverband Werder- Havelland	2,08%	Stadt Mittenwalde	0,21%
Zweckverband Pritzwalk	2,06%	Wasser- und Abwasserzweckverband Ziesar	0,17%
Zweckverband Komplexsanierung Mittlerer Süden	1,53%	Stadt Baruth/Mark	0,13%
Wasser- und Abwasserverband "Dosse"	1,43%	Gemeinde Nuthe-Urstromtal	0,10%
Stadt Zehdenick	1,32%	Trink- und Abwasserzweckverband Freies Havelbruch	0,04%
Wasser- und Abwasserzweckverband Mittelgraben	1,31%	Stadt Nauen	0,01%
Wasserverband Hoher Fläming	1,19%	Gemeinde Gräben	0,01%

---

### Unterbeteiligungen

---

Die Gesellschaft ist zum 31.12.2017 an der PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor Verwaltungs-GmbH i.L. in Höhe von 100% beteiligt.

---

### Gesellschaftsvertrag

---

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 10. November 1993, zuletzt geändert am 28. November 2017.

---

### Organe der Gesellschaft

---

- *Geschäftsführung*

Michael Kalisch

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist der Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, Herr Steffen Scheller.

Im Berichtsjahr fanden drei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat bestand im Geschäftsjahr 2017 aus folgenden Mitgliedern:

<b>Aufsichtsrat 2017</b>	
Als Mitglieder des Aufsichtsrates waren bestellt:	
Herr Dipl.-Ing. Günter Fredrich	Geschäftsführer der Osthavelländischen Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH (Vorsitzender)
Frau Bärbel Gärtner	Geschäftsführerin WAZV Werder-Havelland (stellv. Vorsitzende)
Herr Dipl.-Ing. Peter Sczepanski	Verbandsvorsteher des Märkischer Abwasser- und Wasserzweckverband, Königs Wusterhausen
Herr Thomas Schenke	Bereichsleiter Verwaltungs- und Finanzmanagement, Landeshauptstadt Potsdam
Herr Steffen Scheller <sup>2)</sup>	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel (bis 28.11.2017)
Frau Christine Flieger	Fachgruppenleiterin der Stadt Brandenburg an der Havel (seit 28.11.2017)
Herr Felix von Streit <sup>2)</sup>	Geschäftsführer Mittelmärkische Wasser- und Abwasser GmbH
Herr Ingo Reinelt	Amtsleiter der Stadt Luckenwalde

Der Aufsichtsrat traf im Geschäftsjahr 2017 zu vier Sitzungen zusammen.

---

### Gegenstand

---

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Betrieben und Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und -behandlung für Dritte auf Grund von Betreiberverträgen

oder Dienstleistungsverträgen. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte zu tätigen sowie alle Geschäfte, die damit mittelbar oder unmittelbar im Zusammenhang stehen, insbesondere Rechte und andere Gegenstände zu erwerben, zu nutzen, zu übertragen und zu veräußern sowie Grundeigentum und Rechte an Grundstücken zu erwerben, zu veräußern und daran Grundpfandrechte zu bestellen, Grundstücke, Räume oder andere Gegenstände zu bestellen, Grundstücke, Räume oder andere Gegenstände oder Rechte zu pachten, zu verpachten, zu mieten bzw. Leasingverträge abzuschließen.

### Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs.1 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde in ihrem Gebiet alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserableitung und -behandlung. Diese wird konkretisiert durch § 59 bzw. § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. In der Stadt Brandenburg an der Havel bedient sich die Stadt zur Erfüllung dieser Aufgaben der BRAWAG. Insoweit nimmt sie im Rahmen der PWU GmbH lediglich Aufgaben der Vermögensverwaltung wahr.

### Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2015	2016	2017
<b>Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagenintensität	58%	70%	65%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	98%	95%	87%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<b>Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Anlagendeckung II	168%	135%	134%
Zinsaufwandquote	2,7%	0,0%	0,5%
Liquidität 3. Grades	2198%	739%	272%
Cashflow	75 T€	443 T€	1.395 T€
<b>Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Gesamtkapitalrentabilität	0,2%	2,8%	12,8%
Umsatz	408 T€	2.259 T€	2.246 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-27 T€	201 T€	1.064 T€
<b>Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)</b>			
Personalaufwandsquote	33%	60%	60%
Anzahl der Mitarbeiter	3	39	39

---

### **Lagebericht der Gesellschaft**

---

Im Schwerpunkt erbringt die PWU GmbH –so wie im Gesellschaftszweck beschrieben– Dienstleistungen für Unternehmen der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung. Dies beinhaltet unter anderem physikalische, physikalisch-chemische und chemische Untersuchungen und Probenahmen

- bei Wasser aller Art (Grundwasser, Oberflächenwasser, Regenwasser, Rohwasser, Trinkwasser, Sickerwasser, Kühlwasser, Wasser in Haushalten und Bädern),
- von Schlämmen, Sedimenten, Böden, kontaminierten Böden, Abfall, Kompost, Baustoffen, Baustoffgemischen, Bodenluft, Raumluft, Außenluft und anderen Substanzen

Die Geschäftstätigkeit des Unternehmens umfasst weiterhin die Vermietung von Büro- und Gewerbeflächen aus dem eigenen Grundbesitz in Potsdam.

Die PWU hat sich in den vergangenen Jahren aus ihrer Präsenz und Verfügbarkeit als Dienstleister rund um die Uhr und aufgrund der hohen Fachkompetenz der Mitarbeiter in Beratungsgesprächen eine entsprechende Marktposition erarbeitet.

Das Jahr 2017 war geprägt von guter Auslastung bei entsprechend hoher Auftragslage.

Es wurden stetig Anstrengungen unternommen, auf Markterfordernisse einzugehen. Die Preise für Dienstleistungen für Probenahme und Analytik wurden gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen nicht verändert. Anpassungen erfolgten lediglich im Bereich der Handlingpauschalen.

Die im Geschäftsjahr 2017 erzielten Umsatzerlöse kamen hauptsächlich aus dem Kerngeschäft Probenahme und Analytik insbesondere von Grundwasser, Oberflächenwasser, Regenwasser, Rohwasser, Trinkwasser, Kühlwasser, Sickerwasser, Badegewässern und Badebeckenwasser, Schlämmen, Sedimenten, Böden, Abfall, Kompost, Baustoffen, Baustoffgemischen, Bodenluft und Ölen.

Neben der Erstellung von branchenspezifischen Gutachten übernahm die Gesellschaft auch behördliche Aufgaben im Rahmen von örtlichen Untersuchungen entsprechend der vorliegenden Zulassungen nach der Untersuchungsstellenverordnung des Landes Brandenburg.

Die Gesellschaft profitierte von der bereits langjährig und flächendeckend angebotenen Serviceverfügbarkeit in der Region Berlin/Brandenburg. Es wurden im Berichtszeitraum Aufträge einer großen Anzahl von Eigenbetrieben, Betriebsgesellschaften und Zweckverbänden aus dem Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung bearbeitet. Es konnten trotz weiterhin stark angespannter Personallage alle Großkunden aus dem Vorjahr gehalten werden.

Im Rahmen der Qualitätssicherung wurden im Geschäftsjahr 2017 wieder zahlreiche interne Audits durchgeführt. Sie dienten der Absicherung dafür, dass die angewandten Prüfverfahren nach den vorgeschriebenen Elementen der Qualitätssicherung durchgeführt werden und die Einhaltung der Vorgaben gewährleistet wurde. Die PWU nahm 2017 an 20 Ringversuchen teil, um die fachlichen Kompetenzen des Labors auszuloten und nachzuweisen.

Im Laufe des Jahres erfolgte eine erfolgreiche Überwachungsbegehung durch die DAkkS Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH. Es konnten bei dieser regelmäßig wiederkehrenden Maßnahme neue Parameter akkreditiert und somit das Analysenspektrum weiter ausgebaut werden.

Von Mitte des Jahres 2015 bis zum dritten Quartal 2017 fanden Umbauarbeiten im Unternehmensgebäude statt. Ziel dieser Maßnahmen war die Erneuerung der räumlichen Laborinfrastruktur. Der Umbau fand im laufenden Betrieb statt. Die Finanzierung erfolgte vollständig aus den Mitteln der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden darüber hinaus ebenfalls größere Aufwendungen zur Aufarbeitung der vorangegangenen Geschäftsjahre in Bezug auf Beräumung und Organisation des Archivs getätigt. Darüber hinaus belasteten interne Umzugsmaßnahmen und technische Anpassungsmaßnahmen an der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie bei den vom Umbau nicht betroffenen Gebäudeteilen das Jahresergebnis.

Im Geschäftsjahr 2017 konnten Umsatzerlöse in Höhe von 2,25 Mio. € realisiert werden. Davon entfielen 97% der Umsätze auf das Laborgeschäft. Die verbleibenden 3% wurden aus der Vermietung generiert.

Die Gesellschaft konnte die Vermarktung der Immobilie auf der Insel Hiddensee im Berichtszeitraum abschließen. Es fielen dafür einmalige, sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 1.527 T€ an. Diese Erträge sind nicht dem operativen Geschäft zuzuordnen.

Die Gesellschafter des Unternehmens beschlossen die kurzfristige Reduzierung der Liquidität mittels Auszahlungen aus der Kapitalrücklage.

Infolge der dargestellten einmaligen, operativ nicht beeinflussbaren Sondereffekte konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 1.064 erzielt werden.

### **Ertragslage**

Die Erlöse aus Dienstleistungen aus dem Laborgeschäft lagen im Berichtszeitraum bei 2.179 T€. Im Vorjahr wurden durch die PWU GmbH in diesem Bereich Umsätze in Höhe von 2.169 T€ erzielt.

Weiterhin erzielte die Gesellschaft Erträge aus Mieteinnahmen in Höhe von 65 T€ (2016: 80 T€).

Es konnten insgesamt Umsatzerlöse in Höhe von 2.246 T€ (2016: 2.259 T€) generiert werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 1.569 T€ setzen sich im Schwerpunkt aus den Erträgen aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens (Verkauf Immobilie Hiddensee, 1.527 T€) zusammen. Diese Erträge sind einmalig und nicht dem operativen Geschäft zuzuordnen.

Weiterhin fielen einmalige, nicht übliche Kosten im Jahresverlauf an. Dies betrifft vor allem Aufwendungen für Fremdleistungen der Instandhaltung betrieblicher Räume (130 T€), Fremdleistungen zur Anpassung der neuen LIMS-Software (30 T€) und Fremdleistungen für Grundstücksaufwand (Anliegerbeteiligung) in Höhe von 85 T€. Diese Aufwendungen sind nicht wie-

derkehrend. Darüber hinaus fielen Aufwendungen zur Abfindung an ausgeschiedene Gesellschafter (151 T€) an.

Im operativen Bereich fiel ein Verlust von 127 T€ an, dieser wird jedoch durch die außerordentlich hohen betrieblichen Erträge verdeckt.

Die von der Gesellschafterversammlung beschlossenen Auszahlungen aus der Kapitalrücklage der Gesellschaft erhöhen unterjährig die Verbindlichkeiten um 593 T€.

Das Geschäftsjahr 2017 schließt insgesamt mit einem Jahresüberschuss von 1.064 T€ ab.

### **Finanzlage**

Die Gesellschaft weist unverändert eine sichere Finanzlage aus. Die Finanzlage ist solide und das Unternehmen ist trotz umfangreicher Inanspruchnahme der Liquidität aufgrund von Investitionen in den vergangenen Geschäftsjahren nicht auf Kredite angewiesen.

Das Unternehmen verfügt über einen hohen Finanzmittelbestand, welcher zum Anfang des Geschäftsjahres 1.651 T€ betrug und sich im Berichtszeitraum durch die Veräußerung der Immobilie Hiddensee erhöhte. Zum Ende der Periode betrug der Bestand der liquiden Mittel 2.450 T€.

Der Finanzmittelbestand reicht aus, um die Verbindlichkeiten und Rückstellungen jederzeit ausgleichen zu können. Die Geschäftsführung sieht derzeit die Zahlungsfähigkeit nicht gefährdet.

Die Kennzahlen der Vermögens- und Finanzlage stellen sich wie folgt dar:

- Eigenkapitalquote liegt bei 87,42% (2016: 94,92%)
- Liquidität 1. Grades beträgt 425,6% (2016: 585,4%)
- Die Anlagendeckung (Verhältnis Eigenkapital/Anlagevermögen) erreichte den Faktor 1,34 (2016: 1,35)

### **Vermögenslage**

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist ausgewogen. Das langfristige Vermögen ist durch das Eigenkapital vollständig gedeckt.

Das Eigenkapital erreicht einen Wert von 7.265 T€ (2016: 6.808 T€).

---

### **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

---

Der Umbau des Laborbereiches war ein wichtiger Schritt in der Verbesserung der infrastrukturellen Voraussetzungen für den Laborbetrieb.

Wesentliche Änderungen der Geschäftspolitik sind nicht geplant, der Schwerpunkt des Unternehmens wird weiterhin bei Dienstleistungen für Probenahme und Analytik bestehen.

Zum Erhalt der Marktfähigkeit des Unternehmens sind in den Folgejahren somit weiterhin Anstrengungen in den Bereichen technische Ausstattung, Datenverarbeitung und Prozessoptimierung notwendig.

Dennoch müssen in den Folgejahren weiterhin große Schritte im Bereich der Prozess- und Arbeitsautomatisierung unternommen werden, um die Wettbewerbsfähigkeit halten und verbessern zu können. Die bisher eingeleiteten Maßnahmen zeigen bereits Wirkung.

Für das Geschäftsjahr 2018 werden bedingt durch die Vollvermietung des Hauses weit höhere Umsätze aus Mieterträgen erwartet. Im Wirtschaftsplan 2018 sind Umsatzerlöse auf dem Niveau des Vorjahres und ein Jahresüberschuss von 25 T€ veranschlagt worden. Ob die geplanten Umsätze aus Labordienstleistungen realisiert werden können, ist weitgehend abhängig von der kundenseitigen Nachfrage. Die Zusammensetzung der Umsätze ist sehr volatil und zeigt deutlich, dass der Umsatz an sich eine nicht planbare Größe darstellt und kaum steuerbar ist.

Weitere Risiken werden im Bereich der Gesellschafterstruktur gesehen. Das Ausscheiden von Gesellschaftern einschließlich der dann fälligen Abfindungen belastet die Liquidität und auch den Fortbestand des Unternehmens. Diesen Risiken kann unternehmensseitig nicht entgegengewirkt werden.

Die Untersuchung von Trinkwasser und Abwasser im Rahmen der Daseinsvorsorge ist eine konstante Aufgabenstellung in der Branche. Das gesamte Geschäftsmodell des Unternehmens stützt sich auf die gesetzlich notwendige Untersuchung von Matrices wie Wasser, Boden, Bauschutt oder Klärschlamm.

Zunehmender Preisdruck im gesättigten Markt der Umweltanalytik und eine allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage könnten sich jedoch auf die zukünftigen Umsatzerlöse bemerkbar machen. Auch die Suche nach geeigneten Fachkräften, mittlerweile bereits in allen Unternehmensbereichen, gerät zunehmend zur Herausforderung.

Insgesamt lässt die Einschätzung der Risikolage die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben. Das Risikoportfolio hat sich in den vergangenen Jahren durch die eingeleiteten Maßnahmen wahrnehmbar reduziert. Der Schwerpunkt der Risiken wanderte vom Infrastrukturbereich in den Bereich des Personals sowie einer veränderten Nachfrage der angebotenen Dienstleistungen. Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand wird den verbleibenden Risiken kurz- und auch mittelfristig entgegengewirkt.

#### **Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt**

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

## Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2015	2016	2017
<b>Aktiva</b>			
<b>Anlagevermögen</b>	3.927	5.039	5.426
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	166	150
Sachanlagen	2.875	4.772	5.176
Finanzanlagen	1.052	101	100
<b>Umlaufvermögen</b>	2.769	2.083	2.830
Vorräte	111	31	32
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	248	401	349
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.410	1.651	2.450
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	5	3	14
<b>Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>	46	47	40
<b>Passiva</b>			
<b>Eigenkapital</b>	6.607	6.808	7.265
I. Gezeichnetes Kapital	250	250	237
II. Kapitalrücklage	11.459	11.459	10.866
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-5.075	-5.103	-4.902
IV. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-27	201	1.064
<b>Rückstellungen</b>	70	77	165
<b>Verbindlichkeiten</b>	30	282	879
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	41	6	2
<b>Bilanzsumme</b>	6.748	7.172	8.310

## Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2015	2016	2017
1. Umsatzerlöse	408	2.259	2.246
2. Sonstige betriebliche Erträge	11	461	1.569
3. Materialaufwand	-157	-465	-638
4. Personalaufwand	-134	-1.360	-1.356
5. Abschreibungen	-101	-243	-331
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-108	-440	-475
7. Erträge aus Beteiligungen	63	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11	6	65
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-11	-10	-10
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
<b>12. Ergebnis nach Steuern</b>	-19	208	1.070
13. Sonstige Steuern	-9	-7	-6
<b>14. Jahresergebnis</b>	-27	201	1.064



#### IV. Abkürzungsverzeichnis

ABM:	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AG:	Aktiengesellschaft
AHG:	Altschuldenhilfegesetz
APM	Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark
ATZ:	Altersteilzeit
AV:	Anlagevermögen
BA:	Bundesagentur für Arbeit
BEGiN:	Brandenburger Existenzgründer im Netzwerk
BF:	Betriebsführer
BGA:	Betriebs- und Geschäftsausstattung
BHKW:	Blockheizkraftwerk
BilRUG:	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BK:	Betriebskosten
BSHG:	Bundessozialhilfegesetz
BT:	Brandenburger Theater
CCC:	Cultur- und Congress Centrum Brandenburg an der Havel
CMI:	Case-Mix-Index – Medizinischer Schweregrad
DKB:	Deutsche Kreditbank AG
DMP:	Disease Management Programme
DRG:	Diagnostic-Related-Groups - Fallpauschalensystem
DSD:	Duales System Deutschland
EB:	Eigenbetrieb
EEG:	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EK:	Eigenkapital
ESF:	Europäischer Sozialfonds
EstG:	Einkommensteuergesetz
EuGH:	Europäischer Gerichtshof
FA:	Finanzanlagen
FAG:	Finanzausgleichgesetz
FAQ's:	„frequently asked questions“ = immer wieder vorkommende Fragen
FBL:	Fachbereichsleiter
FBS:	Förderverein der Brandenburger Symphoniker
GB:	Geschäftsbereich
GE:	Gewerbeeinheiten
GF:	Geschäftsführer/-ung

GLM:	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel
GJ:	Geschäftsjahr
GmbH:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH i.L.:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation
GmbHG:	GmbH-Gesetz
GMF:	Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried
GuV:	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG:	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GWh:	Gigawattstunde (= 1 Milliarde)
HGrG:	Haushaltsgrundsätze-gesetz
HH:	Haushalt
HKW:	Heizkraftwerk
HOT:	Hans-Otto-Theater
IHK:	Industrie- und Handelskammer
ILB:	Investitionsbank des Landes Brandenburg
InvZulG:	Investitionszulagengesetz
ITS:	Intensiv-Therapiestation
KA:	Konzessionsabgabe
KAV:	Kommunaler Arbeitgeberverband
KGST:	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KHG:	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KG:	Kommanditgesellschaft
KLR:	Kosten- und Leistungsrechnung
KonTraG:	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KoKo:	Kommunalkombi
KWK:	Kraft-Wärme-Kopplung
KWKG:	Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz
LASA:	Landesagentur für Struktur und Arbeit
LSP:	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten
L.u.L.:	Lieferungen und Leistungen
LUGV:	Landesamt für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz
LVP:	Leichtstoffverpackungen
MA:	Mitarbeiter
MAE:	Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung
MASGF:	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

MDK:	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MUGV:	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
MWFK:	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
MWh:	Megawattstunde (= 1 Million)
MVZ:	Medizinisches Versorgungszentrum
NV Solo:	Normalvertrag für Solokünstler
OTA:	Operationstechnische Assistenten
ÖPNV:	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPP:	Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP – Public Private Partnership)
PPP:	engl.: Public Private Partnership (Öffentlich-Private Partnerschaften)
Pkm:	Personenkilometer
PM:	Landkreis Potsdam-Mittelmark
PV-Anlagen:	Photovoltaik-Anlagen
RAP:	Rechnungsabgrenzungsposten
SAM:	Strukturanpassungsmaßnahme
SGB:	Sozialgesetzbuch
SoPo:	Sonderposten
SPNV:	Schienenpersonennahverkehr
STG:	Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft
StromNEV:	Stromnetzentgeltverordnung
SVV:	Stadtverordnetenversammlung
TASi:	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TIBS:	Technologie- und Innovationsberatungsstelle an der TH Brandenburg
T.IN.A:	Technologie- und Innovations-Agentur
TN:	Teilnehmer
TVK:	Tarifvertrag für Musiker in Kulturorchester
TV-N	Tarifvertrag Nahverkehr Brandenburg
UR:	Urkundenrolle
UmwG:	Umwandlungsgesetz
Ust.:	Umsatzsteuer
UV:	Umlaufvermögen
VbE:	Vollbeschäftigte Einheiten
VKA:	Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände
WE:	Wohneinheiten

## V. Erläuterungen

Formeln und Definitionen der Kennzahlen

Kennzahl	Formel	Definition der einzelnen Kennziffern
<b>Anlagenintensität</b>	$\frac{AV \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Anlagevermögen</u>: Zum Anlagevermögen gehören nach § 247 Abs. 2 HGB nur die Gegenstände, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 2 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: Die Bilanzsumme ist der Betrag, der sich ergibt, wenn in einer Bilanz sämtliche Aktiva (Gesamtvermögen) oder sämtliche Passiva (Gesamtkapital) addiert werden.</p>
<b>Eigenkapitalquote (ohne SOPO)</b>	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: § 272 Abs.1-4 HGB (ohne anteilige SOPO) i.V.m. § 266 Abs. 3 HGB, Zum Eigenkapital zählen jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden.</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
<b>Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	aus Bilanz	Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der Aktivseite der Fehlbetrag unter der Bezeichnung "Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag" auszuweisen. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens).
<b>Anlagendeckungsgrad II</b>	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Fremdkapital</u>: Zum Fremdkapital zählen die in der Bilanz ausgewiesenen Schulden der Unternehmung, d.h. Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter gegenüber Dritten, welche der Finanzierung des Unternehmensvermögens dienen und rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 3 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht.</p> <p><u>Langfristiges Fremdkapital</u> steht dem Unternehmen länger als 5 Jahre zur Verfügung.</p> <p><u>Anlagevermögen</u>: siehe oben</p>

<p><b>Zinsaufwandsquote</b></p>	<p><math>\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}</math></p>	<p><u>Zinsaufwand</u>: Position „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“, § 275 Abs. 2 Nr. 13 HGB</p>
<p><b>Liquidität 3. Grades</b></p>	<p><math>\frac{\text{Umlaufverm.} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}</math></p>	<p><u>Umlaufvermögen</u>: Kurz- und mittelfristige Vermögensgegenstände eines Unternehmens; Kassenbestand, Bankguthaben, Forderungen und Vorräte werden im Umlaufvermögen (§ 266 Abs. 2 HGB) erfasst.</p> <p><u>Fremdkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Kurzfristiges Fremdkapital</u>: Zum kurzfristigen Fremdkapital im Sinne dieses Rundschreibens zählen vereinfacht alle Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr gemäß § 266 Abs. 3 HGB i.V.m. § 268 Abs. 5 HGB, die Steuerrückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB), die sonstigen Rückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB) sowie die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (§ 266 Abs. 3 HGB).</p> <p>Als Formel ergibt sich somit:</p> <p>Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr          + Steuerrückstellungen          + sonstige Rückstellungen          + passive Rechnungsabgrenzungsposten          = kurzfristiges Fremdkapital</p> <p><u>Verbindlichkeiten</u>: Verbindlichkeiten zählen zu den Schulden und sind im Gegensatz zu den Rückstellungen prinzipiell dem Grunde und der Höhe nach gewiss. Für Verbindlichkeiten besteht gemäß §§ 242 und 246 HGB Passivierungspflicht, sie sind in der Bilanzgliederung von Kapitalgesellschaften im § 266 Abs. 3 HGB unter C der Passivseite aufgeführt.</p>
<p><b>Cashflow</b></p>	<p>Jahresergebnis          + Abschreibungen          + /- Zun./ Abn. der langfristigen Rückstellungen          + außerordentliche Aufwendungen          - außerordentliche Erträge          = Cashflow</p>	<p>Der Cashflow zeigt den Zahlungsmittelüberschuss der Periode und stellt den um nicht zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen – welche nicht in derselben Periode zu Einnahmen bzw. Ausgaben führen - bereinigten Geschäftserfolg dar.</p> <p>Der Cashflow soll hier lediglich mit Hilfe der sog. „Praktikerformel“ ermittelt werden. Da bei außerordentlichen Aufwendungen/ Erträgen nicht erkennbar ist, in welchem Umfang sie zahlungswirksam sind, werden sie aus Vorsichtsgründen eliminiert.</p>

<b>Gesamtkapitalrentabilität</b>	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Jahresüberschuss</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 20 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 19 HGB</p> <p><u>Fremdkapitalzinsen</u>: unter § 275 Abs. 2 Nr.13 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 12 HGB</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
<b>Umsatz</b>	aus GuV	§ 275 Abs. 2 Nr. 1 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 1 HGB, § 277 Abs. 1 HGB (Vorschriften zu einzelnen Posten der GuV, Umsatzerlöse)
<b>Jahresüberschuss/ -fehlbetrag</b>	aus GuV	<u>Jahresüberschuss/ -fehlbetrag</u> : siehe oben
<b>Personalaufwandsquote</b>	$\frac{\text{Personalaufw.} \times 100}{\text{Umsatz}}$	<p><u>Personalaufwand</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB</p> <p>Neben den Löhnen und Gehältern sind in den Personalaufwand die sozialen Abgaben sowie der Aufwand für Altersversorgung einzubeziehen. Bei der Anwendung des Umsatzkostenverfahrens (§ 275 Abs. 3 HGB) ist im Anhang des Jahresabschlusses gemäß § 285 Nr. 8 b HGB der Personalaufwand gegliedert nach § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB anzugeben.</p> <p>Im Konzernanhang ist ebenfalls der Personalaufwand auszuweisen (§ 314 Abs. 1 Nr. 4 HGB).</p> <p><u>Umsatz</u>: siehe oben</p>
<b>Anzahl der Mitarbeiter</b>	im Berichtsjahr durchschnittlich beschäftigtes Personal	

### Abschreibung

Die Abschreibung drückt den Wertverlust von Vermögensgegenständen aus. Dieser kann durch den technischen Fortschritt, Alterung und Verschleiß oder außergewöhnliche Ereignisse eintreten.

### Anlagevermögen

Das Anlagevermögen stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw.

### Anlagenintensität

Die Anlagenintensität ist eine Bilanzkennzahl, die beschreibt, wie hoch der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtkapital eines Unternehmens ist. Sie gibt Auskunft über die Wirtschaft-

lichkeit der im Unternehmen eingesetzten Anlagen. Eine zu niedrige Anlagenintensität hingegen kann als Anzeichen für vernachlässigte, erforderliche Investition interpretiert werden.

### Bilanz

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern.

**Aktiva** sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), **Passiva** sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

### Cash-Flow (Kassenzufluss)

In der betriebswirtschaftlichen Literatur gibt es viele unterschiedliche Ansätze zur Cash-Flow-Berechnung. Bei der einfachsten Form werden die Abschreibungen und die Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen zum Jahresüberschuss addiert. Der Cash-Flow verdeutlicht, ob ein Unternehmen sein in der Bilanz abgebildetes Vermögen durch den Umsatzprozess wieder gewinnen kann und inwieweit es Mittel für die Substanzerhaltung und für Erweiterungsinvestitionen selbst erwirtschaftet. Somit wird der reine Einzahlungsüberschuss aus der wirtschaftlichen Tätigkeit einer Periode abgebildet (positiver Cash-Flow).

Bei einem negativen Cash-Flow sind dem Unternehmen mehr finanzielle Mittel abgeflossen als zugeflossen und es muss Kapital zugeführt werden.

### Eigenkapital

Eigenkapital sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z. B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder -Verlust des Vorjahres.

### Eigenkapitalquote

Sie drückt das Verhältnis von Eigenkapital zu Gesamtkapital aus und ist ein Maß für die finanzielle Unabhängigkeit und Krisenfestigkeit eines Unternehmens. Je höher die Eigenkapitalquote ausfällt, desto höher ist die finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit eines Unternehmens.

### Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögens-, besonders der Schuldennachweis, im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung genannt – dar.

### Lagebericht

Der Bericht soll Aufschluss über gegenwärtige und zukünftige Unternehmenschancen- und Risiken geben.

### Liquide Mittel

Liquide Mittel sind i.d.R. Kassen- und Bankbestände.

### Rechnungsabgrenzungsposten

Sie entstehen, wenn Aufwand bzw. Ertrag und die dazugehörige Auszahlung bzw. Einzahlung nicht in einem Geschäftsjahr stattfinden. Die Abgrenzungsposten sollen eine periodengerechte Erfolgsermittlung ermöglichen. Die Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite stellen praktisch eine Leistungsforderung dar, d. h. eine Leistung, wie beispielsweise Beiträge für Versicherungen, welche bereits in diesem Geschäftsjahr bezahlt wurden, die Leistungserfüllung aber erst im Folgejahr erfolgt. Zu den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite gehören Erträge, die im abzuschließenden Geschäftsjahr bereits vereinnahmt wurden, wirtschaftlich aber erst dem neuen Jahr zuzurechnen sind, z. B. im Voraus erhaltene Miete; sie stellen also Leistungsverbindlichkeiten dar.

### Rücklagen

Rücklagen dienen der Selbstfinanzierung und der Stärkung der Eigenkapitalbasis des Unternehmens. Die Rücklagen eines Unternehmens sind aus der Bilanz ersichtlich, z.B. Gewinnrücklagen.

### Rückstellungen

Rückstellungen sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z. B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses.

### Sonderposten mit Rücklageanteil

Rücklagen, die aus un versteuerten Gewinnen nur für die im Einkommenssteuergesetz ausdrücklich genannten Fälle gebildet werden können. Da sie i.d.R. in späteren Perioden aufzulösen sind und dann das Ergebnis erhöhen, stellen sie nicht in vollem Umfang Eigenkapital dar, sondern beinhalten Fremdkapitalbestandteile in Höhe der späteren Steuerbelastung.

### Umlaufvermögen

Zum Umlaufvermögen zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z. B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc.

### Verbindlichkeiten

Als Verbindlichkeiten werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferungen und Leistungen etc.